

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Fürsorge-Ausbeutung.

Als das preussische Gesetz über die Unterbringung verwahrloster Kinder am 1. April 1901 abgelöst wurde durch das Gesetz über die Fürsorge-Erziehung Minderjähriger, bedeutete dies theoretisch einen Bruch mit dem bis dahin geltend gewesenen Prinzip in dem Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Kindererziehung. Hatte seit der Beginn der Wirksamkeit der gesetzlichen Bestimmungen die Tatsache der Verwahrlosung zur Voraussetzung gehabt, so sollte in Zukunft dem Gesetz lediglich eine vorbeugende, die Verwahrlosung verhütende Tendenz innezuwohnen, und zwar soll seine Wirksamkeit — wie eine Kammergerichts-Entscheidung vom 8. Juli 1901 einschränkend festgelegt hat — erst dann eintreten, wenn „durch andere Maßnahmen, namentlich durch das Eingreifen der Armenverwaltung, die Verwahrlosung nicht verhindert werden kann“. Zur Unterbringung von Minderjährigen in Zwangserziehung, die sowohl Familien- wie Anstaltserziehung sein kann, ist also die Begehung einer strafbaren Handlung nicht mehr erforderlich, es genügt dazu der Beschluß des Vormundschaftsgerichts, der einzig von dem Bestreben diktiert sein soll, durch Eingreifen der staatlichen Gewalt das gefährdete Kind vor dem Verderb zu bewahren. Unzweifelhaft liegt diesem neuen Gesetz ein guter und richtiger Gedanke zugrunde, denn der Staat hat an der Erziehung der Jugend ein berechtigtes Interesse und die Pflicht, mit seiner Autorität einzusetzen, wo die Autorität der Eltern nicht genügt oder überhaupt fehlt. Es fragt sich nur, ob die praktische Durchführung des Gesetzes seiner theoretischen Zweckbestimmung entspricht.

Vollgesehen hätte die veränderte prinzipielle Stellung des Staates zum Kinde einen Umschwung im Charakter der Zwangserziehung zur Folge haben müssen, denn von dem Augenblicke an, in dem die Unterbringung in Zwangserziehung nicht mehr die Folge der Begehung von Straftaten ist, darf das Verweilen in Zwangserziehung — rein vom rechtlichen Standpunkte aus betrachtet — auch nicht mehr den Charakter einer Bestrafung tragen. Es gilt jetzt nicht mehr zu sühnen, zu strafen, sondern zu bewahren, zu erziehen. Dem ist aber in der Praxis leider nicht so. Die Erziehungsanstalten sind noch immer Gefängnisse mit Stitternsteinen bis zum vierten Stock, Glascherben auf der Mauer, polizeimäßig ausgerüsteten Aufsehern mit Bullenbeiherrnien, dunklen Korzern mit Wasser und Brot und Gummischläuchen neben dem Bibelbuch. Vor allem sind die meisten dieser Erziehungsanstalten rücksichtsloser und krasser Ausbeutung der kindlichen Arbeitskräfte.

Schon die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes von 1901 geben dem Verdacht Nahrung, daß der eigentliche Zweck der erhöhten Jugendfürsorge nicht darin besteht, den Kindern der Armen — denn um diese handelt es sich in erster Linie — eine bessere Erziehung angedeihen zu lassen, sondern darin, der „notleidenden Landwirtschaft“ als Ersatz für das Gefinde, das in sinnloser Verblendung vor den Hiesensöhnen und der patriarchalischen Behandlung auf dem Lande in die großen Städte flüchtet, unter dem Deckmantel staatlicher Jugendfürsorge kindliche Arbeitskräfte zuzuführen. Es heißt in den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes unter anderem: „Bei der Erziehung ist das Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß die Jünger der Verwahrlosung entnommen, zu religiös-sittlichen Menschen erzogen und zu brauchbaren Arbeitern, vorzugsweise für die Landwirtschaft ausgebildet werden.“ In der Tat sind auch Fälle bekannt geworden, namentlich in Ostpreußen, wo man Kinder um einiger Dummejungensfreude willen in Fürsorge-Erziehung brachte, sie dort ohne ersichtlichen Grund jahrelang festhielt und zu „erzieherischen Zwecken“ an Gutsbesitzer abgab, wo sie — ohne Lohn — in oft grausamer Weise ausbeutet wurden. In einem Falle wurde ein Knabe, der nichts weiter verbrochen hatte, als einige Male die Schule zu schwänzen, bis zum 19. Jahre festgehalten und — obwohl er den sehnlichen Wunsch hatte, ein Handwerker zu erlernen — von einem rohen Gutsbesitzer durch Prügel, harte Arbeit und miserable Kost „erzogen“, bis er schließlich infolge eines Unfalls an einer unbescheidenen Maschine zum Krüppel wurde und in Verzweiflung davonlief. Dieser und zahlreiche andere ähnliche Vorfälle, in Verbindung damit der Umstand, daß die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes ganz besonderes Gewicht legen, auf die Unterbringung der Jünger in bürgerlichen Familien und weiter die inzwischen bekannt gewordene Tatsache, daß auch Anstalten ihre Fürsorgezöglinge an Gutsbesitzer, Rittergüter etc. zur Arbeitsleistung — besonders während der Heu- und Kartoffelernte — abgeben, rechtfertigen den Verdacht, daß das Fürsorge-Erziehungsgesetz nur im Interesse des Junkertums geschaffen worden ist, zum wenigsten, daß eine praktische Durchführung ganz unzweifelhaft im Dienste der — sicher nationalen — Aufgabe steht, den notleidenden Agrariern im Zeitalter der Rentennot billige und willige Arbeitskräfte zu liefern.

Doch nicht bloß den Agrariern. Auch die Bourgeoisie, auch das Industriekapital macht sich die Arbeitskraft dieser Jugendlichen zunutze. Kinderhände sind ja immer vom Kapital

sehr begehrt gewesen, und der siebzig Jahre lang geführte Kampf, dessen es bedurfte, um die Kinder aus den Fabriken zu entfernen, legt Zeugnis davon ab, wie nützlich Kinderhände dem Kapital gewesen sein müssen. Das neue Kinderschutzgesetz hat zwar in bezug auf die Kinderausbeutung mancherlei gebessert, aber es ist bei alledem so durchlöcherig, so lückenhaft, daß der Kapitalist noch immer auf seine Rechnung kommt. Für den Wert des Kinderschutzgesetzes ebenso bezeichnend wie für den Wert des Fürsorge-Erziehungsgesetzes ist es, daß trotz der Bestimmungen des ersteren in der praktischen Durchführung des letzteren dem profitstüchtigen Kapital ein ganz vorzügliches Mittel zur systematischen Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft geschaffen worden ist.

Am Montag hat der freisinnige Abg. Mertens im Reichstage darauf hingewiesen, daß in Erziehungsanstalten häufig Grundsätze befolgt würden, die nicht dem Sinne des Kinderschutzgesetzes entsprächen. So seien u. a. Kinder zum Bemalen von Bleisoldaten für eine Fabrik benutzt worden. Diese Ausführungen des genannten Berliner Lehrers gründen sich allem Anschein nach auf eine kürzlich in einem Leipziger Verlag erschienene Schrift des bekannten Rixdorfer Lehrers Konrad Agadh über „Gewerbliche Kinderarbeit in Erziehungsanstalten“, die erbauliche Dinge über die Erziehungsanstalten zu berichten will, welche man in Erziehungsanstalten an Fürsorgezöglingen in Anwendung zu bringen pflegt. Es verlohnt sich, bei der Schrift ein wenig zu verweilen.

Nach Agadh gibt es in Deutschland circa 800 nichtstaatliche Erziehungsanstalten, von denen 688 neben anderen Zöglingen auch Fürsorgezöglinge aufnehmen. Der Aufwand der Anstalten erfordert jährlich 11—12 Millionen Mark, die in der Hauptsache auf privatem Wege, aus Stiftungen, durch Sammlungen etc. aufgebracht werden; der Ertrag reicht aber nicht aus, um die Erziehungsanstalten in den Stand zu setzen, ihren erzieherischen Aufgaben wirklich gerecht zu werden. Daher sind in zahlreichen Anstalten die Einrichtungen äußerst primitiv, die Kost ist dürftig, die Leitung mangelhaft, weil nebenamtlich, die Erziehungsgrundsätze sind veraltet, da das schlecht besoldete, auf dem Wege des Inzerats gewonnene Personal gar nicht oder nur sehr mangelhaft vorgebildet ist; der Leiter einer großen Erziehungsanstalt hat über das Gros dieser Anstalten das verächtliche Urteil gefällt: „Für den Strafzweck fehlt diesen Anstalten recht viel, für den unter dem Fürsorgegesetz aber immer maßgebenden Erziehungsziel fehlt ihnen nicht viel weniger als alles.“ Die größte Zahl der Anstalten ist infolge des Mangels an Mitteln direkt auf Kinderarbeit angewiesen, nicht allein, daß die Kinder, um Personal zu sparen, alle für die Anstalt sich notwendig machenden Arbeiten verrichten müssen, nein, damit die Anstalt ihre Existenz überhaupt fristen kann, greift man zur Ausbeutung der kindlichen Arbeitskräfte, die natürlich, soll sie möglichst ergiebig sein, rein kapitalistisch betrieben werden muß. „Kein Geld in der Anstalt — Folge: Geld verdienen! Geld verdienen — Folge: gewerblich arbeiten. Gewerblich arbeiten — Folge: Zeitarbeit, mechanische Arbeit, Akkordarbeit, Lohnende Arbeit oder Arbeit um jeden Preis. Wechsel in der Beschäftigung muß fehlen, da nur der Eingearbeitete viel schafft, Arbeitserziehung und gewerbliche Kinderarbeit sind diametrale Begriffe.“ So gewinnt man aus dem Schweize der Ärmsten, Schwächsten und Hilflosesten, der Lebenskraft der Unmündigen, dem Marke der Jugend des Proletariats — o grausame, bittere Ironie! — die Mittel für die Anstalten der — Nächstenliebe, der Barmherzigkeit, der Menschenfreundlichkeit, die mit heuchlerischem Augenverdröhen auf Christus blickt und in geschwätziger Pharisäer-Selbstgerechtigkeit sich ihrer „Liebeswerke an der gefallenen Menschheit“ rühmt.

Leider hat das Kinderschutzgesetz an dieser Stelle eine Lücke. In der Annahme, daß in Erziehungsanstalten Kinder, die häufig gerade durch mißbräuliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft jenen haben zugeführt werden müssen, nicht in den Anstalten selbst wirtschaftlich ausgenutzt und ausgebeutet werden, bestimmt § 6 der Gewerbe-Ordnung, daß „die Erziehung von Kindern gegen Entgelt“ nicht unter das Gesetz fällt, und Ziffer D. der preussischen Ausführungsverordnungen führt, um seinen Zweifel aufkommen zu lassen, ausdrücklich an: „Zu den gewerblichen Betrieben gehören die Erziehungsanstalten nicht.“ Damit ist der Kinderausbeutung Tür und Tor geöffnet.

Wir regen uns mit Recht auf über Ausbeutungen, meint Agadh, wie sie in französischen Waisenhäusern aufgedeckt worden sind. Wir dürfen aber nicht der Meinung sein, ein Unternehmer gebe den Erziehungsanstalten Aufträge zum Sortieren und Auslesen von Kaffee, Nüssen, Erbsen aus purer Menschenliebe. Ja, wenn er gar der Meinung wäre, er täte Gutes, so müßte man ihn von dieser durchaus verkehrten Ansicht befreien. Daß Federzupfen und Gemüselisten usw. erzieherischen Wert nicht hat, bedarf wohl eines weiteren Nachweises nicht. Erziehungsanstalten sind doch nicht dazu da, Unternehmern billige Arbeitskräfte zu stellen. . . .

Die Leiter der Anstalten denken freilich darüber anders; Agadh selbst ist es, der die Beweise dafür erbringt. Er berichtet:

Anstalt G. E. „Wenn möglich, werden die Kinder mit

landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Bei schlechtem Wetter müssen die Knaben Federn zupfen und die Mädchen Decken knüpfen. Im Winter sind das die gewöhnlichen Arbeiten.“

Anstalt B. . . . Für die kleinsten Jungen hat man das Bemalen von Bleisoldaten für eine . . . Fabrik. Jeder Junge hat sein Töpfchen mit Farbe und einen Pinsel. Der eine gibt dem Pferd seine Farbe, ein zweiter legt ihm einen Sattel auf, ein dritter zieht dem Reiter Uniform an etc. Die Buchbinder liefern Schreibhefte, binden Bücher ein, heften Broschüren und liefern allerlei Papparbeiten. Der Eintritt in die Schuhmacherabteilung ist freiwillig. Es wird nicht bloß alles Schuhwerk ausgebessert, sondern auch neues gefertigt. Dabei versorgt man nicht bloß die eigene Anstalt, sondern auch andere staatliche Institute. . . . Auch von der Schneiderabteilung werden nicht bloß die Bedürfnisse der Anstalt gedeckt, sondern auch andere Anstalten mit Kleidung versorgt. Die Stricker fertigen neue Strümpfe, jedoch nur im Winter. Ebenso wird das Korbmachen nur im Winter betrieben. Das gleiche gilt vom Strohflechten, wo man Strohmützen, Strohheden und Strohschalen anfertigt.

Wie intensiv in dieser philanthropischen Musteranstalt die Kinderausbeutung betrieben wird, zeigt folgende Tagesordnung: Sommer und Winter wird um 5 Uhr aufgestanden. Von 5—6 Uhr Ankleiden, Bettmachen, Waschen, erstes Frühstück. 6—7 Arbeitsstunde zur Lösung der Schulaufgaben. 7 Uhr Morgengebet. Dann gehen die Nachmittagskinder bis 11 1/2 Uhr an die Arbeit, die von einer halbstündigen Frühstückspause unterbrochen wird. Die Vormittagskinder kehren nach dem Gebet das ganze Haus, erhalten um 7/8 Uhr zweites Frühstück und werden dann von 8—12 Uhr unterrichtet. Um 12 Uhr wird gegessen, dann ist Freizeit bis 1 Uhr. Jetzt gehen die Vormittagskinder an die Arbeit bis 6 1/2 Uhr, zwischendrin ist Vesperpause. Die Nachmittagskinder haben von 1—4 Uhr Unterricht, vespere und gehen an die Arbeit. Um 7 Uhr ist gemeinsame Abendmahlzeit, worauf im Winter bis 8, im Sommer bis 8 1/2 Uhr Freizeit ist. Dann kommt das Abendgebet, und hierauf geht's ins Bett.“

Zum Erfolg dieser Fürsorge-Ausbeutungsanstalt bemerkt Agadh, daß von den 107 Entlassenen einer farb., 4 zurückgenommen werden mußten, 6 in ein Korrektilions-, 2 in die Strafanstalt kamen. Von den 94 „gut“ Entlassenen waren fünf Jahre später 15 in der Strafanstalt.

Anstalt D 2. „In der schulpflichten Zeit werden die Kinder mit Gemüselesen — Bohnen, Nüssen, Kaffee — und mit Strohflechten beschäftigt.“

Anstalt D 3. „Nachmittags ist Arbeitszeit. Außer den Hausarbeiten kommen in Betracht: Saal- und Feldarbeiten. Unter den ersteren spielt das Sortieren von Bohnen, Kaffee usw. eine große Rolle. . . . Auch das Pflügen besorgen Knaben, 22 werden vor den Pflug gespannt.“

Anstalt D.: „Die Arbeit besteht in Landwirtschaft, Gärtnerei, Tischlerei, Schuhmacherei, Schneiderei, Sattlerei, Buchbinderei, Bürstenbinderei, Korbflechten, Küchenarbeit und verschiedenen anderen vorfallenden Arbeiten. Die Jungen sind in bestimmte Gruppen eingeteilt, die einzelne Gruppe wird immer mit derselben Arbeit beschäftigt. . . . Die Kleinen und diejenigen, die sich schlecht betragen, werden zu Kartoffelschälen und dergleichen gesetzt. . . . Arbeitszeit für die noch schulpflichtigen zwei Stunden täglich.“

Anstalt R. „Die ganze Zeit außer den Sonntagen und einer halben Stunde der Werktage ist mit Schule und Arbeit vom Morgen bis Abend ausgefüllt. Auf diese Weise ist keine Zeit für körperliche Übungen, Spielen und andere Zerstreuungen übrig. Man sieht selten die Knaben spielen, auch hörte ich kein einziges Mal ein frisches, herzliches Lachen.“

Anstalt Schw. „So lange sie in der Anstalt sind, müssen die größeren Kinder außer der Schul- und Erholungszeit bei Garten- und Feldarbeiten mithelfen und die Kleineren werden durch Aufnähen von Knöpfen beschäftigt.“

. . . Es sind Bilder von Strafanstalten, die sich vor unseren Augen bei diesen kurzen Schilderungen auftun, nicht aber Bilder von Erziehungsanstalten. Allerdings gibt es auch rühmliche Ausnahmen, so die vom Direktor Pfaff geleitete Anstalt für Verwahrloste in Zehlendorf und andere, im allgemeinen jedoch entspricht der Typus der Erziehungsanstalten einer der oben wiedergegebenen Schilderungen, bei denen man durch die salbungsvolle Predigt der unvermeidlichen Abend- und Morgenandachten immer das Stöhnen und Achzen der abgerackerten und abgetriebenen, vielfach noch schlecht genährten Kinder und das Saufen der Knute und der neunschwänzigen Naga zu hören glaubt.

So sehen also die Fürsorge-Erziehungsanstalten für die unglücklichen Geschöpfe aus, die jenen Schichten der Bevölkerung entstammen, wo Vater und Mutter sich — um das nackte Leben fristen zu können — in das Sklavensjoch der Ausbeutung spannen müssen, wo die Bande der Familie nicht erst der Auflösung durch die Sozialdemokratie zu warten brauchen, sondern schon heute durch die legendreiche Tätigkeit patriotischer und nationalgefintter Volks-

Die Inzertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Wg., für politische und gewerbliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Wg., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstdruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

ausplünderer geprenzt sind, wo die Jugend in ihrer Armut und Blöße die Not zur Kinderwärtlerin, den Hunger zum Spielgefährten und die Verwahrlosung zum Schicksal hat. 90 Prozent der in den Anstalten untergebrachten Kinder gerieten in Gefahr der Verwahrlosung ohne eigene Schuld — soziale Not, Wohnungs-Elend, Hunger, Mangel, Laster, Lieblosigkeit, Ausbeutung und deren verhängnisvolle Folgen locken, jagten, peinigten sie hinein. Was aber hat die Gesellschaft zu ihrer Rettung? Was bietet sie auf, um die Strauchelnden, Irrenden, Halbverlorenen der Gesellschaft zu erhalten? ... Sie pfercht sie in düstere Kerker und verbirgt sie hinter trostlos-fahlem Gemäuer, sie treibt ihnen bei schwerer, mühseliger Arbeit den Schweiß aus den Poren und das Lebensmark aus den Knochen, sie zermürbt ihre junge Kraft und betrügt sie um ihr Jugendglück, sie ödet sie mit Bibelsprüchen an und spannt sie wie Tiere vor den Pflug. ... Und dieses System herzloser Mißhandlung und schamlosester Ausbeutung, diese Ausgeburt widerwärtigster Heuchelei und kraßesten Eigennutzes nennt die Gesellschaft mit dem ganzen Jynismus ihrer Verworfenheit — „Fürsorge-Erziehung“.

Vom Kriegsschauplatz.

Formarsch der Japaner.

London, 22. März. Aus Tokio wird gemeldet: Die Japaner sind seit Anfang März 100 Meilen vorgerückt. Die russische Armee befindet sich seit der Einnahme von Mukden und Tieling in einer äußerst unsicheren Lage, da die reichen chinesischen Verprobantierungsquellen, welche ihnen früher so gute Dienste leisteten, ihnen jetzt verschlossen sind.

Petersburg, 22. März. Aus Charbin wird gemeldet: Die Russen sehen die Flucht nach Charbin fort. Die Japaner folgen unaufhaltsam. In Tieling befinden sich 40 000 Japaner. Der Kanonendonner, welcher vorgestern von Tieling vernommen wurde, dauerte auch während der Nacht an. Es hat tatsächlich ein Kampf stattgefunden, aber man weiß noch nicht, welche Truppen an demselben beteiligt waren.

Charbin, 21. März. Die Japaner rücken in Eilmärschen vor. Hungernot in Charbin?

Petersburg, 22. März. Aus Charbin wird berichtet, daß eine starke Sibirisch-Japaner-Abteilung, welche von japanischen Offizieren befehligt wird, gegenwärtig an der mongolischen Grenze in der Nähe von Jizkar, einem Punkte der sibirischen Eisenbahn, operiert. Man befürchtet, daß die Eisenbahnlinie zerstört werden könnte, wodurch der russischen Heeresleitung die größten Schwierigkeiten erwachsen würden. In Charbin herrscht bereits Hungernot, da die Vorräte an Mehl und Weizen völlig erschöpft sind. Der größte Teil von Vorräten dieser Art ist bereits vor zwei Monaten nach Mukden transportiert und dort zerstört oder erbeutet worden.

Charbin, 21. März. Unausgeseht treffen Verwundete und Flüchtlinge von den Schlachtfeldern ein. In der chinesischen Bevölkerung herrscht eine den Russen äußerst feindselige Stimmung vor.

Englisch-japanischer Handelsvertrag.

Tokio, 19. März. Die japanische Regierung hat am 18. d. M. ein Uebereinkommen mit Großbritannien bekannt gegeben, wonach Japan und Britisch-Indien gegenseitige Meistbegünstigung genießen. Das Abkommen ist sofort in Kraft getreten.

Guinfating, 21. März. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Europaisch ist, da er glaubt, daß die Armee außer Gefahr ist, am 10. d. M. nach Charbin gereist; aber, da beschlossen wurde, daß er Kommandirender der ersten mandchurischen Armee bleiben sollte, kehrte er heute zurück. Es wurden ihm große Ovationen dargebracht. Europaisch hielt eine kurze Ansprache, in welcher er die Hoffnung ausdrückte, daß die Armee bald imlande sein werde, die erlittenen Schicksalsschläge wieder gut zu machen. — Nach vier Tagen Ruhe in Tieling wurde das russische Heer wieder geordnet und setzte den Marsch regelrecht fort. Der japanischen Verfolgung fehlt es an Kraft und Eifer.

Petersburg, 22. März. Die 4prozentige russische Rente fiel hier nach Bekanntwerden der Bedingungen der neuen russischen inneren 5 Proz. Anleihe um 1/2 Proz. auf 87. Die Staatsschulden-Kommission erwägt hiermit weitere Anleihen im Auslande. Am weitesten ist der Vorschlag geblieben, einen neuen Pump in Deutschland auszunehmen. Der Geldmarkt ist in gedrückter Stimmung.

Die Revolution in Rußland.

Die Meldungen aus Rußland spiegeln das Chaos der Zustände. Eine Maßnahme widerspricht der andern. Bald hört man von Freilassungen, bald von Verhaftungen. Hier schließen die Kosaken, dort beschwören sich die Befehden selbst über unnötige Militärrequisitionen. Einmal hört man von Reformen, das andere Mal von starren Festhalten. Die Einheit in dem Wirrwarr aber bildet die Erkenntnis, daß ganz Rußland, alle Landesteile, Nationen, Klassen von der Gärung erfasst sind.

Verhaftung von Ärzten und Advokaten.

Ein Privat-Telegramm aus Breslau meldet uns: Wie der „Schles. Ztg.“ aus Lodz gemeldet wird, ist im Laufe der letzten Nacht in Lodz eine große Anzahl von Ärzten und Advokaten verhaftet worden, die sich politisch verdächtig gemacht. Bei einem Arzte wurde „reichliches Material“ gefunden in Form von Proklamationen und allerhand anderen „aufreuerischen“ Schriften. Die Polizei hat die verhafteten Häufelführer einiger Fabriken außer Haft setzen müssen, da sich die Arbeiter weigerten, früher die Arbeit aufzunehmen.

Der „liberale“ Witte.

Der Minister Witte treibt gegenwärtig Humbug mit „liberaler“ Vieffstellererei. Eine Petersburger „Laffan“-Meldung berichtet:

Witte hat jetzt offen Partei für die freilebenden Universitätsprofessoren und Studenten genommen, welche die Regierung durch Zerschneiden von den Hochschulen zur Bewilligung von Reformen zwingen wollen. Ein Professor der Universität Kasan hatte dem Minister die Abschrift eines schriftlichen Beschlusses übersandt, worin der Regierung mitgeteilt wird, die Beendigung des Universitätsrechts unter den bestehenden Verhältnissen müsse abgelehnt werden, da die Universität ohne Autonomie nicht arbeiten könnte. Minister Witte schickte darauf an den Professor folgendes Telegramm:

„Als ehemaliger Universitätsstudent sage ich klar, daß Wissenschaft und akademisches Leben ohne Freiheit der wissenschaftlichen Lehre, Unabhängigkeit und Autonomie nicht bestehen können. Deshalb bin ich anerkennend, eine von der Ihren abweichende Meinung auszubringen, wo und von wem ich auch darüber befragt werden sollte.“

Der russische Ministerpräsident geht also selber unter die „Aufreuer“ — was ungefährlich ist, da ja Väterchen von all den „dummen Sachen“ nichts hören will.

Mehr Freiheit als in Preußen?

Nach der „Nowoje Wremja“ hat das Ministerkomitee beschlossen, die polnische Sprache in den Mittelschulen Polens einzuführen.

Damit würde Rußland sogar Preußen voran sein, welches die polnischen Schüler zur deutschen Sprache zwingt.

Der Schrei nach Verfassung.

Eine Petition des Moskauer Gouvernements-Semstwo bebt nach der „Wost. Ztg.“ unter Bezugnahme auf den kaiserlichen Erlass vom 18. Februar a. St. hervor, daß keinerlei nähere Vorschriften über die Organisation der Kommission Vahgin erlassen worden sind. Die bedeutenden Aufgaben jedoch, die der Kommission übertragen seien, könnten ohne Mitwirkung der Vertreter der Gesellschaft unmöglich gelöst werden. Die Zahl der Mitglieder der Kommission könne nicht groß sein, etwa 40 bis 50 Personen. Davon müsse mindestens die Hälfte aus der Gesellschaft gewählt werden. Die zu wählenden Personen müßten mit entsprechenden Eigenschaften und mit Autorität ausgerüstet sein. Notwendig sei es auch, sie aus den verschiedensten politischen Lagern zu wählen. Dies sei aber lediglich mittels freier Wahl zu erreichen, daher müsse die Regierung die Gouvernements-Semstwo und die Städte von mehr als 50 000 Einwohnern zur Wahl von zwei, die Städte unter 50 000 Einwohnern von einem Vertreter auffordern. Diese gewählten Vertreter hätten sich in Petersburg zu versammeln und in gemeinsamer Sitzung die erforderliche Zahl der Vertreter für die Kommission Vahgin auszuwählen. Es sollen sowohl Personen aus dem Kreise dieser Versammlung, als auch solche, die außerhalb der Semstwo und Städte stehen, in die Kommission gewählt werden dürfen. Zur Verhütung der öffentlichen Meinung sei die Durchführung dieses Vorschlages unumgänglich notwendig, auch müsse die Durchführung in voller Öffentlichkeit vor sich gehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März.

Reichstag.

In der Sitzung am Mittwoch entspann sich zunächst ein Streit zwischen dem freisinnigen Abg. Kaempf und Dove auf der einen und dem konserverativen Abg. v. Brodhagen und dem antisemitischen Abg. Werner auf der anderen Seite über die Bevorzugung der Landwirte und die Zurücksetzung der Händler bei den Lieferungen für die Proviantämter. Die freisinnigen Vertreter der Handelskreise hätten es am liebsten der Militärverwaltung ganz verbieten wollen, ihren Bedarf unmittelbar beim Getreide bauenden Landwirt zu decken. Die konserverativen Agrarier hätten gar zu gern der Militärverwaltung noch ausdrücklich vorgeschrieben, was tatsächlich ja wohl schon geschieht, daß sie bei den Landwirten kaufen müsse, selbst wenn sie aus zweiter Hand mit Hilfe des Handels das Getreide billiger beziehen könne. Wäre die genossenschaftliche Organisation der Kleinbauern, auf die sich die Herren von der Rechten berufen, wirklich so weit vorgeschritten, wie sie sagen, so könnte man den direkten Bezug der Militärverwaltung von den Landwirten nur billigen. Aber jetzt kommt er nur den Großgrundbesitzern zugute und schädigt indirekt durch Bewilligung der Militärartikeln und geringere Sorgfalt bei der Prüfung der Waren die Staatskasse.

Der Elässer Dr. Jaunez brachte den Fall zur Sprache, in dem ein harnloser Spaziergänger von einem Soldaten in Reß erschossen worden war. Selbst der Kriegsminister konnte diese Hinmordung eines Staatsbürgers durch einen englisch gewordenen Rekruten nicht verteidigen, aber er erklärte zugleich jede Garantie gegen derartige Vorkommnisse für unmöglich, eine Behauptung, die selbst für das jetzige Militärsystem kaum zutreffend sein dürfte. Auch gegenüber den polnischen Beschwerden des Großen Reichstags verhielt sich der Kriegsminister vollkommen ablehnend. Wie es bei preussischen Ministern üblich ist, stellte er den Voplozt, den die Polen durch private Organisationen über deutsche Wirtschaften verhängen, dem Voplozt der polnischen Lokale durch den Staat, der doch über den Parteien stehen soll, gleich, nicht ohne die üblichen Ausfälle gegen den polnischen Redner und das polnische Volk anzubringen. Unangenehm war dem Kriegsminister augenscheinlich der Vorwurf, den der Abg. Eichhoff gegen ihn erhob, daß er gegen die pöbelhaften Beschimpfungen jüdischer Soldaten durch die Antisemiten Völkler und Riebermann v. Sonnenberg im Vorjahre kein Wort der Erwiderung gefunden hatte. Der Minister stritt ab, diese Beschimpfung, die jeder andere Anwesende wohl verstanden hätte, gehört zu haben, und nahm nachträglich die jüdischen Soldaten gegen sie in Schutz. Die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Konfessionen herzustellen, kommt ihm natürlich deswegen noch lange nicht in den Sinn.

Genosse Reiz brachte den schweren Uebelstand zur Sprache, daß geistig minderbegabte Soldaten nicht rechtzeitig aus dem Heere entlassen werden und infolge ihrer Minderwertigkeit das beste Objekt für die Militärmißhandlungen und schwere Verstrafungen abgeben. Der Regierungs-Kommissar Sirt von Armin hatte, da er gegenüber dem vorgebrachten Material nicht bestreiten konnte, das Vorkommen derartiger Fälle als die bekannten „Ausnahme-Ergebnisse“ zugegeben. Jetzt greif Genosse Ledebour das ganze herrschende System in seinem innersten Kern an. Nicht die Benachteiligung der Juden, nicht die Bevorzugung der Garde ist es, was uns in erster Reihe an dem heutigen Militärwesen bekümmernswert erscheint, nicht der persönliche Mut der Offiziere und Soldaten ist der Zweck unserer Kritik. Darum wäre es auch überflüssige Mühe, neben die Liste der Militärmißhandlungen eine Liste der durch Soldaten und Offiziere vollbrachten Rettungstaten zu setzen. Was wir dem heutigen Militär zum Vorwurf machen, was uns zum Todfeinde der bestehenden Heeresorganisation macht, das ist die Tatsache, daß das Heer von den herrschenden Klassen und Parteien zu einem Todfeinde der Volkswirtschaft gemacht wird und gemacht werden soll. Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, für die unser Programm viel bessere Vorschläge zu machen weiß, für die wir seine volle Kraft ausnutzen wollen, ist jetzt das Ziel der soldatischen Ausbildung, sondern die Erziehung der Soldaten zum blinden Gehorsam, zum Schließen auf Vater und Mutter, zu jenem Ideal sinnloser Brutalität, das soeben in der russischen Armee im Kampfe gegen den Feind kläglich nutzlos gemacht hat. Die Rechte tobte und heulte in den schönsten Stellungen, aber sie wagte nicht, unbestreitbaren Tatsachen entgegenzutreten.

Morgen um 1 Uhr wird die Debatte fortgesetzt.

Staatskassen für Hans Glucksburg und — Schiller.

Das preussische Abgeordnetenhaus ist offenbar in der Uebelanne. Es hat neulich erst die armen Minister aufgebessert und gestern heinawe auch die kleinen Schiffer. Diese natürlich nur bedingt (denn deren Notstand ist ja nicht so evident). Heute hat es auch jener armen Familie gedacht, die seit 1806 nach Vrot schreit und zufällig mit unserem Königshaus verbandt ist. Der Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg soll endlich eine Heimstätte bekommen und zur Instandhaltung dieser bauwürdigen Hütte eine jährliche Rente von 150 000 M. zahlbar in vier Raten quartaliter pränumerando. Einen Reichstitel hat der Arme freilich nicht mehr aufzuweisen: man hat ihm eben alles abgenommen! Aber aus „Billigkeitsgründen“ hat der Minister um diese kleine

milde Gabe für ihn. Und in der Tat, so billig pflegt man sonst mit deutschen Fürsten nicht fortzukommen.

Ja, es ist etwas Schönes um ein gutes Herz und eine ideale Gesinnung! Schon vorher hatte das Haus sich sehr ideal gezeigt. Es hat die Regierung aufgefordert, für die Schiller-Feyer an den Schulen Geld herzugeben. Schiller soll nämlich idealisiert werden. Der Mann hat da einige fatale Sachen geschrieben. Er war sogar so töricht — noch törichter als die Berliner 1848 —, daß die französische Revolution ihn zum Ehrenbürger der Republik machte. Wir wollen ihn läutern und wollen der heranwachsenden Jugend einen gereinigten Schiller vorsetzen. Die Vorfeier hat bereits begonnen. Auf dem Friedhof der Märzgefallenen — immer wieder dieses ärgerliche törichte Jahr! — hat der preussische Zensur im Schillerjahr ein Schiller-Bitatz sachgemäß fortgeschritten. Wie konnte der Mann aber auch so etwas schreiben? Wir glauben gar, daß hier es: „Eine Grenze hat Tyrannemacht...“ Das ist doch direkt eine Kuppelung auf die inneren Verhältnisse eines befreundeten Nachbarstaates. Der Mann mußte doch zur Ordnung gerufen werden. Am 9. Mai wird dann Schiller noch in sämtlichen preussischen Schulen zur Ordnung gerufen werden. Dieses nationale Werk läßt sogar das preussische Abgeordnetenhaus sich etwas kosten, und in allen preussischen Schulen kann man am 9. Mai das Andenken Schillers reinen Herzens und gehobenen Sinnes feiern und deklamieren: „Heil'ge Ordnung, segendreiche...“

Bei der „Debatte“ im Dreiklassen-Parlament sprach sich außer einem freisinnigen niemand gegen diese Verschleuderung von Staatsgeldern für Privatinteressen aus, obwohl auch der Finanzminister, der übrigens die Vorlage dem Justizminister aufschob, nicht den Versuch einer Begründung unternahm. Die Familie Glucksburg ist in finanzieller Klemme, sie braucht das Geld zum Quartalswechsel und das Dreiklassenparlament redet kaum über diese ungeheuerliche Zumutung; auch das Zentrum schwieg. Die Liebesgabe bedeutet geradezu eine Entwendung von öffentlichen Mitteln, und wenn diese Entwendung parlamentarisch „legalisiert“ wird, so wird der Gesetzgeber zum Helfer der Entwendung.

Der neue preussische Polizeiminister

ist gefunden. Der Oberpräsident von Brandenburg Bethmann-Hollweg erlegt Herrn v. Hammerstein. Er sollte schon vor vier Jahren Minister des Innern werden, als Herr v. B. Rede über dem Kanaltrach zu Schaden kam. Er wollte aber damals nicht, weil ihm die Situation zu heikel war.

Bethmann-Hollweg entstammt jener Familie, in der sich die Finanzgrasse von Frankfurt a. M. mit brandenburgisch-preussischer Bureaokratie mischt. Die Bourgeoisie ist in diesen Abkömmlingen vollständig im Junferntum aufgegangen.

Der jetzige Minister ist Korpsbruder Wilhelms II., Pommer Vorurthe. Als Oberpräsident von Brandenburg (seit 1899) hat er die vielfältigen Restripte mit seinem Namen gedeckt, in denen die Selbstverwaltung Berlins eingengt wurde. So hat er z. B. jenes Schreiben unterzeichnet, in dem — nach der Wiederwahl des nicht befähigten Bürgermeisters Kaufmann — willkürlich verweigert wurde, die Wahl der Krone zur Befähigung vorzulegen, und zugleich die Anfrage an den Magistrat gerichtet wurde, ob ihm eine kommissarische Verwaltung von Staats wegen geboren erscheine.

Herr v. Bethmann-Hollweg wird jedenfalls ein gefügiges Werkzeug für die Bestrebungen sein, die auf eine Verstaatlichung der Berliner Gemeindeverwaltung, auf die Spreckpräfektur abzielen.

Im übrigen meint die „Deutsche Tageszeitung“ durchaus zutreffend, daß es auf die Person eines Ministers nicht ankomme:

„Die Politik in Preußen wird jetzt nicht durch den Minister des Innern bestimmt, sondern durch andere Stellen. Selbst wenn die Wahl auf eine ganz ausgeprägte Persönlichkeit fallen sollte, würde dadurch an dieser Tatsache nichts geändert.“

Deutsches Reich.

Besitz und Bildung.

In den jüngsten Reichstagsdebatten über das Einjährig-Freiwilligen-Privileg schwankte der Freisinn zwischen widerwilliger Anerkennung der vorliegenden Mißstände und dem Versuch, diese Mißstände durch eine Resolution zu erhalten, welche seinen kapitalistischen Neigungen entspricht. Unter dem Anschein, das Privileg mildern zu wollen, indem der Personenkreis, welchem das Privileg zusteht, erweitert wird, betrieb der Freisinn die Erhaltung der Verschärfung des Uebels. Jetzt unternimmt es die „Vossische Zeitung“, den Beweis im vollen Umfang zu führen, daß der Freisinn, wenn es darauf ankommt, nichts ist als eine Partei für „Besitz und Bildung“, als eine Partei, für die „das gleiche Recht für alle“ nur ein hohles Wort bedeutet. Die „V. Z.“ will das Einjährig-Freiwilligen-Privilegium ausführlich rechtfertigen. Während selbst der Kriegsminister zugab, daß ein Privileg der Besitzenden besteht, erklärt das freisinnige Organ, es könne überhaupt nicht von einem Privileg gesprochen werden. Die Verzauberung des Privilegs in Gleichberechtigung geschieht also:

„Es ist eine unlegbare Erfahrung, daß ein gewisses Maß von allgemeiner Bildung den Menschen befähigter macht, sich in neue Aufgaben hineinzuarbeiten. Wer in der Schule gelernt hat, den Zusammenhang der Dinge zu erfassen, wird sich in die besonderen Pflichten, die dem Soldaten obliegen, leichter hineinfinden als derjenige, der nur bis zu seinem 14. Jahre die Elemente des Wissens in sich aufgenommen hat und dann zu einer Tätigkeit hat übergehen müssen, die nur mechanische Fertigkeiten von ihm verlangt.“

Wäre das wahr, was das freisinnige Blatt anföhrt, was würde es beweisen? Es würde beweisen, daß das militärische Privileg der Einjährigen auf ein anderes Privileg zurückführt, das noch schlimmer ist als das erstere. Das größere Maß von allgemeiner Bildung soll der zureichende Grund sein für das Vorkommen in Heeresdienst. Versteht aber das größere Maß von allgemeiner Bildung auf einer natürlichen Anlage derjenigen jungen Leute, welche diese Bildung besitzen? Und ebenso: beruht das angeblich nicht genügende Maß von Bildung, welches die Volksschule gibt, auf einer geistigen Minderwertigkeit derjenigen, welche nur diesen Bildungsgang genießen? Es zeigt sich, daß die Bildung ebenso ein Privileg der Besitzenden ist, wie der Dienst, den sie im Heere genießen. Weil der Kapitalismus die großen Massen des Volkes von einem besseren Bildungsgang künstlich ausschließt, darum müssen sie nach dem „gleichen Recht für alle“, wie es der Freisinn versteht, auch zu vermehrten Leistungen in der Armee verurteilt werden! Wirklicher Liberalismus müßte umgekehrt folgen: Wenn ungleicher Bildungsgrad Ungleichheiten im Militärdienst bedingt, so muß der ungleiche Bildungsgrad beseitigt werden, es muß allen Angehörigen des Volkes dasjenige Maß von allgemeiner Bildung gegeben werden, welches heute, nach der „Vossischen Zeitung“, nur ein Teil besitzt. Doch zu wirklichem Liberalismus ist das Gegenteil des Vossischen Freisinn.

Zufällig ist aber die Voraussetzung, auf der die „V. Z.“ die Berechtigung des Privilegs aufbaut, durchaus unrichtig. Sie mag vor Jahrzehnten eine gewisse Wichtigkeit besessen haben. Gehört es aber durchaus zum Wesen des Freisinn, der Entwicklung der Zeit nicht folgen zu können? So jämmerlich die heutige Volksschule auch ist, so ist doch kein Zweifel, daß infolge der gesamten modernen Entwicklung die jungen Leute der arbeitenden Massen an geistiger Beweglichkeit und an Fähigkeit, sich in Aufgaben hineinzuversetzen, wie sie der Militärdienst mit sich bringt, in keiner Weise hinter der großen Zahl derjenigen zurückstehen, welche auf höheren Schulen, oft unter Anwendung kostspieliger Hilfsmittel, das Einjährig-Privileg erlangen. Es ist Verneinung, behaupten zu wollen, daß unter den heutigen Verhältnissen der Unterschied in der Bildung derer, die bis zum Einjährig-Examen gelangen, und der Bildung sehr zahlreicher Kreise der arbeitenden Klassen irgendwie geeignet ist, verschiedenartige Befähigung für den Militärdienst zu verursachen. Im Gegenteil, es besteht kein Zweifel, daß sehr zahlreiche junge Leute, welche die Volksschule und die Fortbildungsschule besucht haben, in jeder Beziehung so gut geeignet sind, in die militärischen Dinge sich einzuleben, wie die Inhaber des Einjährig-Freiwilligen-Diploms. Sollte man die heute zwei Jahre dienenden derselben Ausbildungsgang in der Truppe unterstellen, der den Einjährig-Privilegierten zu teil wird, so darf sich die Zeitung für Bildung und Volk überzeugt halten, daß sie im Durchschnitt genau dieselbe militärische Leistung erreichen würden wie jene anderen.

Es ist der „V. Z.“ nicht recht verständlich, was Veranlassung geben kann, jetzt an dem Privileg der Einjährig-Freiwilligen zu rütteln. Sie meint: die Ausbildungsfrist für den übrigen Teil der Soldaten wird von drei Jahren auf zwei Jahre herabgesetzt, weil die Erfahrung gelehrt habe, daß zwei Jahre genügen, und zu gleicher Zeit soll die Ausbildungsfrist für den gebildeten Teil der Soldaten verlängert werden; das sei doch ein Widerspruch. Aber dieser Widerspruch ist nur künstlich konstruiert zur höheren Ehre des militärischen Privilegs. Es soll der Anschein erweckt werden, als sei für die Masse des Volkes ein großer Fortschritt erzielt durch die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Um einen scheinbaren Triumph des freisinnigen Bürgertums vorzuspielen, unterschlägt das freisinnige Blatt die Tatsache, daß die dreijährige Dienstzeit der Infanterie auch vor dem Jahre 1898 überhaupt nur in sehr bescheidenem Umfange bestanden hat, und daß von einer jeglichen Herabsetzung auf zwei Jahre in Wirklichkeit gar nicht gesprochen werden kann. Ein Widerspruch liegt aber auch deshalb nicht vor, weil das gleiche Recht in der Heerespolitik unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht durch die weitaus zu bevorzogene Einführung einer kurzen Dienstzeit zu erreichen ist. Wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht die Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr für alle Dienenden zulassen, so bleibt zur Erfüllung der Gerechtigkeit kein anderes Mittel, als das Ausnahmerecht der Besizenden aufzuheben. Gerade um eine allgemeine kürzere Dienstzeit zu erreichen, gibt es kein vortrefflicheres Mittel, als zunächst auch die Söhne der Besizenden Klassen zu derjenigen Dienstzeit zu verpflichten, die für die große Masse des Volkes für gut befunden wird.

In den liberalen Blättern wiederholen sich die Klagen über die Bevorzugung des Adels im Offizierskorps. Welch unberechtigte Klage! Sind die Söhne des Adels nicht durch Familientraditionen, durch die Art ihrer Erziehung von vornherein in weit höherem Maße geeignet, sich in militärische Auffassungen und Betätigungen einzuleben, als die Söhne aus schlicht bürgerlichen Familien, von Industriellen und Kaufleuten, denen jeder militärische Geist mangelt? Das ist die gleiche Logik, mit der die „Vossische Zeitung“ das Einjährig-Freiwilligenprivileg verteidigt. Der Freisinn wird in Zukunft die berechtigten Beschwerden über das vergleichsweise geringe Unrecht verstummen lassen müssen, welchem die wohlhabende Bourgeoisie in der Offizierskarriere durch Bevorzugung der feudalen Aristokratie unterliegt. Wer das zehnfach größere Unrecht an der breiten Masse des Volkes eifrig schlägt, verfällt der Sächerlichkeit, wenn er selbst über Zurücksetzung jammert! —

Ein Aufstand in Kamerun?

Die „National-Zeitung“ meldet, daß nach in Berlin eingetroffenen Nachrichten sich **Südamerun in einem allgemeinen Aufstand befindet**. Das Volkssche Bureau bemerkt dazu, daß amilich nichts vorliegt, was diese Meldung bestätigen könne, vielmehr lauteten die zuletzt eingetroffenen Berichte dahin, daß Unruhen bisher nirgends vorgekommen seien.

Dies halboffizielle Dementi stellt die Möglichkeit des Ausbruchs eines solchen Aufstandes keineswegs außer Frage. Auch in **Südwestafrika** wurden die ersten Meldungen von dem Aufstande der Hereros durch private Meldungen verbreitet!

Die „National-Ztg.“ hält übrigens trotz der offiziellen Ablehnung in ihrer Abendnummer vom Mittwoch ihre Meldungen im vollen Umfange anrecht. Sie schreibt:

Jedoch dieses Beschwichtigungsstelegramm hat sich nicht lange aufrecht erhalten lassen: Spätestens seit gestern sind Berliner amtliche Stellen darüber unterrichtet, daß in **Südamerun eine große und sehr ernsthafte Aufstandsbewegung im Gange ist**. Da nun auch in Nordwesten seit Monaten die Lage sehr ernst ist, so finden wir leider alles bestätigt, was in unseren früheren Nachrichten vergebens ausgesprochen und angeklündigt worden ist.

An die Regierung aber müssen wir zwei ernste Fragen richten: Erstens: **Weshalb ist die Öffentlichkeit in Deutschland auf dem üblichen Wege noch nicht von den neuesten Meldungen aus Kamerun unterrichtet worden?** Und zweitens: **Was ist in den letzten Monaten, nachdem die Bedrohlichkeit der Lage schließlich nicht mehr übersehen werden konnte und durfte, an vorzulegenden Maßregeln zur Erzielung größerer Sicherheit geschehen?**

Daß in Kamerun ein Aufstand nicht unwahrscheinlich ist, können wir nach den uns von Landeskennern gewordenen Mitteilungen nur bestätigen. Auch dort hat sich, wie in allen unseren Kolonien, ein hohes Maß von Erbitterung der Eingeborenen angeammelt. Die Ursachen dieser Erbitterung sind auf die schlechte Behandlung der Eingeborenen zurückzuführen. Ebenso wie in Südwestafrika geht man auch in den übrigen deutschen Kolonien mit der bekannten törichten Schneidigkeit vor. Bei jeder Veranlassung werden gleich Strafexpeditionen unternommen. Die Requisitionen für diese Expeditionen werden mit großer Rücksichtslosigkeit vorgenommen. Auch die Behandlung der eingeborenen Träger soll außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen. Daß sich unter solchen Umständen der Ingrimm der Eingeborenen in einer Erhebung entladen würde, wurde uns bereits von Personen, die Kamerun erst vor kurzer Zeit verlassen hatten, als ganz bestimmt in Aussicht gestellt. Die Regierung sollte, falls der Aufstand wirklich noch nicht ausgebrochen ist, schleunigst alles tun, um die Beschwerden der Eingeborenen abzustellen. Nicht durch eine größere „Energie“, wie konservative Abgeordnete im Reichstage

erklärten, läßt sich die Gefahr des Aufstandes beseitigen, sondern durch eine vernünftige, humane Behandlung der Eingeborenen! Durch falschen Schneid wird der glühende Brand desto rascher zur hellen Flamme angefaßt werden. Das Kolonialamt ist, wie wir wissen, im Besitz von Beschwerden über die unkluge und ungerechte Behandlung der Eingeborenen. Es sollte so rasch als möglich telegraphisch auf Aenderung der bisherigen Verwaltungspraxis dringen. Geschieht dies nicht, so ist der Aufstand, selbst wenn er zur Zeit noch nicht ausgebrochen ist, nur eine Frage der aller-nächsten Zeit.

Aber nicht nur in Kamerun und in Ostafrika droht eine Erhebung der Eingeborenen auszubrechen, sondern auch in Togo. Auch von dortigen Landeskennern sind uns allerhand Mitteilungen gemacht worden, die auf eine tiefgehende Gärung der Eingeborenen schließen lassen! Läßt man das bisherige System weiter bestehen, so werden unferem südwestafrikanischen Kolonialkrieg bald ähnliche Kriege in sämtlichen afrikanischen Kolonien folgen! —

Wie soll der Etat balanciert werden?

Der Schatzsekretär v. Stengel stimmte am Mittwoch in der Budgetkommission des Reichstags ein Klagegedicht an über den unlängst angenommenen sozialdemokratischen Antrag, die Verfassungsausgaben im Militäretat aus dem Extraordinarium ins Ordinarium zu verlegen und dadurch der Schuldwirtschaft entgegenzuwirken. In der Tat ist ihm ja dadurch sein Finanzierungsplan vollständig umgestoßen worden. Die Frage, wie der Etat balanciert werden sollte, führte zu einer sehr ausgiebigen Erörterung. Der Referent Abg. Dr. Arendt bemängelte die Anträge der Jollesinnehmer im vorgelegten Etat und schlug vor, 24 Millionen Mark mehr einzusetzen. Der Korreferent Abg. Speck schloß sich diesem Antrage an: die außerordentliche gute Ernte des Vorjahres habe die Wirkung der Getreidezölle nicht voll zur Geltung kommen lassen. An den Beschlüssen der Kommission in Bezug auf die Einsetzung der Kosten für Bewaffnungen in dem ordentlichen Etat werde das Zentrum nicht rütteln, da sie sachlich durchaus begründet seien. — Abg. Dr. Müller-Sagan begriffte diese Erklärung, der er sich vollkommen anschloß; er gab der Meinung Ausdruck, die Jollesinnehmer sogar um 86 statt um 24 Millionen Mark zu erhöhen. — Der Schatzsekretär bestritt die Möglichkeit einer gewissen Schätzung der künftigen Jollesinnehmer. Die Aufstellung sei durchaus vorsichtig. — Abg. Graf v. Oriola legte dar, daß die Nationalliberalen bereit gewesen wären, die Ausgaben für Bewaffnung auf den außerordentlichen Etat zu übernehmen, obgleich der Antrag Säckelums durchaus logisch gewesen wäre. Die vorsichtige Schätzung der Einnahmen durch die Regierung liege durchaus im Interesse des Reiches; immerhin könne man für den Antrag Arendt stimmen.

Abg. Singer sprach seine Genugtuung über die Erklärung des Zentrums aus: in der Belastung der Einzelstaaten liege die Gewähr einer kräftigen Förderung der Reichsfinanzreform. Für den Reichstag liege keine Veranlassung vor, das Schwarm zur höheren Veranschlagung der Einnahmen zu drängen. Um jede zuviel geschätzte Million würden die Einzelstaaten entlastet. Deshalb sei es nicht angebracht, für die Anträge Arendt oder Müller zu stimmen. Wenn die geschätzten Einnahmen nicht einkämen, dann tauchten sie später jumeist im Extraordinarium als Fehlbeträge wieder auf, man trage also dadurch zur Erhöhung der Schuldenlast wieder bei, während man so tue, als ob man über genug Geld verfüge. Der Schatzsekretär legte dar, daß nach der letzten Finanzreform etwa eintretende Fehlbeträge nicht notwendig im Extraordinarium zu erscheinen brauchten. — Abg. v. Nischhofen hob hervor, daß bis 1901 die Waffenausgaben aus dem Extraordinarium übernommen wurden; aber theorettisch freilich sei die vorgeschlagene Verschlebung unannehmbar, und es sei wohl ausgeschlossen, dagegen erfolgreich anzukämpfen. Um 24 Millionen Mark wolle auch er die Einnahmen höher einsetzen und zugleich befristeten, daß im Etatsgesetz vorgesehen werde, eine bestimmte Quote des Fehlbetrages auf das Ordinarium des nächsten Jahres zu übernehmen. — Abg. Dr. Müller-Sagan wies darauf hin, daß man aus Rücksicht auf den Vorrat der Jollesinnehmer höher als im Etat einsetzen könne. Mit einer Steigerung von etwa 8—10 Proz. dürfe man wohl rechnen. Der Gedanke des Abg. v. Nischhofen ließe sich hören, wenn man nicht mit einem Rückschlag nach der Einführung des Zolltarifes zu rechnen hätte.

Abg. Dr. Arendt sprach sich gegen die Umetastierung der Bewaffnungskosten aus. Bedauerlich sei das Fehlen einer Reichs-Schuldenordnung, durch die für gewisse Anleihen eine schnellere Amortisation vorgesehen werden könne. Der Vorschlag des Abg. v. Nischhofen sei gefällig kaum durchführbar. Bei der diesmaligen Etatsaufstellung sei die Wirkung des Zolltarifes offenbar gar nicht berücksichtigt worden.

Abg. Dr. Säckelum gab dem Schatzsekretär recht, daß die Fehlbeträge vergangener Jahre nicht im Extraordinarium des Etats aufzutun brauchen, tatsächlich geschehe es aber doch. Die Anregung des Abg. v. Nischhofen sei ganz unannehmbar. Nach einigen weiteren Erörterungen wurde der Antrag Arendt-Speck angenommen und die Reineinnahme der Pölle um 24 Millionen höher auf 588 Millionen Mark angesetzt.

Die Tabaksteuer ist im konstanten Rückgang begriffen; sie ist mit 11,1 Millionen Mark eingezogen worden. Dieser Ansay wurde gutgeheißen.

Die Zuckerversteuerung ist mit 180 Millionen angesetzt worden. Der Referent Dr. Abg. Arendt regte den Gedanken einer Ermäßigung der Zuckerversteuerung an: die dadurch zu erwartende Konsumermehrung lasse ein Risiko der Reichskasse ausgeschlossen erscheinen. Man könne auch Tee und Kakao stärker heranziehen. Der Korreferent Speck wies auf den Widerspruch in diesen Ausführungen hin: eine Erhöhung des Tee- und Kakaozollens werde den Zuckerkonsum verringern. Die Herabsetzung der Zuckerversteuerung sei ihm durchaus sympathisch.

Der Schatzsekretär erklärte, daß eine weitere Ermäßigung der Zuckerversteuerung zurzeit nicht angängig sei.

Die Salzsteuer wurde mit 52,2 Mark nach dem Ansay eingestellt.

Die Branntweinsteuer. Die Reichsbottichsteuer soll 13,5, die Verbrauchsabgabe für Branntwein 108,9 bringen. Der Korreferent Speck fragt an, wie es mit der vom Reichstag geforderten Anpassung der Reichsbottichsteuerabgeltung an die tatsächlichen Ausdehnungsverhältnisse stehe. Er regte ferner eine Preisregulierung des Brennspiritus an, da nur dann auf eine Ausdehnung des Konsums zu rechnen sei, wenn die starken Preisschwankungen nicht mehr vorkommen. Wie das geschehen solle, will der Redner der Regierung ganz überlassen. Der Schatzsekretär bemerkte dazu, daß bis auf weiteres an eine Neuregelung der Branntweinsteuerung aus Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Interessen keine Rede sein könne. Geschehen müsse freilich etwas, da man die Abdrückung der Steuer nicht widerstandslos geschehen lassen könne. Damit werde man warten bis zur allgemeinen Reichsfinanzreform. Die Resolution Speck sei der Regierung in ihrer Tendenz sympathisch. Die Preisentwicklung des Spiritus gäbe zweifellos Anlaß, den Versuch zu machen, den technischen Verbrauch des Spiritus zu fördern.

Abg. Speck regte in einer Resolution an, die Kontrolle über den Verbrauch von zollfreiem Benzin für Motoren in landwirtschaftlichen Betrieben zu vereinfachen. Auf Antrag des Abg. Singer wurde das Verlangen nach Erleichterung der Benzinkontrolle auf alle Betriebe ausgedehnt und dann mit großer Mehrheit angenommen.

Südwestafrika.

Nach Meldung des Generals v. Trotha vom 21. März hatten in die Kommande westlich Windhof unternommene Streif-

jüge kleinerer Abteilungen zur Folge, daß sich zahlreiche Hereros in Gr. Baermen stellten. Zusammenstöße mit größeren feindlichen Abteilungen fanden bis jetzt dort nicht statt.

Major v. Storr hat am 15. März den Vorkampf von Gobabis den großen Koffloß abwärts angetreten.

Die unweit Niemont gelegene Signalstation **Mariental** wurde am 17. März von etwa 50 Hereros angegriffen, und nach etwa zweistündigem Gefecht der Gegner in Richtung des großen Fischflusses zurückgeworfen. Drei Reiter wurden verwundet. Hauptmann v. Zuehl erkrankte von Gibeon aus die 2. Kompanie Feldregiments 1 in nördlicher Richtung, um die Gegend des großen Fischflusses zu säubern.

Nach Meldung des Oberst Deimling vom 17. März aus Kurudas hat die unter Hauptmann v. Erdert zur Abtheilung Kirchner nach Stofis entsandte Kompanie mit 2 Geschützen am 15. abends die Verbindung mit dieser hergestellt, ohne mit dem Feinde in Berührung gekommen zu sein. Die vereinigten Truppen wurden am 20. März bei Kurudas erwartet.

Die Etappenkompanien sind wie folgt verteilt: 1. Kompanie längs des Bahnweges Lüderichsdorf—Reetmanshoop, 2. Kompanie in Swakopmund, Omaruru, Karibib und Otjimbingue, 3. Kompanie in Otjandja, Groß Baermen, Otjofasu, Otjifolorero und Otjifondu, 4. Kompanie in Windhof, Gariis (40 Kilometer südwestlich Windhof) und Seels (50 Kilometer östlich Windhof). —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Kriegserklärung der ungarischen Opposition.

Budapest, 22. März. Die Plenarversammlung der koalitierten Opposition hat einen Beschluß gefaßt, in welchem sie erklärt, daß es ihr unmöglich ist, ein Kabinett aus den Reihen der vereinigten Opposition zu bilden oder ein solches zu unterstützen, da von seiten der Krone als Bedingung zur Bildung eines solchen Kabinetts die Ausschaltung der Frage der Armeefahnen und der ungarischen Kommandos gestellt worden sei. Andererseits seien die Forderungen für die Erhöhung des Rekrutenkontingents und von 450 Millionen für Artilleriezwecke aufrechterhalten worden. Auf wirtschaftlichem Gebiete sei die Forderung gestellt worden, daß mit der österreichischen Regierung eine Vereinbarung getroffen werde, wonach der deutsche Handelsvertrag bedingungslos ratifiziert werden müsse, was darum nicht angenommen werden könnte, weil eine solche kategorisch gestellte Bedingung die Verwirklichung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit vereiteln würde. Die koalitierte Opposition erklärt, daß sie ein auf dieser Grundlage gebildetes Kabinett aus den oben angeführten Gründen nicht unterstützen könne; die Solidarität der vereinigten Opposition werde in dieser schweren Lage unverändert aufrechterhalten. Dem Grafen Andrássy wurde der Dank für seine Bemühungen ausgesprochen.

Schweiz.

Zürich, 20. März. (Fig. Ver.) Die Volksabstimmungen vom Sonntag haben lauter annehmende Resultate ergeben. Die Ausdehnung des Erfindungsschutzgesetzes wurde mit 187 781 gegen 79 828 Stimmen beschloffen, im Kanton Bern das Lehrlingsgesetz mit 29 884 gegen 18 825, das Sonntagsruhegesetz mit 34 909 gegen 14 130, das Gesetz betreffend den Wegfall der Prozeßkosten mit 30 437 gegen 17 022 Stimmen angenommen. In der Stadt Zürich ergab die Volksabstimmung über städtische Beitragsleistung an die staatlichen Lehranstalten 8374 Ja und 4491 Nein, also ebenfalls eine große annehmende Mehrheit. Da das Berner Lehrlingsgesetz trotz oder vielmehr gerade wegen seiner Mängel angenommen worden ist, wird es nun Sache der organisierten Arbeiterschaft sein, ihm so viele praktische Vorteile abzugewinnen, als nur irgend möglich ist. — Eine große Genugtuung hat unser Genosse Regierungsrat Erck, Zürcher Finanzminister, erlebt, indem die Staatsrechnung des Kantons Zürich für 1901 bei 20 692 896,35 Fr. Einnahmen und 20 089 710,74 Fr. Ausgaben mit einem Ueberschuß von 603 285,61 Fr. abschließt. Allerdings war die Vermögenssteuer vom Kantondrat etwas erhöht worden. Wir gratulieren unserem Genossen! —

Frankreich.

Unternehmerkämpfe in Paris. — Vom Kriegsminister.

Paris, 21. März. (Fig. Ver.) Das Beispiel der Cretiez von Cluses hat auch in Paris Nachahmung gefunden. Ein streikender Wagner, Pierrat, Teilnehmer eines Streikpostens, verhaftete vor einer Wagenfabrik ein paar Arbeitswilige zur Niederlegung der Arbeit zu überreden. Dabei entstand ein Wortwechsel zwischen ihm und der Fabrikleitung, in dessen Verlauf der Neffe des Unternehmers, Laroquette, den Arbeiter durch mehrere Revolverkämpfe schwer verwundete. Der Unternehmer selbst verletzte noch den bereits angeschossenen Arbeiter durch eine große Holzschere.

Das unternehmerliche Attentat erfolgte am 17. März. Aber erst zwei Tage darauf setzte sich die sonst so behende Polizei in Bewegung — um den Attentäter zu verhaften, wie sie es einem Arbeiter gegenüber auf der Stelle getan hätte? Nein! Um der Staatsanwaltschaft den Vorrath in kapitalistisch-polizeilicher Verleugung zur Kenntnis zu bringen.

Man erinnert sich noch, daß kürzlich der Streikende Chambelier, der in berechtigter Notwehr, zur Verteidigung eines halbtot geschlagenen Kameraden, einen Polizisten verwundet hat, sofort verhaftet und wie üblich lokalisch mishandelt wurde. Ebenso wurde der Streikende Chaffoin, zu dessen Verteidigung Chandelier zum Revolver gegriffen hat, ins Gefängnis, zunächst ins Gefängnis-Hospital geschleppt und wird bisher gefangen gehalten, nachdem er sich des Verbrechens schuldig gemacht hatte, von den Polizeibestien halbtot geschlagen zu werden. Der kapitalistische Attentäter, Laroquette, aber befindet sich bisher auf freiem Fuße. Es ist nur zu verwundern, daß dessen Opfer, der Arbeiter Pierrat, in einem zivilen Spital untergebracht werden durfte, anstatt verhaftet zu werden.

Der sozialistische Abg. Pressens macht solchen als Vorfigender der Liga der Menschenrechte dem Minister des Innern, Etienne, auf das zweierlei Maß der Pariser Polizei und Justiz aufmerksam. Was er will, was der zweiseitige Vertreter des zweiseitigen Kabinetts Rouvier antworten wird.

Auch der linksradikale und zivile Kriegsminister Bertheux erweist sich dem Kabinetts Rouvier immer und immer würdiger. Nach einer Reihe mehr oder minder zweiseitiger Maßnahmen, die die Unzufriedenheit seiner nächsten Parteifreunde erregt hatten, war Bertheux gut genug, einer offiziellen Beschwerde-delegation der linksradikalen Kammerfraktion beschwichtigende Versicherungen zu machen. Ein gleiches tat sein Chef, Rouvier. Delegation und Minister schieden auseinander mit saurer-süher Miene, die erstere mehr mit saurer, die letztere mehr mit süher Miene. Den, wie immer, pathetisch-demokratischen Worten des Börsenmüllers Bertheux folgen aber jetzt schon ganz eindeutige reaktionäre Taten. Die Beförderungen der Offiziere für 1905 bedeuten eine geradezu skandalöse Begünstigung der obligen und kerikalen Elemente, wie man sie seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Das ist der Kern der Beschwichtigungspraxis, die das Kabinett Rouvier so gern im Munde führt. Die linksstehende Presse ist entrüstet, während die reaktionäre Presse aller Schattierungen dem linksradikalen Kriegsminister jubelt.

Ueberhaupt das eigene Tun und Lassen des Kabinetts, das heißt, soweit es nicht durch das von ihm zwangsweise übernommene Gesetzgebungsprogramm des Kabinetts Combes gebunden ist, erfüllt immer mehr die intimen Wünsche der Rechtsparteien. Kein Wunder, daß die linksistische Kammerfraktion dieser Tage durch den Mund ihres neuen Vorstehers, Thierry, sich förmlich zur Unterstützung des Ministeriums bereit erklärt hat. —

Italien.

Die Befragung des Parlaments über die einzuschlagende Politik.

In der Deputiertenkammer führte heute der Minister des Aeußern Tittoni aus: Die gegenwärtige Ministerkrise ist durch eine mit den parlamentarischen Vorgängen nicht in Zusammenhang stehende Tatsache, nämlich die Erkrankung Giolittis veranlaßt worden. Giolitti, der der Krone aus triftigen Gründen als Dolmetscher des Programms Giolittis und Fortführer seiner Politik erachtet, sah sich durch verschiedene Umstände gezwungen, auf den ihm gewordenen Auftrag zu verzichten. Diese Umstände liegen dem Zweifel entgegen, ob die nach den Novemberwahlen um das Programm der Regierung gebildete Mehrheit noch gesammelt sei. Daher stellt sich das in Demission befindliche Ministerium, das nach der Verfassung für die Handlungen, die es vollzieht, verantwortlich ist, von neuem dem Parlamente vor und fordert von ihm nicht eine Abstimmung über die Männer, sondern über die Lage. Wenn, wie wir glauben und wünschen, die Mehrheit, die die verschiedenen Parteien in der Kammer zu einem gemeinsamen Zweck vereinigte, noch immer besteht und noch ihrem Programm treu ist, so wird sie sich aufs neue in Betätigung ihrer lebendigsten und mannigfaltigsten Kräfte bekunden, die sich in ihrem kraftvollen Führer Giolitti zusammenschließen, dem wir im Namen seiner Freunde und auch seiner Gegner Wunsch für baldige Genesung senden. (Beifall.) Wenn aber die Beratung und die Abstimmung im Parlamente eine neue Mehrheit mit einem neuen Programm ergeben sollten, so wird auch in diesem Falle unser heutiges Weibererkranken auf der Ministerbank, das wir als eine hohe politische Pflicht ansehen, zu dem Werke der konstitutionellen Aufrichtigkeit beigetragen haben.

Spanien.

Für und wider die Stierkämpfe. Gegen die sonntäglichen Stierkämpfe ist seit längerer Zeit eine Bewegung im Gange, welche ausgeht von der organisierten Arbeiterschaft und immerfort wird von einer Anzahl Gelehrten. Dagegen hat sich der sogenannte Stadtrat, eine Körperschaft, bestehend aus ehemaligen Ministern usw., mit Ausnahme von Silvela, für Beibehaltung dieses rohen Vergnügens ausgesprochen. Ueberhaupt zeigt sich bei diesem Kampfe, daß die ausgesessene Arbeiterschaft auf Seiten des Fortschritts steht und daß die verhörenden Stierkämpfe ihre Verteidiger fast nur bei den Mitgliedern der herrschenden Klassen finden.

Amerika.

Eine neue Niederlage Roosevelts. Der Vertrag den Roosevelt mit San Domingo abgeschlossen hatte, hat tatsächlich nicht die dringend gewünschte Ratifikation durch den Senat erhalten. Die republikanischen Senatoren hatten dem Präsidenten erklärt, daß er den Vertrag bis nächsten Winter zurückziehen müsse, denn es fehlten 9 Stimmen an der notwendigen Mehrheit. Hatte Roosevelt eine Abstimmung gefordert, so setzte er sich der Gefahr einer direkten Ablehnung des Vertrages aus. Im Vertrauen darauf, daß die Ratifikation unbedingt sicher sei, war die Regierung schon an eine Ausführung der Bestimmungen des Vertrages gegangen, was im Senat aber bemerkt wurde. Die meisten Senatoren sind mit Roosevelts Anlegung der Monroe-Doktrin nicht einverstanden, weil sie fürchten, daß dadurch die Vereinigten Staaten oft in eine unangenehme Lage kommen werden, wenn sie sich um die Finanzangelegenheiten der vielen kleinen Republiken kümmern müßten. Der Senat hat sich verweigert, ohne den Wunsch Roosevelts zu erfüllen.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratische Vereinigung in Kristiania feierte am Sonntag das Fest ihres 20jährigen Bestehens. Sie wurde im Februar 1885 auf Veranlassung unseres Parteigenossen Chr. W. Nilsen gegründet. Buchdrucker Chr. Amundsen hatte kurz vor dem von der Herausgabe einer sozialistischen Zeitung begonnen, die den Titel „Vort Arbeide“ (Unsere Arbeit) trug und dann von der neugegründeten Vereinigung übernommen wurde. „Vort Arbeide“ war der Vorläufer des jetzigen Zentralorgans „Social-Demokraten“. Die Sozialdemokratische Vereinigung, von der sofort Ortsabteilungen in Ororud, Høvik und Skien gebildet wurden, war die leitende Organisation für die norwegische Arbeiterbewegung, bis im Jahre 1887 die norwegische Arbeiterpartei gegründet wurde, welche, anfangs nicht sozialdemokratisch, im Jahre 1890 ihr sozialistisches Programm annahm und 1893 das sozialdemokratische Organ übernahm. Die sozialdemokratische Vereinigung hat aber fortgesetzt für die Verbreitung der Parteigrundsätze gewirkt und ist auch jetzt noch in derselben Weise tätig. Bei der Feier erwähnte der Vorsitzende Amundsen in seiner Rede auch die Verfassungen und Schätze der Behörden gegen die Fortschrittler der Arbeiterbewegung. Jetzt haben unsere Parteigenossen in Norwegen wenig oder gar nicht mehr mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Aus der Frauenbewegung.

An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse des Nordens. Montag, den 27. März, hält der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse eine Wanderversammlung im Norden ab. Er will den Versuch machen, in der arbeitereichsten Gegend Berlins neue Mitglieder zu werben. Arbeiterinnen, Ihr müßt es als eure Pflicht betrachten, diesem Verein beizutreten! Er gibt Euch die Möglichkeit, die Läden, welche eure mangelhafte Schulbildung gelassen hat, einigermaßen auszufüllen. Ihr sollt einen Einblick in die großen Kulturverrichtungen erhalten, um dann desto klarer und einseitiger eure Stellung zu erkennen. Tretet heraus aus der Abgeschlossenheit des Hauses, nicht um dasselbe zu vernachlässigen, sondern heimzukehren mit neuen Gedanken und Plänen, die Euch stark und frei machen. Und wenn Ihr noch so schwer gearbeitet habt und meint, Euer Geist sei schon zu müde geworden, rafft Euch auf, kommt zu uns, arbeitet mit, an den großen Aufgaben der Menschheit, und eine neue Fülle von Mut und Kraft wird Euch beselsen. Herr Dr. M. A. R. A. R. A. R. wird im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23 die Bestimmungen unseres Vereins vorlesen. Sein Thema lautet: „Warum ein Frauenverein?“ Der Vorstand.

Lichtenberg. Der Frauen- und Mädchenbildungsverein in Lichtenberg hielt am 20. d. M. eine Versammlung ab. Fel. Ottilie Baader hielt einen Vortrag über „Wohnungsverhältnisse und Familienleben“, der von den aufmerksam Zuhörenden mit stichlichem Interesse entgegengenommen wurde. Die darauf folgende Diskussion war sehr reg. Ein Gast beleuchtete den Grundstückswechsel, der auch in Lichtenberg seine Wurzeln treibt. Früher zahlte man für die Morgen Land 18 Taler, heute dagegen für die Morgen 200 Taler und noch mehr. — Daß die Frauen noch sehr der Aufklärung bedürfen, kennzeichnete das Mitglied W. durch folgenden: Eine Wöchnerin ließ sich nach vier Wochen vom Arzt gesund schreiben, um wieder in die Fabrik gehen zu dürfen. Trotz des sechswochen Schutzes für Wöchnerinnen seitens des Arztes, welches geistlich es noch so häufig, daß die Frauen gegen ihre Gesundheit und dadurch gegen das Glück ihrer Familie verstoßen, indem sie vor Ablauf der sechs Wochen ihre Arbeitshände wieder aufstehen. — Fel. W. forderte die Frauen auf, der Jugendweibe der Freikirchlichen Gemeinde beizutreten, sie würden sich gewiß eher von der Kirche trennen, wenn sie sehen, daß auch ohne Kirche ihnen und ihren Kindern ein erinnerungsvoller Augenblick gewährt wird; sie mögen auch ihre älteren schulpflichtigen Kinder mitnehmen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung für den zweiten Berliner Wahlkreis war zum Dienstag von der sozialdemokratischen Vertrauensperson nach dem Lokal von Hofmann, Kreuzbergstraße 48, einberufen worden. Sie war gut besucht. Stadtvordirektor, Genosse Schubert referierte über das preussische Volksschulwesen. In treffenden Ausführungen kennzeichnete er den Klassencharakter unseres staatlich approbierten Bildungswesens. In vielen Beispielen zeigte er, daß auch auf dem Gebiete die Regierung im holden Verein mit den herrschenden Klassen, mit den diese vertretenden politischen Parteien, immer nur die Interessen der Besitzenden zu wahren bestrebt sei. Die Schule der Armen wurde man in ihrer Entwicklungsfähigkeit zu hindern. Dann wies er die vielen Mängel der Volksschule in Preußen auf und legte an der Hand der sozialdemokratischen Forderungen zur Schulfrage dar, wie das gesamte Schulwesen auszugestalten sei, um wirklich als Kulturvermittlung zu wirken und kulturell fördernd wirken zu können. Mit einem klammernden Aufreiß, im Sinne des Sozialismus zu wirken und dazu zu brechen für das Ideal einer umfassenden Volksschule, schloß Genosse Schubert seinen Vortrag unter lebhaftem Beifall. Es folgte eine kurze Debatte, in der verschiedene Redner ihre Volksschulansichten zum Ausdruck gaben. Besonders wurde festgestellt, daß die Ueberlastung der Lehrer in der Volksschule zur Vernachlässigung pädagogischer Grundsätze und zu ungerader, entfallender Benutzung des Präzises führt. — Ein Parteigenosse führte an, daß erst kürzlich in der Berliner Volksschule am Tempelhofer Ufer ein erkrankter Lehrer nicht habe ersetzt werden können. Ein Knabe aus der ersten Klasse habe die Kinder unterrichtet. Des Redners eigener Knabe ist am 14. März von einem „großen Jungen“, wie er ihm erzählte, in Religion unterrichtet worden. — Herzog erzählte von dem jetzigen freiwilligen Abgeordneten Kopsch, daß dieser früher als sein, des Redners, Lehrer die Angewohnheit gehabt habe, die Schüler an den Ohren in die Luft zu heben; ihm sei es so ergangen. Alle Redner, wie auch der Referent im Schlußwort, machten das heutige Schulsystem für die verschiedentlich vorkommenden Uebergriffe von Lehrern verantwortlich.

Junkerhaus und Arbeiterhaus lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Ledebour am Freitag in einer Volksversammlung hielt, die der Vertrauensmann des vierten Wahlkreises (Süd-Ost) nach dem Saale der Urania in der Brangelstraße einberufen hatte. Der Redner erinnerte daran, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky bei den Debatte über die Handelsverträge eingestanden hat, die Regierung habe es für ihre Aufgabe, die Interessen der Agrarier zu fördern, damit die soziale Entwicklung nicht zu schnell vorwärts gehe. — Es sei das erste Mal, daß ein Staatsmann so offen zugebe, die Politik der Regierung laufe darauf hinaus, daß der sozialen Entwicklung ein Hemmschuh angelegt werden müsse, daß Junkerhaus und Arbeiterhaus die Regierungspolitik kennzeichne. — In seinen weiteren Ausführungen zeigte der Redner, wie die Regierung im Einverständnis mit den herrschenden Massen Junkerhaus und Arbeiterhaus betreibt. Er legte dar, daß die Politik der Regierung, wie sie in den neuen Handelsverträgen zum Ausdruck kommt, ein Mittel ist, um den Junkern auf Kosten der Arbeiter die Taschen zu füllen. Auf der anderen Seite werden die Rechte des arbeitenden Volkes nach Möglichkeit beeinträchtigt. Das ist mit zweifelloser Deutlichkeit bei den Reichstagsdebatten über die Neueinteilung der Wahlkreise wieder einmal hervorgetreten. Obgleich Verfassung und Gesetz die Regierung verpflichten, eine Neueinteilung der Wahlkreise vorzunehmen, welche den gegenwärtigen Wahlergebnissen in den einzelnen Kreisen gerecht wird, behält man die auf die heutigen Verhältnisse längst nicht mehr passende Einteilung bei, weil man fürchtet, man werde nach einer gerechten Wahlkreiseinteilung mehr Sozialdemokraten in den Reichstag bekommen. Daß dies auch für die Reichsparteien der ausschlaggebende Grund ist, hat der Abgeordnete Camp ungeniert ausgesprochen indem er sagte: Nur die allergrößten Räuber der Welt (nicht wählen wie im Reichstagsbericht des „Vorw.“) ihre Regier selber. — Damit ist deutlich gesagt, daß man der Sozialdemokratie eine über Stärke entsprechende Vertretung nicht zusehen will. Aber auch das kann unsere Partei in ihrem Siegeslauf nicht aufhalten. Nicht die Zahl unserer Abgeordneten ist ausschlaggebend für unseren Einfluß, sondern die Zahl unserer Wähler, die Macht des Klassenbewußtseins der Proletariats. Darum ist es unsere Aufgabe, unsere Ideen zu verbreiten, die Scharen unserer Anhänger zu mehren, damit wir eine Macht werden, der niemand widerstehen kann. Nur dann bekommen wir, was uns zusteht. — Der Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter vollzieht sich bei uns so auch in anderen Ländern, wenn auch in anderen Formen und in anderem Rahmen. Auch in Rußland ist das Proletariat erwacht und in den Kampf gegen seine Bedrücker eingetreten. Wir hoffen, daß das russische Proletariat den Sieg erringt, daß das absolutistische System in den Boden gestampft und dem russischen Volke die Bahn der freien Entwicklung eröffnet wird. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Die Diskussion eröffnete ein Redner anarchistischer Richtung, der sich bemühte, die bekannten Anschauungen dieser Richtung über die Nutzlosigkeit parlamentarischer Vertretung und der Bedeutung des im Generalstreik gipfelnden wirtschaftlichen Kampfes vorzutragen. — Genosse Thäde erwiderte diesem Redner, daß die von demselben vorgetragenen Anschauungen aus der Kindheit der Arbeiterbewegung stammen, heut aber längst überwinden seien. Genosse Ledebour, der ebenfalls auf die Ausführungen des Anarchisten einging, sagte unter anderem, daß die Anhänger dieser Richtung, von denen ab und zu einer in der Öffentlichkeit auftaucht, um dann bald wieder zu verschwinden, nur in einem Punkte konsequent sind: sie glauben zur Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft nichts Besseres tun zu können, als daß sie den Arbeitern die Sozialdemokratie zu verzeihen suchen, und so werden die Vertreter des Anarchismus, selbst wenn sie ehrliche Leute sind, zu unfreiwilligen Bundesgenossen der Polizei und der Bourgeoisie.

Der Metallarbeiterkreis bei der Firma G. Lorenz beschäftigte gestern abend eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung der Mechaniker und Telephonbauarbeiter in Buggenhagens großem Saal. Der Andrang zum Lokal war so stark, wie es seit Jahren bei den Mechanikern nicht der Fall gewesen ist. Nachdem Wiesenthal die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Streiks geschildert hatte, und ein Mitglied der Streikkommission darlegte, daß schriftliche Abmachungen mit der Firma gefordert werden müßten, weil frühere Vereinbarungen über die Arbeitspreise nicht gehalten worden sind, ja sogar Entlassungen dieserhalb vorkamen, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Die allgemeine Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher sowie aller in den Telephonwerkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von dem Stande und den Ursachen des Streiks bei der Firma G. Lorenz, Telephonbau-Anstalt, Elisabeth-Ufer 5-6, und erklärt: Wir erkennen die Berechtigung des Streiks und der Forderungen der Streikenden zur Sicherung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen an, um den in unserem Berufe üblichen Mordreduzierungen vorzubeugen. Die Versammelten verpflichten sich, jede Streifarbeitsleistung zu verweigern und den Streikenden jede notwendige Unterstützung zu gewähren.“

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen (Filiale Berlin) hielt am Dienstag, den 21. März, in den Arminkallen, Kommandantenstraße, eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Stellung zu den auf die Forderungen an die Detail-Konfektionsgeschäfte eingelaufenen Antwortschreiben genommen wurde. Von 230 Firmen haben nur acht es für nötig gehalten, wenigstens die Pflicht der Höflichkeit zu erfüllen und zu antworten. Ein charakteristisches Zeichen für den prognostischen Standpunkt der Herren! Die meisten eingelaufenen Antworten lauteten ausweichend; einige stellten einen Erfolg als möglich in Aussicht. Die Firma Tieg will ähnliche Einrichtungen wie die geforderten getroffen haben. Das ist natürlich Ironie. Rüdiger

u. Suhr erklären, das Problem nicht erfassen zu können. Die Firma Karl Sobel erklärt die Forderungen nicht zureichend für ihren Betrieb. Fabisch will schlechte Erfahrungen mit den eigenen Werkstätten gemacht haben. Thöry u. Sigrand haben angeblich keinen Raum für eigene Werkstätte. Schlessinger müßte nach seinen Angaben Stelle machen bei Erfüllung der Forderungen. Die Firma Baer Sohn will im Herbst Werkstätten für 30 Männer und 30 Frauen einrichten. Leske u. Lehr erklären sich zu Verhandlungen bereit. Im übrigen laßt die Antwort ausweichend, da die Firma erst kurze Zeit best. Wertheim, Peck u. Cloppenburg, Wellmann und andere größere Firmen haben einfach nicht geantwortet. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche der Ortsverwaltung Auftrag erteilt, die Sache weiter zu verfolgen und auf diejenigen großkapitalistischen Unternehmungen, denen die Durchführung der Forderungen in materieller Beziehung sofort möglich wäre, ihr besonderes Augenmerk zu richten. Es ist beabsichtigt, zunächst einige Firmen in den Arbeitervierteln zur Erfüllung der Forderungen zu zwingen und sie der Arbeiterschaft zum Einkauf zu empfehlen.

Nachdem Ritter die Tagesordnung des im Mai stattfindenden fünften deutschen Gewerkschaftskongresses erläutert hatte, wurden nach kurzer Diskussion sieben Delegierte gewählt, deren Namen im Verbandsorgan veröffentlicht werden. Von der Ortsverwaltung wurde noch hingewiesen auf den Streik in Leipzig, wo 200 Kollegen ausständig sind. Von Duisburg, wo gleichfalls die Kollegen im Streik liegen, war ein Unternehmer in Berlin, dem es leider auch gelang, einen Kollegen nach dort zu verschleppen. Die Firma Hugo Hermann hat einen Reisenden nach Köln geschickt zur Ueberführung von Aufträgen. Da in Köln ebenfalls die Kollegen im Streik liegen, so sei vor Streifarbeitsleistung gewarnt.

Die Agitation unter den Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen zwecks Einführung von Betriebswerkstätten, Forderung eines Minimallohnens und einer Maximalarbeitszeit wird vom Verband der Schneider rüstig weiter betrieben. Am Montag wurde für den Osten Berlins eine gut besuchte Konfektionsarbeiter-Versammlung in Stellers Saal in der Ropenstraße abgehalten, wobei selbst Strömmer die den Detail-Konfektionsarbeiten zugehörigen Forderungen erläuterte. Der Referent wies dabei auf die scharf abnehmende Haltung des Unternehmerorgans, des „Konfektionsrats“ hin, der die Vorschläge des Schneiderverbandes von vornherein als unbedurchführbar bezeichnet hat. Hieraus ergebe sich, daß von den Unternehmern ein Entgegenkommen nur dann zu erwarten sei, wenn sie durch die geschlossene Masse der Konfektionsarbeiter wie auch die Konsumenten dazu gezwungen würden. Die bekannte Resolution wurde auch in dieser Versammlung einstimmig angenommen.

Die Versammlung im „Alten Schützenhaus“ war zwar nicht so zahlreich besucht, wie man es in der Gegend des Scheunenviertels, wo so viele Konfektionsarbeiter in den erbärmlichsten Räumlichkeiten hausen, hätte erwarten können; doch zeigte der Verlauf der Versammlung dafür, daß das Verständnis für die Notwendigkeit einer großen Bewegung zur Verbesserung der elenden Zustände auch hier immer mehr Eingang findet und eine immer größere Zahl der Konfektionsarbeiter sich des Clends bewußt wird. Der Referent Kämring erwähnte in seiner Schilderung der Verhältnisse, um den Gegnern nicht Veranlassung zu dem Vorwurf der Ueberreizung zu geben, Arbeitsverdienste von 33 bis 48 Pf.; durch Zwischenruf und in der Diskussion trat jedoch die Tatsache zutage, daß diese Berechnung viel zu hoch gegriffen war, daß gar manche Arbeiter, wenn sie ihren Tagesverdienst auf die 15, 16 oder gar 18 Stunden verrechnen, die sie sich täglich schinden und plagen, kaum auf 20 bis 25 Pf. kommen. In der Versammlung waren auch einige der Jungmeister anwesend, die hier in der Gegend wohnen. Sie wurden aufgefordert zu reden; aber, wie zu erwarten war, wagte sich keiner an die unmögliche Aufgabe, die schändliche Ausbeutung und das ungeliche System, das ihr zugrunde liegt, zu verteidigen. Alle Redner sprachen sich für die vom Schneiderverband aufgestellten Forderungen aus. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Töpfer. In der bei Keller abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurden zunächst elf Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes gewählt und die Anträge der Filiale hierzu fertig beraten. Hieraus wurde die mißliche Lage der Orts-Arbeitsklasse der Töpfer von zwei Vorstandsmitgliedern derselben einer Kritik unterzogen und die erntemüde Interessiertheit der Klassenmitglieder gerügt. Nicht bezeichnend sind jedoch die Beitragserlöse einzelner Unternehmer in Höhe von 50-200 M., welche dem Arbeitnehmer längst abgezogen sind. Bezeichnend ist auch folgendes Beispiel: Bei der Anmeldung für die Bauberufsgenossenschaft waren in einer Firma durch Lohnlisten in fünf Monaten 27 000 M. in Anlag gebracht und während dieser Zeit nur 11 Mitglieder für die Kasse gemeldet. Eine öffentliche Versammlung wird sich in kürzester Zeit mit allen diesen Mißständen beschäftigen.

Eingegangene Druckchriften.

Von den „Documenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ch. Bernheim (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das dritte Heft des V. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bibliographie des Sozialismus und der Sozialwissenschaften, Besprechungen von 33 Neuerscheinungen. Ferner in der Rubrik „Der Theoretiker des Sozialismus und der Sozialwissenschaften“ einen Aufsatz Eduard Bernheims über die Geschichtswissenschaft als Sozialbiologie (Karl Lamprechts Theorie) 3. Aus der Geschichte des Sozialismus, Fortsetzung der Aufsätze von Hartmann Debrana, dieses merkwürdigen Sozialisten der materialistischen Geschichtsauffassung. Dazu Urkunden des Sozialismus und Notizen über den Sozialismus in bürgerlichen Zeitschriften.

Erster Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1903. Herausgegeben von dem Internationalen Secretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Der Bericht ist in drei Sprachen (in deutscher, englischer und französischer Sprache) zur Ausgabe gelangt und wird von den gewerkschaftlichen Landeszentralen an die einzelnen Organisationsämter übermittelt. In Deutschland kann die Broschüre, die pro Exemplar 1.50 Mark kostet, durch den Buchhandel oder direkt von dem Verlag bezogen werden. Adresse des Verlags: J. Rabe, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 16. Verlag: Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Dr. L. Haas, Die Einigung des Liberalismus und der Demokratie (Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer).

Gerhard Taub, Zwei Unabänderliche in der Ober. (Uelzen, Selbstverlag).

Gerhard Taub, Mittelalterliche Chronologie. (Uelzen, Selbstverlag).

Dr. jur. Marie Kolke, Die Vernichtung des leimenden Lebens. (Verlag der „Frauen-Rundschau“, Schmeizer u. Co., Berlin SW. 11.)

Baron Zugenmaier, Die Rußland den Krieg ver-schuldet. (London, Probstham u. Ko.)

Kulturprobleme der Gegenwart, herausgegeben von Leo Berg. Das Leben des Judentums von Dr. J. Fromer. (Uelzen u. Leipzig, Berlin, Leipzig, Paris.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Pittsburg, 22. März. (W. T. G.) Der Fluß Monongahela erreichte heute morgen einen Stand von 26 Fuß über Null. Vielen Mühlen in verschiedenen Teilen des Distrikts Pittsburg sind niedergedrückt; tausend von Leuten sind beschäftigungslos, hunderte haben ihre Wohnhäuser verlassen müssen. Inzwischen hat sich das Wasser verlaufen; die Lokal-Industrien haben einen Schaden von ungefähr 1 Million Dollar erlitten.

Belgrad, 22. März. (W. T. G.) Infolge Schienenbruchs zwischen Lepofader und Belgrad ist der von Konstantinopel kommende Konventinalzug heute entgleist. Verletzt wurde niemand.

Vom östlichen Kriegsschauplatz. Tokio, 22. März. (Wiedung des „Neuerischen Bureaus“.) Es wird gemeldet, die russische Nachhut siehe managen Weisen nördlich von Kajuau, die japanische Vorhut war ihnen gefolgt auf den Bergen. Die Russen ziehen sich auf den drei Hauptstraßen nach Kirin und Tschang zurück.

Reichstag.

170. Sitzung vom Mittwoch, den 22. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: v. Einem.

Die zweite Beratung des Militärretais wird fortgesetzt.

Abg. Raempf (fr. Sp.) führt Beschwerde darüber, daß die Proviantämter in unbilliger Weise die Produzenten gegenüber den Kaufleuten vorziehen. Geht auf die Kaufleute ein, die die Vorschriften der Proviantamtsordnung zu Gefolge, daß sie alle möglichen Anteile beim Ankauf bei Händlern vorzuziehen, die bei den Käufen direkt von den Produzenten in Wegfall kommen. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.) Die Proviantämter beschränken sich nicht darauf, Angebote von Produzenten abzuwarten, sondern bemühen sich in jeder Weise, Produzenten heranzuziehen. Wenn ich aber den Inhaber einer Ware aufsuche, um ihn zu einer Offerte zu bewegen, so verteuere ich mir von vornherein die Ware. (Sehr richtig! links.) Für die Produzenten nicht aber für die Kaufleute ist die schnellste Abfertigung vorgeschrieben. Den Produzenten wird die einseitige Veräußerung der Eisenbahnfracht usw., die teilweise Vergabe von Säcken und anderer zum Teil sehr erheblicher Erleichterungen gewährt, die für die Kaufleute ganz oder zum allergrößten Teile in Wegfall kommen. Redner verliest eine Besanftmachung des Proviantamts Weihenfelds, welches zu „guten Preisen“ Roggen sucht. Ich meine, die Proviantämter sollen nicht zu guten Preisen, sondern zu Marktpreisen kaufen und verkaufen, sie sollten Staatsgut, wie Mele, nicht an eine einzelne Klasse von Staatsbürgern, sondern an alle Interessenten verkaufen. Ferner wird den Produzenten für Eisenbahnfrachten der Militärretais gewährt, der 20-30 Proz. billiger ist als der gewöhnliche Tarif. Auf eingelaufene Weichwerden haben der preussische Handels- und Kriegsminister keine genügende Antwort gegeben, daß der Handel nicht grundsätzlich von den Produzenten gewählten Vorteilen ausgeschlossen sei. Aber was helfen theoretische Grundzüge, die nicht praktisch zur Durchführung gelangen? (Sehr richtig! links.) Die Sache hat auch ihre bedeutende militärtechnische Seite, da im Falle eines Krieges die Produzenten allein materiell außerstande sind, die ausreichende Ernährung der Armee zu gewährleisten. Es muß dann auf den Handel zurückgegriffen werden; und wie soll dieser in Kriegzeiten alles leisten, was man von ihm verlangt, wenn man in Friedenszeiten alles tut, um ihn zu schwächen? Man kann einen leistungsfähigen Handel ebenfalls wenig wertig wie Armeen aus dem Boden stampfen. (Sehr richtig! links.) So viel ich weiß, hat die Heeresverwaltung einen gewissen Einfluß auf den leider bisher vergeblichen Versuch der Regierung, die Produzentenbörse und den Getreidehandel wieder zu einem leistungsfähigen Organismus zu machen. Wir hoffen, daß die Heeresverwaltung sich auch an dem Vorstöße beteiligen wird, die Börsenkommission zu bewegen, ihre Arbeiten nicht verstopfen zu lassen. Die Leistungsfähigkeit unseres Handels ist ein wichtiger Faktor der Schlagfertigkeit unseres Heeres. (Beifall links.)

Abg. v. Brockhausen (L.): Ich hätte gewünscht, daß der Abg. Raempf diese Ausführungen bei dem Titel „Naturalversorgung der Truppen“ vorgebracht hätte. Denn sie sind so wichtig, daß sie eine geforderte ungehörte Beratung wohl verdient hätten. — Ich kann nicht soweit gehen, einen Anspruch des Handels auf Versorgung der Armee anzuerkennen, wo die Möglichkeit eines direkten Verkehrs zwischen den Produzenten und Konsumenten gegeben ist. Alle großen industriellen Unternehmungen sind heute bestrebt, die Produktionskosten durch direkten Bezug des Rohmaterials und direkten Absatz an die Konsumenten herabzudrücken. Nur in dem Sinne halte ich auch die Proviantamtsordnung für veraltet, daß sie den gerechten Ansprüchen der Landwirtschaft nicht entspricht. Die Schwierigkeit der Versorgung des deutschen Heeres mit Getreide im Kriegsfall war früher auch ein Hauptargument der Kriegsverwaltung gegen unsere Forderungen. Aber heutzutage unterliegt es kaum einem Zweifel, daß die organisierte Landwirtschaft auch allen Anforderungen im Falle eines Krieges genügen können. Nun zur Börsenreform. Selbst wenn der Kriegsminister auf die Weisheit treten wollte, auf die Herr Raempf ihn lockte, würde er für die Wiederherstellung des Terminhandels, um die es sich doch nur handeln könnte, im Parlament keine Mehrheit finden. (Sehr richtig! links.) Der Terminhandel ist aufgehoben; damit werden sich die Herren vom Handel abfinden müssen. Es bleibt dabei, und unser Vorgehen wird in anderen Ländern Nachfolge finden. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Für die Preisbildung darf weder der Berliner Börsenpreis, der viel niedriger ist als die Exportpreise, maßgebend sein, noch die Marktpreise an den kleinen Orten, die durch die geringere Quantität und Qualität der Ware und die geringere Zahl der laufenden Händler gedrückt sind. Eine unparteiische Kommission sollte die Preise festlegen. Um die Schwierigkeiten des Verkehrs von Landwirtschaft und Militärverwaltung zu lösen, bitte ich den Kriegsminister, bald möglichst nach dem österreichischen Vorgange eine Kommission einzuberufen, in der außer dem Kriegsministerium auch das Landwirtschaftsministerium, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Handel vertreten sind, vielleicht durch Herrn Raempf. (Weiterheit. Beifall rechts.)

Generalmajor v. Gallwitz: Die Militärverwaltung ist in den wirtschaftlichen Gegenständen und Interessenkämpfen der Zeit nicht Partei. Der Ankauf von Produzenten findet in erster Reihe auf Grund einer von der Gesamtregierung gutgeheißenen Tendenz statt. Der direkte Bezug kam der Militärverwaltung beim Weizen 3,81 M., beim Roggen 5,17 M. und beim Hafer 6,45 M. pro Doppelzentner billiger zu stehen als der Bezug durch den Handel. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Multiplizieren Sie das mit der ganzen Summe des Bedarfs, so erhalten Sie einen ganz erheblichen Betrag, den wir zum Besten des Fiskus, der nichts anderes ist als die Masse der Steuerzahler, gespart haben. Schließlich laufen wir beim Produzenten besser, wenigstens sicherer ab als beim Händler. Der tatsächliche Handel zugestanden, so Schaden ist übrigens minimal. Der Bedarf der Militärverwaltung beträgt nur 1 Proz. des Nationalinkommens, und davon deckt der Handel noch etwa die Hälfte. Es ist nicht vollkommen zutreffend, daß nur die Produzenten die Vorteile haben. Der billigere Eisenbahntarif kommt auch manchen Händlern zugute. Andere Vorteile, die allerdings nur den Produzenten gewährt werden, sind unbedeutend. Ich muß aber noch darauf hinweisen, daß manche Vergünstigungen nur denjenigen Produzenten zugute kommen, die in demselben sogenannten Erleichterungsbezirk oder Einkaufsbezirk wohnen. Der Einkauf bei solchen Produzenten ist aber prozentual sehr gering, er beträgt für Roggen nur 0,85 Proz., für Hafer 0,98 Proz. Für den Einkauf außerhalb dieser Bezirke genießt der Händler denselben Vorteil der Militärretais wie der Produzent. Uebrigens ist der Militärretais für kleine Strecken teurer als der Ziviltarif (Hört! hört! rechts); er beträgt z. B. für zehn Kilometer 2,40 M. gegenüber 2,10 M. des Ziviltarifs. Erst auf größerer Strecken wird er billiger als der Ziviltarif. Mit diesen Ausführungen habe ich es hoffentlich verhindert, daß sich abenteuerliche Vorstellungen über die Benachteiligung des Handels seitens des Militärretais herausbilden. (Beifall rechts.)

Abg. Meiß (Sp.) bringt einen Fall vor, in dem ein Musikant im 16. Armeekorps trotz offener geistiger Minderwertigkeit nicht entlassen wurde. Er wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wegen Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung, weil er keine Vorgesetzten anläche. Seine

Mutter wies in einem Schreiben an den Kompaniechef darauf hin, daß ihr Sohn seit seiner Kindheit schwachsinig gewesen sei, und sie fügte dem Schreiben auch fünf Atteste hierfür bei vom Lehrer, Pfarrer und verschiedenen Lehrherren. Es wird ihr geantwortet, daß der Militärarzt ihren Sohn weder für geistig gestört noch minderwertig befunden habe, so daß ihrem Wunsch auf Entlassung nicht Folge geleistet werden könnte. Natürlich wird der Kriegsminister diesem ärztlichen Urteil mehr Glauben schenken als den von mir angeführten fünf Zeugen. Ich selbst bin aber der Ueberzeugung, daß der Mann wirklich geistig minderwertig ist und daß er überhaupt nicht hätte angemustert werden dürfen, und dann mit Unrecht verurteilt worden ist, weil er die Tragweite seiner Handlungen nicht zu beurteilen imstande war. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die geistig Schwachen in der Armee am meisten zu leiden haben von ihren Kameraden einerseits und von ihren Vorgesetzten, die sie zum Spielzeug ihrer Launen machen. Ein im Jahre 1899 aus dem 100. Infanterie-Regiment entlassener Bekannter erzählte mir, daß ein Kamerad von ihm geistig verblödet war und es drei Monate dauerte, ehe er entlassen wurde. Es ist daher unbedingt notwendig, daß beim Entlassungsgeschäft entschieden darauf geachtet wird, daß solche Leute nicht in die Armee kommen. Säul-, Gemeinde- und Militärbehörden müssen da Hand in Hand arbeiten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Militärbevollmächtigter Generalmajor Sigt v. Armin: Die Armee hat kein Interesse daran, geistig minderwertige Menschen einzustellen. Die Bestimmungen, die getroffen sind, um einer solchen Einstellung vorzubeugen, verpflichten den Sanitätsoffizier, einen der geistigen Minderwertigkeit verdächtigen Mann nicht nur gründlich zu beobachten und beobachten zu lassen, sondern auch jedes irgendwie mögliche Material über ihn herbeizuschaffen. Aber leider ist es eine alte Erfahrung, daß im Volke noch jetzt, ich will nicht sagen geistige Krankheit, aber doch geistige Schwäche möglichst verheimlicht wird, so daß sogar die Angehörigen eines Regiments erklären, der Betroffene sei normal, auch wenn es nicht der Fall ist. Ist dann ein solcher Mann eingestellt, so bedarf es natürlich längerer Beobachtungen, ehe man ihn als geistig minderwertig wieder entläßt. Unterdes ist eine Resolution des Abg. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (L.) eingelaufen, welche eine Revision des Befehles über die Naturalleistung von 1898 in dem Sinne herbeiführen will, daß die Entschädigungsbüße so weit erhöht werden, daß sie dem tatsächlichen Werte der Leistungen entsprechen.

Abg. Werner (Antif.) stimmt der Resolution Stolberg zu, polemisiert gegen den Abg. Raempf namentlich in Rücksicht auf den Einkauf von Tuch für die Armee und wünscht bessere Löhnung der Unteroffiziere.

Abg. Dr. Böttger (natl.) bringt die Beschwerden der Gewerbetreibenden gegen die Militärverwaltung zur Sprache, unter anderem hat die Handelskammer in Trier den Wein- und Spirituosenhandel der Offizierskasinos für nicht vereinbar mit der sozialen Stellung der Offiziere erklärt. Ferner wird scharf getadelt, daß die Militärkasinos sich zu Warenhäusern im kleinen ausgewachsen haben. Da die Kantinieren 10-20 000 M. jährliche Baat herauswirtschaften müssen und dieser Betrag bei dem gewöhnlichen Umsatz in Lebensmitteln usw. nicht zu erzielen ist, so werfen sich die Kantinieren auf den Verkauf von sogenannten Extrajachen, der ihnen eigentlich verboten ist. Sie verkaufen Helme, Hüte, Handschuhe, Uhrketten, Portemonnaies, Zigarettensachen, Bierkrüge, Pantoffeln, Schuhe, Westen, Unterzeug usw. Die Beschwerden der in der Nähe wohnenden Geschäftsleute sind nutzlos, ja gefährlich. Denn den Reglern wird auch noch das bisherige Kundschaf vom Militär entzogen, was geblieben ist. Auch werden vielfach die Soldaten von oben beeinflusst, bei den Kantinieren abzugeben zu kaufen, die ja selbst alte Unteroffiziere seien. Redner verlangt, daß die Kantinieren nicht zu überhöhten Preisen verpackt werden, daß nur die notwendigsten Lebensmittel dort feilgehalten werden dürfen und ein Verzeichnis der zu verkaufenden Waren der Gewerbetreibenden auf Wunsch mitgeteilt werden soll. Der Mittelstand werde dem Minister dankbar sein, wenn er die zahlreichen Mißstände auf diesem Gebiet des Wettbewerbes mit bürgerlichen Verufen beseitige. (Beifall.)

Abg. Dove (fr. Sp.): Ich bin mit dem Abg. Raempf der Meinung, daß beim Einkauf des militärischen Bedarfs lediglich das Interesse der Militärverwaltung maßgebend sein kann. Die Vertreter der Landwirtschaft tun bei ihren Ansprüchen immer so, als ob in den Städten überhaupt keine Kinder mehr geboren werden, während tatsächlich das Verhältnis der Geburten auf dem Lande und in der Stadt wie 57:43 ist. Wir haben es erlebt, daß die ostpreussischen Pferde sich in Südwesafrika nicht bewährt haben, man mußte die Pferde im Kapland verkaufen auch auf die Gefahr hin, daß nur der Handel Vorteil davon hatte. Ebenso muß das Interesse der Militärverwaltung maßgebend sein beim Einkauf von Getreide. Die Preise können gar nicht in der Weise mit einander verglichen werden; denn von den Landwirten wird unmittelbar nach der Ernte gekauft, wo die Getreidepreise naturgemäß billiger sind. Die Aufschlagsbestimmungen aus der Proviantordnung, die den Handel benachteiligen, hat Herr Raempf wörtlich verlesen. Durch die besonderen Militärretais werden die Landwirte weiterhin begünstigt. Der Kauf beim Produzenten kommt in Wahrheit nur dem kleinen Kreise der Großgrundbesitzer zugute; die kleinen Bauern haben gerade ein Interesse an der Erweiterung ihres Abnehmerkreises durch einen ausgedehnten Handel. (Beifall links.)

Abg. Graf v. Mielzynski (Pol.): Zur Beilegung der Mißhandlungen, die auch wir aus schärfster Verurteilung, sind die verschiedensten Maßnahmen vorgeschlagen worden. Die Beseitigung der Unteroffiziere ist gewiß notwendig, aber sie genügt nicht. Die Hauptsache ist die Verschärfung der Kontrolle durch die höheren Offiziere. Sehr wesentlich ist auch, daß die ganze Behandlung der Soldaten durch die Vorgesetzten eine andere und individuellere wird. Es wird den Leuten verboten, sich der polnischen Sprache in Briefen an ihre Angehörigen zu bedienen. Der Herr Kriegsminister meinte im vorigen Jahre, ich müsse falsch orientiert sein, denn das wäre eine Abscheu. In der Tat aber liegt die Sache doch so. Ein Soldat schrieb eine offene Karte an einen Freund: Bitte, schreibe mir nicht polnisch, das ist bei uns verboten. (Hört! hört! bei den Polen.) Einem anderen Soldaten wurde eine Geldanweisung auf Anweisung des Hauptmanns nicht ausgehändigt, weil auf ihr eine polnische Bemerkung stand. (Hört! hört! bei den Polen.)

Es wird den Kaufschäften verboten, in polnische Lokale zu gehen. Im vorigen Jahre besträft das freilich der Kriegsminister und meinte, nur diejenigen Lokale würden gesperrt, in denen eine reichsfeindliche Agitation getrieben wird. Ich kann jetzt aber positive Fälle anführen, in denen den Leuten direkt verboten wurde, bei polnischen Firmen zu kaufen. Ich frage den Herrn Kriegsminister, ob ihm bekannt ist, daß Offiziere und Beamte an den Bestrebungen des Ostmarkenvereins, der doch einen ausgeprägten anti-polnischen Charakter trägt, teilnehmen. Ob aktive Offiziere Mitglieder sind, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß sie in voller Uniform dort als Gäste verkehren. Ich bitte den Herrn Kriegsminister, dafür zu sorgen, daß wenn die Polen schon als Gegner behandelt werden, sie entsprechend ihrer glorreichen Vergangenheit wenigstens als anständige Gegner und nicht mit den niedrigen Waffen der Galatzen behandelt werden. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Fehrenbach (Z.) beantwortet eine Resolution, wonach in der Ueberlicht über die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes und in der Nachweisung über die Herkunft und Beschäftigung der Militärpflichtigen eine Scheidung nach Herkunft und Beschäftigung auch dahin vorgenommen werden soll, ob die Ausgehobenen eine zweijährige oder dreijährige Dienstzeit zu leisten haben. — Redner wendet sich des

weiteren gegen die zu niedrigen Entschädigungen bei Einquartierungen. — Zum Schluß befragt der Redner die Errichtung eines Truppenübungsplatzes für das 14. Armeekorps. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Einem: Der Abg. Dove hat angefragt, ob sich die in Ostpreußen angekauften Pferde in Südwesafrika bewährt haben. Ich kann das bejahen; nach den Berichten, die wir erhalten haben, sind es sogar die besten von denen, die wir angekauft haben. (Wiesbaden hört! hört! rechts.) Wir hoffen aber trotzdem die Sache sehr bald zu einer Entscheidung zu bringen. Ich kann mich auch mit den Ausführungen des Abg. Fehrenbach über die ungenügende Entschädigung der Quartierlasten vollkommen einverstanden erklären. Öffentlich haben die im Einverständnis mit dem Reichsamt des Innern unternommen Schritte bald Erfolg. Auch nach meiner Meinung sollen wir die Freude am Soldatentum möglichst antegen und muß das Reich die Kosten tragen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Rede des Abg. Grafen Mielzynski hat ein getreues Spiegelbild der jetzt in der Provinz Posen bestehenden Zustände. Er hat gesagt, daß die bloße Erinnerung an den Ostmarkenverein ihm Gefühl der Verachtung auslöse. Das wird auf der andern Seite wohl nicht anders sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich gehöre dem Ostmarkenverein nicht an. (Große Heiterkeit.) Ich weiß auch nicht, daß Offiziere ihm angehören, aber ich möchte doch glauben, daß ihm eine Menge von Ehrenmännern angehören und daß es nicht angebracht ist, zu sagen, daß man diesen gegenüber nur ein Gefühl der Verachtung habe. Ich erkläre ganz offen, daß ich nicht einsehe, warum, wenn dieser Ostmarkenverein in einer Stadt einen Voll gibt, der kommandierende General und die Offiziere nicht an diesem Feste teilnehmen sollen. (Sehr gut! rechts.) Ich muß ganz ausdrücklich gegen die Behauptung protestieren, daß die polnischen Soldaten schlechter behandelt werden als Soldaten irgend einer anderen Abstammung. Das ist absolut nicht wahr. Wenn der Abg. Graf Mielzynski die Güte hätte, mir die von ihm erwähnten Fälle zur Verfügung zu stellen, werde ich sofort eine Untersuchung anstellen lassen und ihr Resultat abwarten. Das eine steht offenbar fest, daß wir uns in Posen geradezu in einem Kriegszustande befinden. (Hört! hört! bei den Polen.) Aus einer Zeitungsnotiz vom Januar entnehme ich, daß der Abg. Graf Mielzynski gewissermaßen ein Ausschreiben erlassen hat. (Hört! hört! rechts.) In einer Annonce forderte er nämlich alle polnischen Reservisten, Lieferanten usw., die je unter Schikanen seitens des Militärs zu leiden gehabt haben, auf, ihm das Material zur Verfügung zu stellen. (Große Heiterkeit rechts.) Ich möchte ihn deshalb, namentlich da er sich hier mit so schönen Worten auf die polnische Ritterlichkeit hin ausgespielt hat, fragen, ob es nicht besser wäre, beim nächsten Ausschreiben (Heiterkeit rechts) in der Annonce zu sagen: Jeder, der mir eine Nachricht zukommen läßt, steht mir mit seinem Namen und seiner Ehre für die Richtigkeit seiner Angaben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Treuenfels (L.) wirft der Militärverwaltung Rücksichtslosigkeit im Manöver vor, namentlich in der Requirierung von Fuhrwerken, wobei unverantwortliches Vorgehen gegen das Eigentum der ländlichen Besitzer vorkomme. Die Manöver sollen gerade dazu beitragen, die Harmonie zwischen Armee und Volk zu vergrößern. Durch solche Rücksichtslosigkeiten wird aber dieser Zweck verfehlt.

Generalmajor v. Gallwitz erklärt, daß es im Manöver nicht immer möglich sei, vor der Requirierung von Fuhrwerk die Ortsvorstände zu benachrichtigen.

Abg. Dr. v. Jarnes (Elf.) führt Beschwerde über die Belästigungen der Landbevölkerung durch die Schießübungen mit scharfen Patronen beim 16. Armeekorps in Pommern und wünscht die Schaffung eines besonderen Übungsplatzes für diesen Zweck. Redner bringt dann einen Fall zur Sprache, in dem ein Posten in Pommern einen vorübergehenden Fußgänger erschossen hat, und bittet den Kriegsminister, Garantien zu schaffen, daß solche Fälle sich nicht wiederholen.

Kriegsminister v. Einem: Dieser eben erwähnte Fall ist schon in der Kommission zur Sprache gekommen durch den Abg. Erberger und es wurde dabei anerkannt, daß es bei den unvermeidlichen dortigen Depots nötig sei, Posten mit geladenem Gewehr aufzustellen. Nach den mir inzwischen zugegangenen Informationen hat der Posten gegen seine Instruktion gehandelt. Der Abg. Jarnes hat gesagt, es möchten Garantien gegeben werden, daß solche Fälle nicht mehr vorkommen. Solche Garantien können nicht gegeben werden, das sind Unglücksfälle, wie sie auf der Eisenbahn, kurz bei jeder Gelegenheit vorkommen können. Was die Kantinenverhältnisse im 16. Armeekorps anlangt, so bezogen sich die Beschwerden des Herrn Vorredners wohl mehr auf eine frühere Zeit als auf die Gegenwart. Der Erlaß des früheren kommandierenden Generals geht auch nach meiner Meinung viel zu weit und schränkt die einzelnen Truppenteile in bezug auf die Kantinenverhältnisse viel zu sehr ein. Der jetzige kommandierende General hat einen anderen Erlaß gegeben, und es dürfte jetzt kein Grund zur Beschwerde vorliegen. Es ist Tatsache, daß viele Kantinenpächter sehr gut auf ihre Kosten gekommen sind.

Abg. Gieshoff (fr. Sp.): Ich möchte in betreff des Verechtigungscheins zum einjährigen Dienst ein paar Worte sagen. Wir sind, wie wir vor wenigen Tagen betont haben, nicht für Abschaffung sondern für Ausdehnung des Instituts des einjährigen Dienstes. Wir möchten es den mittleren Schichten erleichtern, einjährig zu dienen. Der junge Mann muß jetzt u. a. auch ein obrigkeitliches Zeugnis beibringen, daß sein Vater imstande ist, ihn während des Dienstjahres standesgemäß zu erhalten. Nun kann es aber vorkommen, daß der Vater zufällig in dem Jahre, wo das Zeugnis verlangt wird, keine Einkommensteuer bezahlt hat. Dann verweigert die Behörde das Attest. Nach unserer Ansicht sollte diese Vorschrift überhaupt fortfallen. Ferner habe ich Klagen vorzubringen über die Bevorzugung des Gardelkorps gegenüber der Linie, namentlich bei der Beförderung vom Hauptmann zum Major. Nach vielen mir zugegangenen Mitteilungen aus den Kreisen aktiver Offiziere herrscht große Erregung über diese Bevorzugung. Bei der Linie bestehen zahlreiche Widern und einzelne Offiziere müssen die Arbeit für die Pflichten mit leisten. Sollen bei uns etwa Offiziere erster und zweiter Klasse geschaffen werden, wie in Russland, wo eine scharfe Trennung zwischen Garde und Linie besteht? Man sollte die Offiziere des Gardelkorps in bestimmtem Turnus in kleine Garnisonen schicken, wie das in Oesterreich geschieht. Dann würden die jungen Leute ihren Beruf ernst nehmen und nicht nur den frühlichen Lebensgenuss der Großstadt kennen. Der Stabsarzt Dr. Radmann hat an das Bezirkskommando des 8. Armeekorps im Mal v. J. folgendes Schreiben gerichtet: „Die Abgg. Liebermann v. Sonnenberg und Wöller haben gegen die jüdischen Soldaten, ja sogar gegen jüdische Veteranen, die im Besitz der höchsten Ehrenzeichen sind, Schmähungen der größtenteils Art gerichtet, sie haben sie der Freibeit und Unlust am Heeresdienst verdächtigt. Se. Erzellenz der Kriegsminister hat auf diese schändlichen Angriffe, die bei ihrer Haltlosigkeit und Unwahrheit zurückzuweisen waren, geschwiegen. Ich fühle mich als Angehöriger der mosaischen Religion in meiner Ehre gekränkt und erhebe Beschwerde darüber, daß ich als Angehöriger der Armee nicht in Schutz genommen worden bin, trotzdem ich fast achtzehn Jahre dem Heere angehöre und weder mein Blut, noch meine Liebe zum Vaterlande angezweifelt werden können. Ich habe im Jahre 1892 mit eigener Lebensgefahr ein Kind gerettet und mich 1901 freiwillig nach China gemeldet. Das Verhalten des Herrn Kriegsministers ist für mich jetzt der Grund gewesen, meinen Abschied zu erhitte. Wenn ich die Ehre habe, Sanitätsoffizier des Heeres zu sein, so glaube ich auch das Anrecht darauf zu haben, bei so maßlosen Angriffen von dem Berufenen Vertreter der Armee vertheidigt zu werden. Ich erhebe aus diesem Grunde Beschwerde über Se. Erzellenz und bitte geordnet, meine Beschwerde höheren Orts unterbreiten zu wollen.“ Der Abschied wurde dem Arzt durch

Merhöchste Kabinettsorder vom 20. Juli bewilligt. Auf seine Beschwerden über die ihm ein Beschick nicht zuteil geworden. Das sind überaus beklagenswerte Vorläufe. (Abg. Böcker: Gar nicht!) Wenn fortgesetzt gegen die Grundzüge der Gerechtigkeit verstoßen wird, so kann die Liebe zum Vaterlande nicht gehoben werden.

Zum Schluß möchte ich noch auf Herrn Liebermann v. Sonnenberg antworten und ihm eine Angelegenheit ins Gedächtnis zurückrufen. Er hat in der Sitzung vom 7. März vorigen Jahres einen ehemaligen Husaren jüdischen Glaubens, namens Bier, beschuldigt, daß er sich zu Unrecht gerühmt habe, Ritter des eisernen Kreuzes zu sein, ohne es zu besitzen, und daß er lange Jahre hindurch den General v. Los darüber getäuscht habe. Diese Jahre (zum Abg. Liebermann v. Sonnenberg) Behauptung ist völlig unwahr. Vier Tage nach Ihrer Rede im vorigen Jahre traf schon die Verächtlichkeit ein, aus der hervorgeht, daß Herr Bier niemals sich des eisernen Kreuzes gerühmt hat, daß aber allerdings Herr v. Los geglaubt hat, Bier besitze das Kreuz. Der Irrtum war dadurch entstanden, daß Herr von Los die Dekoration für Herrn Bier als Oberst vorgelegt hatte, daß er bald darauf zum Brigadeführer ernannt wurde und geglaubt hat, daß seinem Vorschlage Folge gegeben sei. Herr Bier hat ihm aber sofort, an demselben Tage noch, über seinen Irrtum aufgeklärt. (Hört! hört! links.) Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg, von dem ich annehmen muß, daß er von dieser Verächtlichkeit Kenntnis genommen hat, hätte nun auch der Wahrheit die Ehre geben und hier im Reichstage öffentlich seine damalige Behauptung zurücknehmen sollen. Das würde die Pflicht eines jeden Ehrenmannes sein! (Sehr richtig! links.) Der Herr Präsident hätte ihm jederzeit das Wort dazu gegeben, die Ehre eines zu Unrecht angegriffenen Mannes wiederherzustellen. Statt dessen hat der Abg. Liebermann v. Sonnenberg hier über die Behauptung gesprochen und dabei gesagt, die Unschuld würde völlig damit einverstanden sein, wenn sie nicht zu dienen brauchte, sondern statt dessen eine Steuer bezahlen würde. (Sehr richtig! bei den Antisemiten.) Sehr unrichtig! (Heiterkeit.) Diese neue Beleidigung unserer sämtlichen jüdischen Mitbürger ist schon vom Abg. Schrader zurückgewiesen worden. Unsere jüdischen Mitbürger verlangen nur, daß sie, wenn sie dienen, auch nicht in der Beförderung zurückgesetzt werden. Für mich beweist das ganze Verhalten des Abg. Liebermann v. Sonnenberg und der Antisemiten überhaupt nur, wozu Raffensack und Glaubenshaft schließlich führen muß. (Sehr richtig! links.) Und ich werde nicht aufhören, so lange ich die Ehre habe, diesem hohen Hause anzugehören, den Antisemitismus, diese Schmach des Jahrhunderts, zu bekämpfen. Zum Schluß möchte ich auf einen Auspruch unseres berühmten Landmannes Carl Schurz hinweisen, den dieser gegenüber einer jüdischen Deputation getan hat, „der Antisemitismus ist eine der traurigsten verächtlichsten Verächtigungen des menschlichen Geistes. Je mehr das Judentum an den Bestrebungen der Nation, in deren Mitte es lebt, teilnimmt, desto mehr wird es dem Antisemitismus den Boden entziehen.“ Ich lebe der Ueberzeugung, daß die deutschen Juden ebenfalls sich stets in diesem Sinne betätigen werden. (Lebhafter Beifall links.)

Kriegsminister v. Einem: Mir ist der Vorwurf gemacht worden, ich hätte Angriffe gegen deutsche Soldaten hier in diesem Hause nicht zurückgewiesen. Ich erinnere mich nicht, daß die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und Böcker irgend eine Bemerkung dahingehend gemacht hätten, daß jüdische Soldaten sich in unserem letzten Feldzuge schlecht gefolgt hätten oder sich als feige erwiesen hätten. Ich erinnere mich auch nicht, daß eine Aeußerung gefallen wäre, daß die jetzt dienenden jüdischen Soldaten ihre Pflicht verletzten oder schlechte Soldaten seien. Ich habe nur gehört, daß Abg. Böcker aus seinen geschichtlichen Studien heraus (Heiterkeit links) erzählt hat, wie „seine Juden“, wie er es nannte, sich 1813 und 1857 benommen hätten. Das war ein historischer Mißbrauch, und ich war nicht verpflichtet, dagegen vorzugehen. Ich habe in meiner Schwadron und in meinem Regiment jüdische Soldaten gehabt, und ich erkläre, diese haben durchaus gut gedient. (Zurufe links: Das hätten Sie vorher erklären sollen!) Ich kann nicht vorher etwas erklären, ehe ich nicht die Angriffe gehört habe. (Beifall rechts.) Wenn ich das Bewußtsein gehabt hätte, daß die jetzt dienenden jüdischen Soldaten angegriffen werden, so hätte ich von den betreffenden Rednern verlangt, sie sollten mir genau angeben, auf welche Fälle sie sich beziehen, und dann hätte ich über diese Fälle Recherchen anstellen und hätte, wenn sich die Fälle anders herausgestellt hätten, gegen die betreffenden Abgeordneten hier im Hause protestiert. Aber aus irgend welche historische Angriffe kann ich nicht antworten, weil mir dazu völlig das Material fehlt. (Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Es handelt sich durchaus um historische Aussprüche allein bei den Herren Antisemiten. Es sind vielmehr hier im Hause ganz allgemeine Angriffe gegen die Dienstfähigkeit jüdischer Soldaten erhoben worden. Ich erinnere mich sehr wohl, daß wenn eine andere Bevölkerungsklasse, die hier im Hause so angegriffen wird, der betreffende Reformminister sich sofort erhebt und dagegen Protest einlegt. Aber die Stellung, die die Militärverwaltung gegenüber den Juden einnimmt, beweist, daß sie tatsächlich die Juden schlechter behandelt wie die Christen. Denn die Juden werden nicht Offiziere und Reserve-Offiziere. Das liefert den Beweis, daß, wenn vielleicht auch nicht der Herr Kriegsminister persönlich, so doch die Militärverwaltung im allgemeinen derselben Ansicht ist wie Herr Böcker, also nicht der Ansicht wie Abg. Eichhoff. Der Geist in unserem Offizierskorps nähert die Vorurteile gegen die Juden. Abg. Eichhoff hat dann noch darauf hingewiesen, daß die Gardeoffiziere gegenüber den Offizieren der Linie vorgezogen werden. Nun haben wir Sozialdemokraten als solche überhaupt kein Interesse an dieser Frage, da Sozialdemokraten nicht Offiziere werden. Dennoch bekämpfen auch wir die Einrichtung der Garde. Dadurch, daß die kräftigsten Leute zur Garde genommen werden, wird die Linie naturgemäß geschwächt. Die ganze Einrichtung des bevorrechteten Gardekorps muß sobald wie möglich beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Kriegsminister hat auf die Hülfeleistungen von Soldaten und Offizieren bei der Wassernot in Schlesien hingewiesen und von uns verlangt, wir sollten eine Statistik der in Heere verliehenen Medaillen aufstellen. Dazu haben wir keine Ursache, da wir das ganze Medaillen- und Ordenswesen für eine rückständige Einrichtung halten, aber bezwärtige Beweise von Mut und Tapferkeit erkennen wir selbstverständlich auf das Bereitwilligste an. Solche Beweise der Tapferkeit kommen nicht nur beim Militär, sondern auch beim Zivil, bei Konservativen, Liberalen und auch bei Sozialdemokraten vor. Die Arbeiter haben besonders in gesundheitsgefährlichen Betrieben jedenfalls weit mehr Lebensgefahr zu bestehen als die Soldaten in Friedenszeiten. Ich verweise z. B. auf die Nachricht, wonach bei dem Grubenunglück in Pennsylvanien 15 Bergarbeiter, die zur Rettung ihrer verunglückten Kameraden in die Grube fuhren, um zu Leben kamen. Diese Arbeiter suchten, daß ihnen der Tod drohte, und sie gingen doch hinein. Das ist ein Beweis höchster Opferwilligkeit, aber die finden wir glücklicherweise bei allen Bevölkerungsklassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle Veruche, uns als Feinde der Soldaten und Offiziere mit ihrem menschlich guten Eigenschaften hinzustellen, sind also vergebens. Was wir an dem militärischen System auszufehen haben, sind die Veruche, die zum Militär eingezogenen Söhne des Volkes dem Volke zu entfremden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Kriegsminister hat sich in der Debatte über die zweijährige Dienstzeit für eine möglichst lange Dienstzeit, die möglichst noch über die dreijährige hinausgehen soll, ausgesprochen. Ich war aufs höchste erstaunt, daß er als Argument für seine Anschauung die Behauptung aufstellte, die französischen Soldaten seien im Kriege 1870/71 infolge ihrer langen Ausbildung den deutschen an soldatischen Eigenschaften überlegen gewesen; nur durch die überlegene Zahl hätten die deutschen Truppen gesiegt. Ich habe mich vergebens bemüht, im Bewußtsein einen Beweis für diese Behauptung zu finden. Feldmarschall Graf Rolke war jedenfalls anderer Meinung. Er hat darauf hingewiesen, daß in vielen

Schlachten, wie bei Spichern, Wionville und um Metz herum, die deutschen Truppen durchwegs in der Minderheit waren. Ein solches Argument in dem Munde eines preussischen Kriegsministers ist mir nur dadurch verständlich, daß eine möglichst lange Dienstzeit zu dem ganzen System gehört, das den Soldaten dazu auszubilden soll, wenn er kommandiert wird, auch auf Vater und Mutter zu schießen, zu diesem barbarischen System, das jetzt in Rußland ein so gründliches Nadeln erleidet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dort verstanden es die Soldaten allerdings, auf die Kinder des Volkes zu schießen, auf Vater und Mutter. (Unruhe rechts.) Ja wohl, meine Herren, das ist geschehen, und das ist das System, das Sie bei uns einführen wollen. Wenn wir gegen dieses System ankämpfen, so tun wir es im eigenen Interesse des Vaterlandes. Denn dieses russische Ideal, das das Ideal Wilhelms II. im vollkommensten Maße verwirklicht, hat sich im Felde als vollkommen minderwertig erwiesen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir könnten uns sehr leicht verständigen, wenn Sie das Heer nur zur Landesverteidigung gebrauchen wollen, wenn Sie das Volk in Waffen möglichst auszubilden wollten, um einem auswärtigen Feinde, der uns angreift, entgegenzutreten. Wenn Sie sich darauf beschränken, so wären wir bald einig. Denn wir wünschen dem Volke das größte Maß von Wehrhaftigkeit, das überhaupt erzielt werden kann, zu geben. Wir wollen die Jugend im Schulunterricht körperlich und geistig möglichst weit ausbilden, daß sie ganz anders vorbereitet als gegenwärtig zum Heere kommt, und wenn dann die Soldaten wieder ins bürgerliche Leben zurücktreten, wollen wir sie planmäßig Jahre für Jahre zu Schießübungen heranziehen, um ihre Wehrhaftigkeit zu erhalten. Das ist der Standpunkt, für den wir von jeher eingetreten sind, und für den Sie im Interesse der Vaterlandsverteidigung mit uns eintreten sollten. Wir wollen jedem Landwehrmann die Wäsche mit nach Hause geben, damit er sich ständig im Schießen üben kann. Aber weshalb treten Sie für diese Forderung nicht ein? Die herrschende Klasse fürchtet sich, dem Volke eine Waffe in die Hand zu geben; sie will nicht, daß das Volk sich verteidigen kann! Sie kann ein wehrhaftes Volk gar nicht gebrauchen, weil ein solches Volk sich dieses Regiment nicht auf die Dauer gefallen lassen würde! Glauben Sie denn, die herrschenden Klassen würden all das wagen, was sie dem Volke heute antun, wenn sie nicht glaubten, das Heer als bewaffnetes Polizeikorps gegen das Volk gebrauchen zu können? (Die Unruhe im Hause ist ständig gestiegen. Auf der ganzen rechten und in der Mitte herrscht der größte Lärm, so daß die Stimme des Redners nicht mehr durchdringt. Präsident Graf Vallaschewski sucht vergeblich die Ruhe wieder herzustellen und läßt sich schließlich achselzuckend wieder in seinen Präsidentenstuhl fallen.) Lassen Sie doch das Schreien und Drängen, Sie ändern doch nichts an den Tatsachen. Alle die Leute wie der Freiherr v. Mirbach — nein, der sammelt nur Geld (Große Heiterkeit) — wie der Graf Mirbach würden nicht wagen, auch nur einen Augenblick daran zu denken, das allgemeine Wahlrecht anzutasten, wenn sie nicht glaubten, sich auf das Offizierskorps als willkürliche Polizeimannschaft gegen das Volk verlassen zu dürfen. Wenn das nicht wäre, so wären alle diese Staatsstreikgedanken nie ausgesprochen worden. Aber es war notwendig, das auszusprechen, daß Sie, die Herrschenden, eine wahrhafte Wehrhaftigkeit des Volkes nicht wollen und nicht gebrauchen können, daß Sie ein Söldnerheer haben wollen, das Ihren Interessen dient. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts und in der Mitte.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Personliche Bemerkung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Ich habe, sobald ich Kenntnis des Schreibens des Generalobersten von Los erhielt, habe ich eine Antwort darauf niedergegeschrieben und zu den Akten gegeben.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Ich will nur feststellen, daß der Abg. Liebermann bis zu diesem Augenblick unterlassen hatte, was ich für die Pflicht eines Ehrenmannes halte, einen Vorwurf wieder gutzumachen, den er unberechtigterweise unter dem Schutz der Immunität gegen einen unbescholtenen Bürger ausgesprochen hat. Ich stelle weiter fest, daß von der zu den Akten gegebenen Rechtfertigung des Herrn Liebermann der Betroffene natürlich keine Kenntnis erlangen konnte. Und ich stelle weiter fest, daß trotz des deutschen Briefes des Generals von Los der Abg. Liebermann wiederholt seinen unberechtigten Vorwurf der Täuschung gegen Hofes Bier erhoben hat.

Präsident Graf Vallaschewski: Da auch meiner Tätigkeit in dieser Sache Erwähnung getan worden ist, will ich meinerseits die Tatsachen feststellen, soweit sie mir bekannt sind. Nach der Aeußerung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg schrieb der Generalfeldmarschall Fehr. v. Los an mich, daß er sich verpflichtet fühle, die Sache richtig zu stellen. Er ließ mir durch einen befreundeten Offizier den ganzen Sachverhalt mitteilen. Ich schickte das Schreiben Los an den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, und stellte ihm anheim, zu tun, was er für gut befände. (Hört! hört! links.) Darauf hat Herr Liebermann v. Sonnenberg den von ihm mitgeteilten Brief an mich gerichtet, und ich habe dies Schreiben wieder dem Feldmarschall v. Los mitgeteilt. Das ist meine Mitwirkung an der Sache.

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen und die Sitzung. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr; Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

167. Sitzung vom Mittwoch, den 22. März, vormittags 11 Uhr.

Die Mitglieder der Freikonservativen Partei tragen zur Erinnerung an den Geburtstag des seligen Kaisers Wilhelm I. sämtlich eine Korblume im Knopfloch.

Auf der Tagesordnung steht u. a. die erste Beratung des Gesetzentwurfs auf Schadloshaltung des Herzoglichen Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, die zunächst zurückgestellt wird, da, wie der Präsident bemerkt, der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben gebeten hätte, nur in seiner Gegenwart darüber zu verhandeln.

Es werden zunächst einige Anträge beraten.

Inzwischen ist Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben erschienen. Das Haus tritt infolgedessen in die vorher zurückgestellte Beratung.

Nach dem Entwurf soll der Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg das Schloß Glücksburg übergeben und außerdem eine Jahresrente von 150 000 M., vom 1. April 1905 ab vierteljährlich zahlbar, gewährt werden.

Abg. Brandenstein (L.): Die Regierung hat in der Begründung zu diesem Gesetzentwurf selbst zugegeben, daß eine Verpflichtung zur Entschädigung der Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg nicht besteht. Wohl aber sprechen Gründe der Billigkeit für eine Schadloshaltung dieser Linie ebenso, wie das im Jahre 1885 bei der Augustenburger Linie der Fall war. Die damalige Vorlage wurde nicht bemängelt, vielmehr sprachen sich sämtliche Redner für die Vorlage aus und sie wurde einstimmig angenommen. Derselben Gründe sprechen auch für diese Forderung, da sie in Verbindung steht mit der Erwerbung Schleswig-Holsteins durch Preußen. Eine Kommissionsberatung halten wir nicht für nötig, wir bitten vielmehr um eine sofortige Annahme der Vorlage.

Abg. Jürgensen (natl.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Auch er erhebt in dieser Entschädigung einen Billigkeitsanspruch gegenüber der Linie des holsteiner Hauses, die durch die Besitzergreifung Schleswig-Holsteins durch Preußen immerhin geschädigt worden sei.

Abg. Gylling (fr. Sp.): Im Gegensatz zu den Vorrednern bin ich von meiner Fraktion beauftragt, die ablehnende Haltung gegenüber dieser Vorlage in der schärfsten Form auszusprechen. Auch wir halten eine Kommissionsberatung nicht für notwendig, aber deshalb, weil wir es für völlig ausgeschlossen erachten, daß diese Vorlage in einer Kommission eine Begründung oder Fassung erhält, die uns ihre Annahme möglich machen könnte. Welche Eile zunächst bei dieser

Vorlage! Bereits vom 1. April 1905 ab soll die Rente gezahlt werden, und heute erst stehen wir vor der ersten Beratung im Hause, nachdem der Etat in diesem Hause bereits seine Erledigung gefunden hat. Die Begründung des Entwurfs ist lächerlich, da sie weder den Inhalt der Bitte des Herzogs vom 10. Januar 1902, noch den Inhalt der in Bezug genommenen Gutachten wieder gibt. Da weder die herzogliche Familie, noch die Staatsregierung irgend einen Rechtsanspruch zur Begründung der Vorlage geltend machen, kann ich mich der rechtlichen Debatte enthalten. Wir stehen auch keineswegs auf dem Standpunkte, daß wir Schadloshaltungen nur bewilligen könnten, wenn ihnen ein Rechtstitel zugrunde liegt; vielmehr sind auch wir bereit, im gegebenen Falle an sich Billigkeitsgründe anzuerkennen, wenn sie wirklich vorliegen. Tatsächlich liegen aber hier weder Billigkeitsgründe, noch Gründe der politischen Rücksichtnahme, noch Rücksichten ausgleicherer Gerechtigkeit vor. Die Sachlage bei dem die Augustenburger Linie betreffenden Gesetzentwurf vom Jahre 1885 war durchaus nicht dieselbe wie die heutige. So ist in der Begründung dieser Vorlage von der Staatsregierung selbst anerkannt, daß die Augustenburger Familie unmittelbare Ansprüche auf die Thronfolge in den Herzogtümern erhob, während die Glücksburger Familie dies niemals getan hat. Wenn die Staatsregierung die Ansprüche der Augustenburger Linie zwar niemals ausdrücklich anerkannt hat, so ist trotzdem im Jahre 1885 ein erhebliches Gewicht auf den Verzicht der Augustenburger Linie auf ihre vermeintlichen Ansprüche gelegt. Schon Heinrich v. Treitschke hat in einer Schrift vom Jahre 1887 ausdrücklich ausgesprochen, daß die Lösung der Deutschen Frage am besten durch den Verzicht der Augustenburger Linie auf ihre Rechte erreicht würde. Kaiser Wilhelm I. hat inhaltlich der Begründung der Vorlage vom Jahre 1885 den Wunsch ausgesprochen, daß der Vater unserer jetzigen Kaiserin bemüht sein müsse, seine Stellung zur preussischen Krone zu klären und zu befestigen, damit nach keiner Seite hin eine Trübung der Verhältnisse stattfinden könne. Diesem Wunsch ist Herzog Günther gern und willig nachgekommen, indem er auf alle von dem Hause Schleswig-Holstein-Augustenburg auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein geltend gemachten Rechte zugunsten Kaiser Wilhelm I. und seiner Nachfolger verzichtete. (Hört! hört! links.) Ebenso hat Graf Vallaschewski diesen Verzicht im Abgeordnetenhaus zur Begründung der Annahme der Vorlage geltend gemacht. (Hört! hört!) Von einem solchen Verzicht ist bei dieser Vorlage seitens der Glücksburger Linie nicht die Rede und kann nicht die Rede sein. Ferner sind im Jahre 1885 auch politische Gründe maßgebend gewesen, die heute nicht mehr Platz greifen können. Nach der Augustenburger Vorlage sind für die Regelung der Vermögensverhältnisse des herzoglichen Hauses analoge Ertragungen geltend gemacht worden, wie sie bei der Begründung der Ausgleichsummen an den König von Hannover und den Herzog von Nassau nach der Denkschrift vom 20. November 1887 dargelegt sind. Heute sind oder müssen die politischen Banden geheilt sein und wir haben nicht nötig, finanzielle Wundpflaster auf etwa noch nicht geheilte Wunden zu legen. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Unrichtig ist es auch, wenn es in der Begründung der Vorlage heißt, daß die Abfindung aus dem Blönschen Äquivalent nicht der Glücksburger Linie anzurechnen sei, weil sie eine Entschädigung für anerkannte Rechtsansprüche gewesen ist; denn sowohl aus der Begründung der damaligen Vorlage aus dem Jahre 1882, welche die jährliche Rente von 36 000 M. auf 54 000 M. erhöht, als seitens des Abg. Weseler im Herrenhause ist zum Ausdruck gekommen, daß die Rechtsansprüche des Glücksburger Hauses keineswegs alle rechtlich anerkannt worden sind. Insbesondere ist es sehr zweifelhaft, ob die Ansprüche der Glücksburger Linie auf Entschädigung durch Grundeigentum nach Art. 11 des Wiener Vertrags auf Preußen übergegangen sind.

Denn nach diesem Artikel waren nur diejenigen Summen von Preußen zu zahlen, welche das Blönsche Äquivalent repräsentieren. Nach der berechtigten Auffassung des Abg. Weseler ist nach dieser Fassung des Artikels 11 es sehr bedenklich, ob der Anspruch auf das Grundeigentum oder nicht nur der Anspruch auf diejenigen Summen, die zurzeit des Wiener Friedens als Rente gezahlt wurden, von Preußen zu erfüllen war. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Weseler hat den erheblichen Bedenken vom rechtlichen Standpunkt aus berechneten Ausdruck verliehen und Gründe der Billigkeit und der Politik zur Begründung der Annahme der Vorlage in den Vordergrund gestellt. Sie sehen also, daß es keineswegs richtig ist, wenn die Staatsregierung sagt, daß diese Entschädigung aus dem Blönschen Äquivalent nicht zur Anrechnung kommen könnte. Schon bei der Erhöhung der Blönschen Abfindung sind Billigkeitsgründe und Gründe der Politik maßgebend gewesen, und es ist die Erhöhung von 36 000 auf 54 000 Mark sehr wohl in Rücksicht zu ziehen.

Aber abgesehen von diesen mehr historischen Erörterungen möchte ich Sie doch fragen, zu welchen Konsequenzen würde denn die Annahme dieser Vorlage führen? Man kann den Kreis der fürstlichen Nebenlinien gar nicht übersehen, die mit mehr oder weniger Recht an die preussische Staatsregierung mit der Bitte herantreten könnten, eine Schadloshaltung zu erlangen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Solche Konsequenzen können wir nicht ziehen. Bei allen schuldigen Respekt vor dem Könige, dem Träger der Krone, und dessen Familie und Anverwandten haben wir Rücksichten zu nehmen auf die Interessen des Volks und der Steuerzahler. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Und wenn wir meinen, daß weder Rechtsansprüche noch Billigkeitsgründe in irgend einer erheblichen Beziehung zutreffen, so sind wir als Volksvertreter verpflichtet, die Vorlage abzulehnen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wir sind um so mehr verpflichtet, dieser Vorlage den entschiedensten Widerspruch entgegenzusetzen, als wir doch häufig in diesem Hause davon sprechen, daß andere viel dringendere Bedürfnisse nicht ihre Befriedigung durch den Etat finden können. Die Summe von 150 000 M. jährlich — ich lese von dem Schloß ab — könnte vielleicht gering erscheinen, aber kapitalisiert handelt es sich um einen Betrag von 4 bis 5 Millionen. Einen solchen Betrag auf Grund der vorliegenden Begründung zu bewilligen, halten wir für unrichtig. Wir vertreten die Rechte des Volkes und der Steuerzahler und lehnen deshalb diese weder durch Recht noch durch Billigkeit begründete Vorlage ab. Ich glaube, es wäre gut gewesen, wenn die Herren Minister Se. Majestät den König davon abgeredet hätten, eine solche Vorlage dem Hause der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Zustimmung vorzulegen. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben: Der preussische Staat und auch dies Haus in voller Uebereinstimmung mit der Regierung haben es immer als ein Nobilio officium (Ehrenpflicht) Preußens angesehen, die Unbilligkeiten und Härten zu beseitigen, die sich aus der Entwicklung der Jahre 1864 und 1866 ergeben haben. Diese Entwicklung, die dem preussischen Staat eine Reihe von blühenden Provinzen und einen außerordentlichen Zuwachs an Macht eingetragen hat, hat doch auch die betreffenden Fürstlichen Häuser schwer getroffen. Bezüglich der staatsrechtlichen Seite der Frage war es töricht vom Abg. Gylling, einen Unterschied und einen Gegensatz zwischen der Augustenburger-Vorlage und der jetzigen zu konstruieren. Auch früher ist die staatsrechtliche Seite getrennt behandelt. Es ist nur eine Forderung der Billigkeit, denjenigen Fürstlichen Häusern, ganz abgesehen von dem Hoheitsverlust — wenigstens den Vermögensverlust auszugleichen, der ihnen durch die Entwicklung jener Jahre entstanden ist. Insofern ist diese Vorlage nur eine notwendige Konsequenz des Gesetzes von 1885, das der Augustenburger Linie eine Schadloshaltung gewährt. Daß die Vorlage mit einer besonderen Eile eingebracht worden ist, ist nicht zutreffend. Wie damals die Augustenburger, so haben vor einiger Zeit jetzt die Glücksburger eine Eingabe gemacht, die eingehend vom Justizminister geprüft ist; der Justizminister ist in seinem Gutachten dahin gekommen, daß genau dieselben Billigkeitsgründe jetzt vorliegen, wie damals bei der Augustenburger Vorlage. Auf Grund dieses Gutachtens mühten dann von neuem lange Verhandlungen geführt werden. Für die Glücksburger Linie haben sich die Verhältnisse seit dem neunziger Jahren vollkommen geändert. Seit dem Tode der alten Herzogin Wilhelmine Marie ist die dänische Appanage von etwa 180 000 Mark in Wegfall gekommen. Die Schadloshaltung wird daher von der herzoglichen Familie als eine drückende Last empfunden. Ein Staat wie Preußen,

der es nicht nur als seine Würde, sondern auch als seine Aufgabe bezeichnet hat, den Parteien durch die Entwicklung seiner Jahre die materielle Einbuße zu vergüten, muß auch die Konsequenz in diesem Falle ziehen. Bei der Feststellung, inwieweit das herzogliche Haus in seiner finanziellen Lage beeinträchtigt worden ist, war die Erhöhung der ihm unter dem Namen des Blöner Äquivalents zustehenden Rechte durch das Gesetz vom 20. März 1882 nicht als ein dem Hause entfallender Vorteil in Anrechnung zu bringen. Das Gesetz von 1882 hat mit der Gestaltung der Verhältnisse des Glöndburger Hauses und mit der vorliegenden Frage nicht das geringste zu tun. Ich betone noch einmal, daß es ein nobilit officium des preussischen Staates ist, was er 1885 dem Augustenburger Hause bewilligt hat, nun auch dem Glöndburger Hause zukommen zu lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Gylling (fr. Sp.): Auch bei der ruhigsten und objektivsten Würdigung der Ausführungen des Finanzministers kann ich nicht anerkennen, daß er in irgend einem wesentlichen Punkte meine Ausführungen widerlegt hat. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Er hat zunächst gesprochen von einem nobilit officium. Auch ich habe anerkannt, daß wir nicht nur, wenn es sich um einen Rechtspruch handelt, eine Schadloshaltung zu gewähren haben. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß Willigkeitsgründe sehr wohl plaggreifen können, wenn sie vorliegen. Nach meiner Ansicht aber liegen sie nicht vor. Und was der nobilit officium anlangt, so möchte ich doch den Finanzminister darauf hinweisen, daß bei der Beratung der Vorlage, welche die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern der Reichsmittelbaren gegen Aufhebung betraf, in diesem Hause von mehreren Abgeordneten, u. a. auch von dem Abg. Dr. Friedberg, hervorgehoben worden ist, daß man eigentlich nach dem Grundgesetz nobilit obligo die Frage aufwerfen müßte, ob die Reichsmittelbaren nicht ohne Entschädigung auf ihre Vorrechte verzichten müssen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Auch ich habe anerkannt, insofern scheint mich der Finanzminister mißverstanden zu haben, daß die staatsrechtliche Seite der Frage im wesentlichen bei der Augustenburger Linie ebenso liegt wie bei der Glöndburger, aber ich habe auch auf die Gründe aufmerksam gemacht, in denen der Unterschied liegt, indem dort Willigkeits- und politische Gründe plaggriffen, wie sie heute nicht mehr maßgebend sein können. Der Finanzminister hat gesagt, die Vorlage sei mit keiner großen Eile hier an das Haus gebracht. Das mag richtig sein. In der Vorlage ist ja auch bemerkt, daß die Bitte des Herzogs schon am 10. Januar 1902 an die Staatsregierung gerichtet ist. Ich habe mich auch nicht darüber gewundert, daß die Vorbereitungen dieser Vorlage so viel Zeit in Anspruch nahmen, sondern nur darüber, daß diese Vorlage so kurze Zeit vor dem Anfangstermin der Rentenzahlung an uns gekommen ist, nachdem wir eben den Etat beraten haben, in dem die Rente künftig eingestellt werden soll. Nur darüber habe ich mich beklagt, weil man hätte die Begründung der Vorlage noch viel länger dauern können. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Dann hat der Finanzminister gesagt, die Blöner Angelegenheit habe nichts mit dieser Vorlage zu tun. Unmittelbar nicht, aber doch mittelbar, wie ich meiner Meinung nach mit Recht ausgeführt habe. Der Finanzminister hat die historische Entwicklung des Blöner Äquivalents völlig zutreffend dargelegt, aber er hat mich nicht widerlegt: Daß es zum mindesten höchst zweifelhaft ist, ob die Ansprüche der Glöndburger Linie aus dem Blöner Äquivalent, insofern sie Rechte auf Eigentum betreffen, auf den preussischen Staat auf Grund des Wiener Vertrages übergegangen sind. Das war der Angriff, den ich gegen die Begründung der Vorlage geltend zu machen hatte. Ich kann daher, wie gesagt, nicht zugeben, daß der Minister meine Gründe gegen die Vorlage widerlegt habe, und bitte Sie daher nochmals, die Vorlage abzulehnen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Bülow-Vosse (fr.): Auch wir erkennen an, daß für die Vorlage Willigkeits-, aber keine Rechtsgründe vorliegen. Wir werden für die Vorlage stimmen und uns zu einer Ablehnung nur dann entscheiden können, wenn eine Prüfung der Vorlage erschwert würde. Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage wird nicht an eine Kommission verwiesen. Die zweite Beratung wird ebenfalls im Plenum stattfinden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Vizepräsident Dr. Pösch erklärt, daß seine Freunde damit einverstanden wären, wenn erst am Montag die Berggasse-Novelle auf die Tagesordnung gesetzt wird. Zur schnelleren Erledigung der Vorlage würde es sich empfehlen, wenn die Vorlagen in der Kommission beraten würden, an einigen Tagen die Wenigstungen ausfallen zu lassen.

Abg. Frhr. v. Redlich (fr.): befürwortet diese Anregung. Im dringenden Interesse der sachgemäßen Beratung der Vorlage wären einige freie Tage sehr erwünscht.

Präsident v. Krüger sagt unter Heiterkeit des Hauses zu, daß er diese Anregung „gern in Erwägung ziehen wolle“. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Anträge aus dem Hause und Freihaltungsgesetz in dritter Lesung). Schluß 12^{1/2} Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungs-Kommission. Heute stand die Wahl im Wahlkreise Lindenwalde zur weiteren Prüfung vor der Kommission. Verstöße gegen das Wahlgesetz und Reglement sind noch für erheblich erachtet worden in: Pernitz, wo der Wahlvorsteher fortging, die Wählerliste mitnahm und erst 1/11 Uhr wiederkam; Repphütchen, wo entgegen § 12 des Reglements die Mitglieder des Wahlvorstandes nicht verzeichnet wurden; Wilmshorst, wo der Wahlakt erst um 10 Uhr 50 Min. begann; Hohengerodorf, wo er bereits 6 Uhr geschlossen wurde; Aradne, Mahlsdorf, Niedersdorf, Reuendorf, Gut Dahme, Rieben, Müggendorf usw., wo Stimmzettel für v. Dergen im Wahllokal auslagen oder verteilt wurden; in einer anderen Reihe von Orten war der Wahlraum ungenügend oder wurde missbräuchlich gemacht, oder es lagen Stimmzettel für v. Dergen in den Händen und Hohensalzdorf liegen die Gemeindevorsteher einen von ihnen unterschriebenen Aufruf im Orte zu kreulieren; auf dem in Rieben heißt es unter anderem: „Diejenigen, welche den Demokraten gewählt haben oder noch wählen und noch Schulden bei mir haben, wollen dieselben möglichst umgehend begleichen, im anderen Falle die Zwangseinziehung erfolgen werde.“ In Treuenbrietzen und Scherow haben der Bürgermeister und Amtsvorsteher einen im „Lindenwalder Kreisblatt“ erschienenen Aufruf für v. Dergen unter Verweisung ihres Amtes unterzeichnet. Der Landrat schickte den Kreisboten mit Stimmzetteln für v. Dergen zum Gemeindevorstand in Borgisdorf; in Grünau hat der Wahlvorstand eine strenge Kontrolle geführt, um zu erfahren, wie jeder Wähler stimmt; diese Angelegenheit hat bereits eingezeichnetes Nachspiel gehabt, bei dem diese Kontrolle festgestellt wurde. Ueber einzelne Vorkommnisse fand eine lebhaftes Debatte statt; z. B. lagen in Ludwigsfelde bereits Stimmzettel für v. Dergen in den amtlichen Akten, die an die Wähler ausgegeben wurden. Als es bemerkt wurde, entschuldigte sich der Wahlvorstand damit, daß wahrscheinlich die Kinder vorher damit gespielt hätten. Die Mehrheit der Kommission hielt durch dieses Vorkommnis den § 13 des Reglements, wonach Stimmzettel im Wahllokal nicht aufgelegt oder verteilt werden dürfen, nicht verletzt. Nach diesen Feststellungen und Einzelbeschlüssen gab die Kommission dem Referenten den Auftrag, eine entsprechende Verordnung aufzustellen, auf Grund deren ein endgültiger Beschluß gefaßt werden soll. Die Verstöße sind aber so massenhaft, daß es mindestens zur Beanstandung der Wahl kommen wird.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition betreffend Abänderung des Strafgesetzbuchs in dem Sinne, daß die den Zweikampf (Duell) unter Strafe stehenden Bestimmungen auf Schlägermajestären keine Anwendung finden sollen. Die Kommission beschloß Uebergang zur Tagesordnung. 20 andere Petitionen verlangten, daß die Mitglieder der „Chren-gerichte“ (welche ja wiederholt wegen Verhülfe zum Zweikampf mit

Bestandhaft bestraft wurden) straffrei bleiben sollen. Auch diese Petitionen wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Abg. Lehmann (natl.) hatte beantragt, die Petitionen dem Reichstagsrat als Material zu überweisen. Für diesen Antrag stimmten außer dem Antragsteller nur noch vier konservative Mitglieder der Petitionskommission.

Zwei sonderbare Heilige, ein Hauptmann a. D. und ein Herr von, ersterer Erlaß von Kolonialvorschriften, letzterer gefällige Bestimmungen gegen das Feilschen auf öffentlichen Verkehrswegen. Beide Petitionen wurden für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Fraulein Dr. med. Breitingen in Eßlingen, welche auf der Züricher Universität ihr Dokordiplom erwarb, petitioniert um Zulassung zur ärztlichen Vorprüfung (Approbation) in einem deutschen Bundesstaate, welche ihr bisher verweigert wurde, weil die Petentin den in Deutschland vorgeschriebenen Bildungsgang nicht durchgemacht hat. — Auch diese Petition hielt die Kommission für ungeeignet zur Erörterung im Plenum.

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich zweier Petitionen, betreffend Unterstutzung vermeintlicher Rechtsansprüche gegen die Niederländische Regierung auf Herausgabe des Johann Conrad Brandtschen Nachlasses — die „berühmte“ Brandtschen Millionen-erbschaft, welche schon vielen Leuten die Köpfe verdreht hat. Der Erblasser ist bekanntlich im Jahre 1791 in Amsterdam gestorben unter Zurücklassung eines Vermögens von 800 000 bis 1 000 000 holländischen Gulden.

Gewerkchaftliches.

Die Maurerbewegung im Gau Berlin.

Der Zentralverband der Maurer rechnet zum Gau Berlin die Provinz Brandenburg sowie Teile von Mecklenburg und den Provinzen Sachsen und Posen. Der soeben erschienene Bericht des Gauvorstandes für das Jahr 1904 zeigt, daß die Organisation nicht nur in unmittelbarer Nähe Berlins mit den scharfmacherischen Führern des Unternehmertums um die Anerkennung der Gewerkschaft zu ringen hat. Im Verlaufe dieses Kampfes sind in verschiedenen Orten zugunsten der Arbeiter entschieden worden, so in Potsdam, wo die Unternehmer gegen die Absicht ihres Führers einen Vertrag mit den organisierten Arbeitern abzuschließen. Auch in Spandau ist nach heftigen Kämpfen eine gegenseitige Verständigung erzielt worden. In Brandenburg a. S. dagegen ist die Organisation noch nicht als ein mit den Unternehmern gleichberechtigter Faktor anerkannt. In anderen Orten des Gaues haben es die Unternehmer ebenfalls vermocht, bis jetzt noch mit Erfolg gegen die auf Abschluß von Tarifverträgen gerichteten Bestrebungen des Verbandes anzukämpfen. Wie lange noch, das ist lediglich eine Frage der Zeit, denn überall hat der Verband tüchtige Fortschritte gemacht und er wird seine Forderungen in absehbarer Zeit durchsetzen können, wenn auch namentlich in den Bezirken Mecklenburgs sowie der Provinzen Sachsen und Posen noch mancher Strauß ausgefochten werden muß, ehe dies Ziel erreicht wird.

Im Jahre 1903 bestanden im Gau 184 Zweigvereine mit 24 657 Mitgliedern. Im dritten Quartal 1904 war die Zahl der Zweigvereine auf 188, die der Mitglieder auf 29 780 gestiegen. Einem Mitgliederzugang von 8459 steht ein Abgang von 8336 gegenüber, so daß der Mitgliederbestand um 5123 gestiegen ist. Die Mitgliederzahl der lokalistischen Organisation wird auf 2965 angegeben, so daß 91 Prozent der organisierten Maurer dem Zentralverband, 9 Proz. der lokalistischen Richtung angehören. Im Jahre 1903 war das Verhältnis 89 zu 11 Proz. Im Lohngebiet Berlin allein zählt der Zentralverband im Jahre 1904 18 688 Mitglieder, die Lokalorganisation 2965, das Prozentverhältnis stellt sich hier auf 86 $\frac{1}{2}$ zu 13 $\frac{1}{2}$, im Jahre 1903 waren 82 Proz. im Verband und 18 Proz. in der Lokalorganisation. Ueber die christliche Organisation, die im Gau Berlin nur schwach vertreten ist, liegen keine Zahlenangaben vor, sie ist aber selbst in dem positiven Teil des Gaues, wo sie noch den günstigsten Boden hat, erheblich zurückgegangen.

Ueber Lohnbewegungen und Streiks sagt der Bericht, daß in 73 Lohnbezirken des Gaues Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen gestellt wurden. Davon wurden 46 Fälle durch Entgegenkommen der Unternehmer erledigt, 12 durch Zurückziehen der Forderungen, und in 15 Fällen kam es zum Streik, der in 14 Fällen ganzen oder teilweisen Erfolg hatte. Ein Streik endete ohne Erfolg. Von den 73 Vereinen, welche Lohnforderungen stellten, suchten 72 bei den Unternehmern Verhandlungen nach, die in 11 Fällen abgelehnt, in 61 Fällen dagegen stattfanden. Die Arbeiter wurden bei den Verhandlungen vertreten in 3 Fällen durch den Gesellenausschuß, in 57 Fällen durch die Organisation. In einem Falle verhandelten die Parteien direkt. In 40 Fällen kam es zu einer Einigung und zum Abschluß von 28 Tarifverträgen, in den übrigen Fällen kam es zu mündlichen Vereinbarungen. Die erfolgreichen Lohnbewegungen wirkten auch über die Orte und Bezirke, in denen sie stattfanden, hinaus, so daß auch in der Nachbarschaft solcher Orte Lohnerböhrungen eintraten, ohne daß die Arbeiter in eine Bewegung eingetreten sind. Der Bericht konstatiert 21 solcher Fälle. Ferner wurden in 26 Bezirken bei Unternehmern auf dem platten Lande Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt. — An den Lohnbewegungen waren insgesamt 19 861 Maurer beteiligt, von denen 1268 Lohnerböhrungen erlangten, die der Bericht auf 4456 M. pro Tag oder 1 058 999 M. pro Jahr berechnet. Für die größte Zahl der Beteiligten, nämlich 10 869, beträgt die Erhöhung des Stundenlohnes 2—5 Pf. 1 bis 1 $\frac{1}{2}$ Pf. erhielten 704, 6—9 Pf. 855, 10 Pf. 210, 20 Pf. 15 der Beteiligten. Im Durchschnitt beträgt die Lohnaufbesserung 8 $\frac{1}{2}$ Pf. pro Stunde.

Zum Zweck der Agitation verbreitete der Vorstand ein Flugblatt in 40 000 Exemplaren, sowie 10 000 Flugblätter, die den besonderen Verhältnissen einzelner Vereine angepaßt waren.

Wie notwendig ein durchgreifender gesetzlicher Arbeiterschutz ist, wird durch die große Zahl der Unfälle bewiesen, die sich tagtäglich ereignen. Vorgeschiebe kommt nur ein kleiner Teil derselben zur Kenntnis der Organisations. In dem vorliegenden Bericht werden deren 69 angeführt, 35 schwere und 34 leichte, wobei aber die im Lohngebiet Berlin vorgekommenen Unfälle nicht berücksichtigt sind. 22 Personen (von den 69 angeführten) verunglückten durch Abbruch von Rüstungen und Leitern, 15 infolge mangelhafter Rüstungen und Abdeckungen, 9 durch Ausgleiten und Bruch der Rüstungen, 8 durch Einsturz von Gebäuden, Mauern und Betondecken, 5 durch herabfallende Gegenstände, 4 durch Quetschungen, 6 durch andere Ursachen.

Einen besonderen Abschnitt widmet der Bericht den Keinen Mitteln, womit die Polizei den entlegeneren Gebieten des Gaues, besonders in Posen, der Organisation Schwereigkeiten zu machen sucht. Rigorose, der herrschenden Rechtsparasiten entgegenstehende Auslegungen des Vereinsgesetzes spielen hierbei die größte Rolle. Auch das immer noch beliebte Mittel der Saalabtreibung wird angewandt. Von der 188 Vereinen des Gaues haben 20 kein Versammlungslokal zur Verfügung. Im Vorjahre waren von 184 Vereinen noch 25 ohne Versammlungslokal. Also auch auf diesem Gebiet ist es etwas besser geworden. Ein Zeichen, daß die Organisation nicht nur an Zahl, sondern auch an Bedeutung selbst in den rückständigsten Gegenden gewinnt.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Schuhfabrik von E. B. J. Aderer, Aderer 14, dauert ununterbrochen fort. Bei den gepflogenen Verhandlungen glaubte Herr J. Aderer, unterstützt von der Kommission des Fabrikantenverbandes, statt der geforderten Lohnerböhrung eine Herabsetzung der Akkordlöhne bieten zu können. Motiviert wurde diese Herabsetzung der Arbeiter damit, daß im Verhältnis zu den übrigen Fabriken viel zu hohe Akkordlöhne bezahlt würden, obgleich festgestellt wurde, daß der allgemeine Lohnfuß gering ist wie in den genannten Betrieben. Es verlohnt sich nicht, darauf hinzuweisen, daß auf diese Art, die als Verböhrung empfunden werden muß, die Reihen der Streikenden nur noch fester geschlossen werden. Wir machen die Kollegen

besonders darauf aufmerksam, daß der Fabrikant die „Vollzeitung“ und die „Morgenpost“ bemüht, um Arbeitswillige zu werben; bisher allerdings ohne jedes Resultat.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Schneider wird aus Köln gemeldet, daß nun eine gemeinsame Lohnkommission des Arbeitgebervereins und der Zunft einen neuen Lohnsatz ausgearbeitet hat. Der Arbeitgeberverein hat, vernünftiger als die Zunft, einen Beschluß durchgedrückt, wonach man doch mit den Gehältern verhandeln will. Der vorgelegte Tarif der Meister dürfte jedoch kaum die Anerkennung der Gesellen finden. — Der Streik der Leipziger Schneider ist ausgebrochen, weil die Unternehmer jede Verhandlung verweigerten. Die Tarifberatskommission der Unternehmer stellte selbständig einen Tarif auf, der von einer Meisterversammlung einstimmig Annahme fand, mit der Bestimmung, daß dieser einseitig entstandene Tarif am 15. März in Kraft zu treten habe. In diesem Tarif fehlten alle wichtigen Bestimmungen, auf die die Arbeiter in erster Linie Wert legen. Kein Wort von Abgeltung der Werkstattfrage, kein Wort davon, daß endlich einmal der Lohn besichtigt werde, daß noch immer die Arbeiter die Zustaten zum Stück unentgeltlich liefern sollen. Eine Menge im Laufe der Jahre zum Stück neu hinzugekommenen Extrarbeiten, die oft mehrere Stunden Arbeitszeit erfordern, finden im Unternehmerarif entweder überhaupt keine Erwähnung oder sind, soweit solche aufgeführt, mit lächerlich niedrigen Preisen bedacht. Das Kostete aber, was sich die Unternehmer leisten konnten, ist, daß es einem jeden Arbeitgeber freistehen soll, eine Tarifklasse zu wählen, welche ihm beliebt. Da auch alle Versuche vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu keinem irgendwie annehmbaren Resultat führten, reichten die Schneider nunmehr ihre Forderungen ein und beschloßen, die Arbeit so lange zu verweigern, bis die Forderungen anerkannt sind. Es befinden sich etwa 900 Mann im Auslande. — In W i t t a u befinden sich die Schneider ebenfalls in der Bewegung. Sie wollen am kommenden Sonnabend die Arbeit niederlegen, falls ihre Forderungen bis dahin keine Beachtung gefunden haben. Die Arbeiter dreier Firmen haben am Montag bereits gekündigt.

Statistik für die Statistik.

München, 21. März. (Fig. Witt.) Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften soll demnächst neuen Zuwachs erhalten. Die Leitung des ultramontanen Bayerischen Eisenbahnerverbandes trägt sich mit der Absicht, einen Anschluß dieser Organisation an den christlichen Gesamtverband herbeizuführen. Da die christlichen Gewerkschaften politisch und religiös neutral seien, so glaube man, meint ein in der ultramontanen Presse erschienener Artikel, beim Verkehrsministerium keinen Schwierigkeiten zu begegnen. Nun benötigen aber auch die christlichen Gewerkschaften die Waffe des Streiks, die den Eisenbahnern nach der Ansicht der Regierung und auch des Zentrums streng verboten ist. Es wird deshalb vorgeschlagen, der Eisenbahnerverband solle erklären: „Wir akzeptieren die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften mit Ausnahme des Streikparagrafen. Wir treten in keinen Streik und unterstützen keinen Streik.“ — Der Anschluß hat natürlich keinen anderen Zweck, als die Statistik des christlichen Gesamtverbandes in die Höhe zu bringen.

Norwegen.

Die allgemeine Hornersperierung in Norwegen wird nun aller Voraussicht nach doch noch vernichtet werden. Die Vornamnschaft der Gemeindevorstellung von Kristiania ernannte vor mehreren Tagen ein Schlichtungskomitee, das nach langen und heftigen Debatten sich auf einen Vermittlungsvorschlag geeinigt hat, der wahrscheinlich die Zustimmung der Unternehmer wie der Arbeiter finden wird. Ist dies der Fall, dann sollen die Kündigungen zurückgezogen werden.

Soziales.

Die neue Reichs-Anzeigzeitung wird in der „Krankenlassen-Zeitung“ einer (vorläufigen) Kritik unterzogen, wobei festgestellt wird, daß sie vielfach Verteuerungen gegenüber der bisherigen preussischen Lage bringt. Es wird folgendes Beispiel angeführt:

	Kostete bisher	Kostet ab 1. April
Zinkulfat	5 Pf.	5 Pf.
Destill. Wasser	8	8
2 Wägungen	5	—
Auflösung	15	35
Dispensation	10	15
Flasche	10	10
	53 Pf.	65 Pf.

Außerdem wird auf die hätte Bekannmachung der Lage hingewiesen, was dazu geführt habe, daß sie erst 11 Tage vor dem Inkrafttreten ausgegeben worden ist, so daß die Interessenten gar nicht in der Lage sind, sich rechtzeitig mit ihren zum Teil komplizierten Vorschriften vertraut zu machen.

Der Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülftinnen Deutschlands (Bezirk Berlin, Neue Friedrichstr. 20), teilt uns mit, daß die Entscheidung des Bremer Kaufmannsgerichts, wonach ein Vertrag, durch den vereinbart ist, daß dem Handlungsgehülften für die Zeit seiner Krankheit kein Gehalt gezahlt wird, ungültig ist, nicht die erste nach dieser Richtung hin ist. Bereits früher haben ebenso entschieden die Kaufmannsgerichte Steintin und Braun-schweig. Im übrigen richtet sich das Urteil des Bremer Kaufmannsgerichts gegen die Warenhausfirma Sejmam u. Neumann.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülftinnen Deutschlands, Bezirk Berlin, Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung in den Remisallen, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Alt-Gliencke.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Herrmann Schröder** am Montag abend 1/10 Uhr verstorben ist. 202/11

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Nach kurzen schweren Leiden starb mein innigstgeliebter Mann, der Einseher **Paul Kühn.**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. März, nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Salob-Airchhofes, Altdorf, Hermannstraße aus statt. 3106

Witwe Kühn.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir unseren herzlichsten Dank. 3026

Witwe Miller nebst Tochter.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme und zahlreichen Straußenden bei der Beerdigung meines lieben guten Mannes und Bruders, des Buchhändlers **Max Artelt**, sagen allen Beteiligten, Genossen und Genossinnen, der Buchhandlung Vorwärts und Herrn A. Wolf, insbesondere meinen lieben Nachbarn für die ausspendende Unterstützung während der schweren Krankheit, sowie bei dem Hinscheiden meines Mannes herzlichsten Dank. 3076

Witwe Marie Artelt u. Geschwister.

Allen Freunden und Bekannten mochten wir die traurige Nachricht, daß unser einzig geliebter Sohn **Georg** nach kurzem aber schweren Leiden (am 21. März) nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Airchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Airchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Extra-

WARENHAUS

Donnerstag

Preise

A. WERTHEIM

Freitag

Sonnabend

soweit der Vorrat reicht

Gemüse-Konserven

Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 85 Pf.	Bruchspargel I $\frac{1}{2}$ Dose 90 Pf.	Kaiserschoten II $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.	Schoten u. Karotten $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.
Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.	Bruchspargel $\frac{1}{2}$ " 70 Pf.	Schoten extra fein $\frac{1}{2}$ " 85 Pf.	Gemischt. Gemüse $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.
Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ " 1.10	Bruchspargel ohne Köpfe $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Schoten I $\frac{1}{2}$ " 74 Pf.	Gemischt. Gemüse I $\frac{1}{2}$ " 90 Pf.
Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe $\frac{1}{2}$ " 35 Pf.	Schoten I $\frac{1}{2}$ " 42 Pf.	Gemischt. Gemüse extrafein $\frac{1}{2}$ Dose 1.25
Stangenspargel Ia $\frac{1}{2}$ " 1.30	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	Feine Schoten $\frac{1}{2}$ " 55 Pf.	Kohlrabi $\frac{1}{2}$ Dose 27 Pf.
Riesen-Bruchspargel $\frac{1}{2}$ " 1.30	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ " 28 Pf.	Junge Schoten $\frac{1}{2}$ " 48 Pf.	Grünkohl $\frac{1}{2}$ " 32 Pf.
Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ " 1.10	Kaiserschoten II $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Schoten $\frac{1}{2}$ " 38 Pf.	Tomatenmark „Vesuv“ $\frac{1}{2}$ " 1.30

Früchte-Konserven

Kaiserkirschen ohne Steine $\frac{1}{2}$ Dose 1 Mk.	Aprikosen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ Dose 1.10	Marmelade Himbeer, Erdbeer, Johannisbeer, Aprikosen u. Zwetschen, 1 Pfd. Dose oder Topf 55 Pf.	Dunstfrüchte Stachelbeeren, Heidelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen, Birnen, Pflaumen Glas 52 Pf.
Kaiserkirschen rot transpar. " 1.25	Aprikosen halbe Frucht $\frac{1}{2}$ " 60 Pf.	Marmelade Himbeer, Erdbeer, Aprikosen, Johannisbeer Eimer ca. 5 Pfd. 2.60	Kirschen in Zucker ohne Steine Glas 68 Pf.
Kaiserkirschen " $\frac{1}{2}$ " 68 Pf.	Melange Früchte $\frac{1}{2}$ " 95 Pf.	Orange-Marmelade Topf 60 Pf.	Himbeeren in Zucker " 1 Mk.
Reineclauden $\frac{1}{2}$ " 80 Pf.	Mirabellen $\frac{1}{2}$ " 62 Pf.	Konfitüren Glas 68 Pf.	Aprikosen " " 1.25
Reineclauden $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.	Birnen ganze Frucht $\frac{1}{2}$ " 54 Pf.	Gewürzgurken " 70 Pf.	Pfirsiche " " 1.25
Erdbeeren naturell $\frac{1}{2}$ " 1 Mk.	Pflaumen ganze Frucht $\frac{1}{2}$ " 45 Pf.		
Himbeeren $\frac{1}{2}$ " 1.20	Preisselbeeren $\frac{1}{2}$ Dose 5 Pfd. 10 Pfd. 62 Pf. 1.50 2.90		

Fisch-Konserven

Bismarck-Heringe Dose 45 Pf.	Sardinen, Anchovis Glas 24 Pf.
Bratheringe " 45 Pf.	Schwed. Gabelbissen Dose 68 Pf.
Heringe in Aspic " 36 Pf.	Appetit-Sild " 38 Pf.
Delikatess-Heringe $\frac{1}{2}$ " 78 Pf.	Forellen-Heringe " 55 Pf.
" $\frac{1}{2}$ " 50 Pf.	Ölsardinen $\frac{1}{2}$ " 32 Pf.
Neunaugen Dose 85 Pf.	Französ. Ölsardinen Amieux Frères $\frac{1}{2}$ " $\frac{1}{2}$ " $\frac{1}{2}$ in Tomaten $\frac{1}{2}$ sans aroles 1.35 80 Pf. 78 Pf. 90 Pf.
Aal in Gêlée " 80 Pf.	
Lachs " 90 Pf.	

Hülsenfrüchte

Victoria-Erbesen Pfd. 13 Pf.	Kleine Bohnen Pfd. 17 Pf.
Kleine Erbsen Pfd. 12 Pf.	Rangoon-Reis Pfd. 14 Pf.
Glasierte Erbsen Pfd. 16 Pf.	Bassin-Reis Pfd. 18 Pf.
Spalt-Erbesen Pfd. 14 Pf.	Java-Reis Pfd. 22, 28 Pf.
Algier-Erbesen grün gespalten 27 Pf.	Patna-Reis Pfd. 22 Pf.
Grüne Erbsen Pfd. 14 Pf.	Makaroni Pfd. 29 Pf.
Grosse Linsen Pfd. 24 Pf.	Eierschnittnudeln 37 Pf.
Mittel Linsen Pfd. 18 Pf.	leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.
Grosse Bohnen Pfd. 22 Pf.	Eierfadennudeln Pfd. 37 Pf.
Mittel Bohnen Pfd. 18 Pf.	

Getrocknetes Gemüse

Julienne Pfd. 55, 90 Pf.	Karotten Pfd. 48 Pf.
Wirsingkohl Pfd. 1 Mk.	Spinat Pfd. 1.90 Mk.
Rotkohl Pfd. 1 Mk.	Russische Zuckerschoten Pfd. 1.90 Mk.

Gemischt. Backobst Pfd. 28 u. 42 Pf.
Kaliforn. Aprikosen Pfd. 55 u. 65 Pf.
Italienische Prünellen Pfd. 55 Pf.
Kaliforn. Pflaumen 28, 32, 38, 42 Pf.

Kakao

Deutsch. Kakao Pfd. 1.05 Mk.
Deutsch. Kakao in Packeten Pfd. 1.30, 1.60
Holländ. Kakao in Packeten Pfd. 1.70, 2 Mk.
Holländ. Kakao in Dosen Pfd. 2.20 Mk.

Gebr. Kaffee

Pfund 90 Pf., 1.05, 1.25
Cervelatwurst 1.10 Mk.
Salamiwurst Pfd. 1.10 Mk.

Schokolade

Block-Schokolade Pfd. 68 Pf.
Vanille-Schokolade in Tafeln Pfd. 95 Pf., 1.10
Ess-Schokolade " Pfd. 1.50 Mk.

Moselweine

1902 ^{er} Burger $\frac{1}{2}$ Fl. 65 Pf.
1902 ^{er} Ernster Mark " 70 Pf.
1902 ^{er} Zeltinger " 90 Pf.
1902 ^{er} Reiler Sorentberger " 90 Pf.
1902 ^{er} Enkirch. Steffansbg. " 1.30 Mk.
1901 ^{er} Dhroner " 1.25 Mk.
1902 ^{er} Neumagener " 1.35 Mk.
1902 ^{er} Dhroner Hofberg " 1.55 Mk.

Rhein- u. Pfalzweine

Dienheimer $\frac{1}{2}$ Fl. 88 Pf.
1902 ^{er} Rudesheimer " 1.10 Mk.
Nackenheim " 1.10 Mk.
1902 ^{er} Hattenheimer " 1.50 Mk.
1900 ^{er} Rudesheim. Rottland " 1.65 Mk.
1900 ^{er} Deidesheimer " 1.30 Mk.
1900 ^{er} Neustädter Kies " 1.65 Mk.
1895 ^{er} Liebfrauenmilch Stiftswein " 2.85 Mk.

Bordeauxweine

1901 ^{er} Pauillac $\frac{1}{2}$ Fl. 75 Pf.
1900 ^{er} St. Vivien " 90 Pf.
1900 ^{er} Latresne " 90 Pf.
1901 ^{er} Chât. La Tour Carnet 1.10 Mk.
1899 ^{er} St. Julien " 1.20 Mk.
1899 ^{er} Beychevelle " 1.25 Mk.
1899 ^{er} Chât. Grand Puy " 1.75 Mk.
1900 ^{er} Chât. Desmirail " 1.65 Mk.

Engl. Porter u. Ale Imperial stout Flasche 32 Pf.

Alleinverkauf der Schokoladenfabrikate von Tobler & Co., Bern zu Originalpreisen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag mittag 12 Uhr hält Genosse v. Polimar im Palais-Theater, Burgstraße 22, in einer vom Wahlverein veranstalteten Volksversammlung über das Thema „Deutschland und Rußland“ einen Vortrag. Die Parteigenossen werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.

Reinickendorf-Wilhelmshagen. Freitag abend 8 1/2 Uhr findet eine kombinierte Generalversammlung der Wahlvereine im Schützenhause, Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 1/2, statt. — Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Adlershof. Heute findet im Wöllsteinschen Lokale eine Volksversammlung statt, in welcher Genossin Luise Zieg aus Hamburg über „Soldatenmishandlungen“ spricht. Die Versammlung wird der Lehnhof-Polizeistunde wegen pünktlich um 8 Uhr eröffnet.

Rudow. Sonnabend abend 8 1/2 Uhr findet bei Palm die Versammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Lokales.

Zur Umgestaltung der kommunalen Waisenspflege

äußert sich jetzt der Magistrat in einer Vorlage, die den Stadtverordneten zugegangen ist. Die Waisensverwaltung ist, wie wir bereits mehrfach mitgeteilt haben, fest entschlossen, die Erziehung der ihr anheimfallenden Kinder durch Anstalten auf ein Minimum einzuschränken. Wir haben erst kürzlich wieder dargelegt, daß die eignen Waisenanstalten der Stadt ohnedies schon seit langem keine nennenswerte Vermehrung erfahren haben, obwohl die Zahl der Waisenkinder von Jahr zu Jahr stieg. Eine immer größere Zahl von Kindern wurde in die billigere Familienpflege gegeben, so daß die Anstaltspflege, auch als sie zunächst noch nicht eingeschränkt wurde, immer mehr an Bedeutung verlor. Als man dann mit der allmählichen Leerung der Kummelsburger Anstalt begann und somit zur direkten Einschränkung der Anstaltspflege überging, wurde diese Maßregel erklärt aus der Notwendigkeit, in der Kummelsburger Anstalt die dort seit langem bestehende Krankenstation zu einem vollständigen Waisenzuhause zu erweitern. Da war offenbar die Ursache mit der Wirkung verwechselt worden. Die Anstalt zu Kummelsburg bekam wohl nur deshalb das Waisenzuhause, weil die dort frei werdenden Räume irgendwie verwendet werden mußten. Hätte man die Waisenerziehung durch Anstalten nicht einschränken wollen, so hätte das Lazarett, das in der Tat nötig ist, ebenso gut an anderer Stelle errichtet und völlig neu geschaffen werden können.

Die ersten Änderungen in Kummelsburg waren von den Stadtverordneten bei Gelegenheit der Etatbesprechungen für die letzten beiden Jahre bewilligt worden. Jetzt hat sich aber der Magistrat entschlossen, für die einschneidendere Umgestaltung, die er plant, die Zustimmung der Stadtverordneten durch eine besondere Vorlage nachzusehen. Er beantragt die sofortige Erweiterung des in Kummelsburg eingerichteten Säuglingsheims und für später eine Station für unheilbar kranke Waisen und eines Heims für tuberkulöse Waisen. Der Platz für diese Einrichtungen werde, so sagt der Magistrat, „dadurch gewonnen, daß unsere Waisensverwaltung die völlig verwahrlosten Knaben nicht mehr in die Kummelsburger Anstalt, sondern in Familienpflege gibt“. Nach Kummelsburg kommen jetzt nur noch Knaben, die voraussichtlich bald wieder aus der Waisenspflege ausscheiden werden, weil sie schon im 13. oder 14. Lebensjahr stehen, oder weil ihre Eltern usw. nur erkrankt oder in Haft sind. Dieser Einschränkung steht auf der anderen Seite eine gewisse Erweiterung gegenüber, über die die Vorlage sich gleichfalls äußert. Für die Mädchen war die Anstaltspflege schon vor mehr als drei Jahrzehnten durch die Familienpflege ersetzt worden, und die Kummelsburger Anstalt hatte (von der Krankenstation abgesehen) schon seit 1871 keine Mädchen mehr beherbergt. Künftig sollen nun aber solche Mädchen, die voraussichtlich nur kurze Zeit in Waisenspflege bleiben, ebenfalls in Kummelsburg untergebracht werden, so daß wenigstens in diesem Punkt jetzt keine Rückkehr zu dem früheren Zustand erfolgt.

Gegen die Anstaltspflege vermag die Vorlage nicht eine Silbe vorzubringen. Es wird lediglich behauptet, daß die Erziehungsergebnisse in Kummelsburg „nicht besser“ seien, als in den Familien. Für die Familienpflege wird in der Vorlage fast ebenso wenig gesagt. Nur das Eine wird hervorgehoben, daß gerade für die Vollwaisen leicht in kleinen Städten mit guten Schulen gute Pflegestellen zu finden seien; womit aber noch nicht gesagt ist, daß die Pflege in Kummelsburg schlechter sei. Die Vorlage ist in diesem Punkt so dürftig begründet, daß sie unsere Meinung über den wahren Grund der Umgestaltung der kommunalen Waisenspflege Berlin nicht erschüttert, sondern eher noch unterfüttert. Es sind offenbar Erwägungen finanzieller Art, die hier den Ausschlag gegeben haben.

Sozialdemokratischen Terrorismus gegen die Kunst

hat die bürgerliche Presse entdeckt, weil die Berliner Philharmonie für Vereinsvorstellungen (nicht für den Einzelbesuch) boykottiert ist. Es gibt keine Karreite, die so läppisch wäre, als daß sie nicht als geistige Waffe gegen die Sozialdemokratie für gut gehalten würde. Der Gedanke ist ebenso geistreich, als ob wir die Leitung des Berliner Opernhauses des Terrorismus gegen die Kunst beschuldigen wollten, weil es den Raum, und sogar nicht einmal die Künstler, für künstlerische Veranstaltungen von Arbeitervereinen vergibt. Uebrigens ist der Hauptsaal der Philharmonie einer der stimmungsvollsten Räume und auch akustisch durchaus nicht einwandfrei, und wenn Arbeitervereine für ihre Zwecke die Philharmonie wünschen, so nur wegen der geräumigen Lokalität. Rein künstlerische Zwecke können in manchem anderen Saal weit besser befriedigt werden. Das philharmonische Orchester ist nun gewiß allen Lobes würdig, aber es ist — so weit wir wissen — nicht zutreffend, daß das Orchester kontraktlich an die Philharmonie gefesselt ist, die Verpflichtung erstreckt sich nur auf gewisse Tage und Veranstaltungen, sonst kann es spielen, wo es will.

Zu gleicher Zeit, wo die Mär vom sozialdemokratischen Kunstterrorismus die Kunstliebhaber des Philistertums labt, bringen sozialdemokratische Provinzialblätter folgende Schilderung aus Berlin: Das Märzfest der Berliner Freien Volksbühne ist, so wird uns aus Berlin geschrieben, zu einem denkwürdigen Datum der deutschen Kulturgeschichte geworden. Zum erstenmal wurde vor einem vieltausendköpfigen Arbeiterpublikum Beethoven's gewaltigstes Werk, die neunte Sinfonie aufgeführt. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen.

Die erfolgreiche Aufführung der neunten Sinfonie bedeutet die praktische Lösung eines vielumstrittenen Problems. Zunächst hat sich gezeigt, daß der Ruf, der der neunten Sinfonie voranging, nämlich, daß sie überaus „schwer“ sei, nicht berechtigt war und daß ein für Schönheit nicht empfängliches Publikum auch ohne gekünsteltes Musikverständnis sehr wohl imstande ist, die Größe und Gewalt des Werkes zu empfinden. Dabei ist hervorzuheben, daß diese Veranstaltung nicht das Experiment wohlwollender „Volkserzieher“, sondern das selbständige Unternehmen eines Arbeitervereins gewesen ist, wozu unmittelbar im Schöße des Vereins die Anregung entsprungen war. Die Aufführung der „Neunten“ war ein seit Jahren im Kreise der Mitglieder gehegter Wunsch, dessen Erfüllung vom Vereinsvorstand seit langem angestrebt worden war.

Die Berliner Freie Volksbühne umfaßt 10 000 Mitglieder. Etwa ein Viertel davon hatte sich bei einem Eintrittsgeld von 80 Pf. zu dem Feste eingefunden. Insofern konnten die Hoffnungen der Nachfrage nicht genügen, es ist darum sehr wahrscheinlich, daß die Aufführung in der allernächsten Zeit auf Wunsch der Mitglieder wiederholt werden wird. So ist auch die ökonomische Grundlage der Veranstaltung völlig solide; sie ruht ganz und gar auf der eigenen Kraft der Arbeiter.

Wie oft wird der Arbeiterbewegung von den Satten vorgeworfen, sie betrachte das soziale Problem als eine „bloße Magenfrage“. Hier ward der deutliche Beweis dafür geliefert, wie sehr die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen nach Höherem strebt, als nur nach Brot allein. Brot für alle, das bedeutet für sie Gesundheit, Reinlichkeit, Schönheit und Wissen für alle. Das Lied an die Freude, mit dessen hallenden Rhythmen die neunte Sinfonie endet, klingt ihnen entgegen als ein Lied der Sehnsucht und der Verheißung!

Die erste Schwebebahn in Berlin ist am Mittwoch im Rathaus zu bauen beschlossen worden. Unsere Leser tun aber gut, sich ob dieses kommunalen Verkehrsfortschrittes nicht allzu unbändigem Entzücken hinzugeben, denn es handelt sich vorab nur um eine Schwebebahn für den Transport toter Schweine. Das Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes ist der Verkehrsdeputation habnbrechend und -bauend vorangegangen und hat beschlossen, die Schweinefleischhäuser D und E mit den Schlachthäusern auf die erwähnte Weise zu verbinden. Die Schwebebahn wird über die Hauptstraße hinweggeführt, auf welcher in der Mitte des Jahrmarktes ein Inselperon mit zwei Pfeilern als Träger errichtet wird. Die Kosten sind auf 32 000 M. veranschlagt.

Mit Mißständen im Betriebe der christlichen Hospize in der Mohrenstraße am Brandenburger Tor befaßt sich die Freischützzeitung „Der Hotelbesitzer“ aus Anlaß des Umstandes, daß Hofprediger a. D. Stöder bei der Beratung des Postreits im Reichstage die Ansicht auspricht, daß eine Arbeitszeit von 80 Stunden nicht überhöht werden solle. Herr Stöder hat als Vorsitzender der Berliner Stadtmission maßgebenden Einfluß auf die Leitung der beiden der Stadtmission gehörenden Hospize. Im Hospiz Mohrenstraße haben die Hausdiener eine wöchentliche Arbeitszeit von 114 Stunden, die Mädchen eine solche von 15 bis 16 Stunden täglich; ähnlich schlimm ist es im Hospiz am Brandenburger Tor bestellt. Weiter schreibt die erwähnte Freischützzeitung: „Sogar die wenigen Segnungen der bekannten Bundesrats-Verordnung für das Gastwirts- und Hotelgewerbe werden einem Teil der darunter fallenden Angestellten nicht gewährt. Der Kellner sowohl, wie auch der Küchenchef und die Pfannkuchen haben den durch die Bundesrats-Verordnung vorgeschriebenen 4-stündigen Ruhezeit nach nicht innehalten dürfen. Den Kellnerleistungen ist dies erst in neuer Zeit gestattet. Dem Kochschefling wird statt der zweistündigen täglichen Ruhezeit nur eine Stunde gewährt. Von den Kesseln herab wird fortgesetzt Klage vor dem Geseh gepredigt; in ihren eigenen Vertrieben verstoßen hier aber die Vertreter der Straße in der gräßlichsten Weise gegen das Geseh. In der Andacht, an der sich alle Angestellten, so weit wie irgend möglich, jeden Morgen beteiligen müssen, wird denselben christliche Liebe und Gerechtigkeit gepredigt. Sobald sie aber herauskommen, wird ihnen oft sofort die Faust gezeigt.“ Das Blatt meint, daß durch die Veröffentlichung dieser Mißstände Besserung geschaffen werde. Hoffentlich täuscht es sich nicht in dieser Erwartung.

Die Osterferien der hiesigen Gemeindeschulen, der städtischen Landstamm- und Blindenschule sind wie folgt festgesetzt: Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 12. April. Anfang des Unterrichts: Donnerstag, den 27. April.

Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft beabsichtigt, einen Teil ihrer Teilstrecken zu 5 Pf. zu verlängern. In Aussicht genommen sind dafür die wichtigsten und am meisten benutzten Linien, welche die verschiedensten Stadtteile mit einander verbinden. So soll längere Pflanzfennig-Teilstrecken z. B. die Linie von der Potsdamer Brücke nach den Frankfurter Linden, die den Westen mit dem Osten verbindet, erhalten. Man wird dann z. B. vom Potsdamer Platz bis zum Mollatmarkt für 5 Pf. fahren. Vom Süden nach dem Nordosten ist die Linie vom Halleschen zum Landsberger Tor in Aussicht genommen. Hier werden Teilstrecken wie Spittelmarkt—Landsbergerstraße, Alexanderstraße—Landsberger Tor eingerichtet. Den Südwesten mit dem Nordosten verbindet die Linie Anhalter Bahnhof—Greifswalderstraße, die ebenfalls längere Teilstrecken bekommt, z. B. Anhalter Bahnhof—Hausvogteiplatz, Linienstraße etc.

Aus der Johann Jakob Zeißler-Stiftung sollen einmalige Unterstufungen im Betrage von wenigstens 30 Mark an solche Weber und Stuhlarbeiter (Weber, Wirker, Nachmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker), Meister und Gefellen, vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung an Wohnungsmiete betrifft, befinden. Bewerber müssen sich seit mindestens 2 Jahren in Berlin niedergelassen haben. Hauptächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als 4 Kinder unter 14 Jahren haben. — Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthalts in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind bis spätestens 25. März d. J. an die städtische Stiftungs-Deputation, Poststraße 16 II, Zimmer 47 und 48, zu richten.

Rein, so was! Die „Staatsb. Ztg.“ meldet: Am Dienstag nachmittag fuhr der Kronprinz um 5 Uhr im offenen Tagameter über den Potsdamerplatz nach dem Potsdamer Bahnhofe und erregte dadurch Aufsehen und Heiterkeit. Die aufgestellten Schutzmännchen, denen das Kommen des Kronprinzen signalisiert war, schauten nach der Hofkutsche aus. Inzwischen fuhr der Kronprinz, sichtlich erfreut, unerkannt von der Märgern des Gesehes, über den Platz in seinem Tagameter, der sich durch das Weltstodt-gewühl langsam seinen Weg bahnte. Die Schutzleute waren erstaunt, als sie vor Publikum aufmerksam gemacht wurden, daß sie nicht aufgepaßt und nicht für freie Passage georgt hatten. Hoffentlich wird den Schutzleuten die schwere Sünde verziehen. Dem Berliner Patriotismus verdient die Gemügsamkeit aber hoch angerechnet zu werden, die sich einsp durch den Kronprinzen im Tagameter zur Heiterkeit anregen läßt.

In der Angelegenheit des Lehrers Wiedenbergs schreibt jetzt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“: Der Selbstmord des Lehrers Wiedenbergs an der 181. Gemeindeschule wird von manchen Zeitungen fortgesetzt in mehr oder minder deutlicher Weise mit der Revision der Schule durch einen Provinzialschulrat in Verbindung gebracht. Wie wir nach Erkundigungen bei unterrichteter Seite feststellen können, steht die beklagenswerte Tat des seit längerer Zeit nervös überreizten Mannes nicht mit der bevorstehenden Revision seines Unterrichts durch den Provinzialschulrat in Zusammenhang, sondern ist von

einem Vorfall beeinflusst, der dem revidierenden Schulrat damals durchaus unbekannt war und daher auch nicht von ihm erörtert werden sollte.

Der preussische Wildhändlerkongress beschloß gestern die Gründung eines preussischen Wild- und Geflügelhändler-Verbandes, dem sofort etwa 200 Mitglieder beitraten, darunter der Berliner Wildhändlerverein. Vorher hatte man noch die Frage der Regelung des Wildbezuges aus den Bundesstaaten und dem Auslande behandelt. Die Redner traten einmütig für eine Freizügigkeit des Wildes, wenigstens für Deutschland und Preußen ein. Der Kongress beschloß, der Vorstand möge sich mit den in Frage kommenden Behörden und Körperschaften in Verbindung setzen behufs Abänderung § 8 des Jagdschönengesetzes in der Weise, daß in Zukunft mit dem Augenblick wo in der preussischen Monarchie eine Jagd eröffnet ist, der Verkauf der betreffenden Wildart im ganzen Staate genehmigt werden soll. Ferner wurde beschloffen, sich an die Behörden zu wenden mit der Bitte, daß zwischen den einzelnen Bundesstaaten Staatsverträge abgeschlossen werden möchten, durch die ein freier Verkauf des Wildes zwischen den deutschen Staaten ermöglicht werde.

Eine weitverzweigte Diebes- und Hehlerbande hat die Schöneberger Kriminalpolizei jetzt hinter Schloß und Riegel gebracht. Kürzlich wurden in dem Herren-Garderobengeschäft von Loosnigk, Kaiser Wilhelmplatz 2, im Zeitraum von wenigen Tagen zwei Einbruchsdiebstähle hintereinander verübt. Es gelang damals einem der Einbrecher festzunehmen. Am Dienstag glückte es der Polizei, auch die übrigen Teilnehmer an den Einbrüchen zu verhaften. Auf das Konto der festgenommenen dürften zweifellos die Einbrüche zu setzen sein, welche in Schöneberg in letzter Zeit so zahlreich ausgeführt worden sind. Die Verhafteten gehörten sämtlich Verbrecherkreisen an. Auch die „Bräute“ der Einbrecher, denen die letzteren von den gestohlenen Gegenstände Geschenken machten, sind ermittelt und festgenommen worden. Das Hehlerneß wurde in der Wohnung eines alten Jagdhäuslers in der Brangelstraße ermittelt. — Ein Einbruch wurde bei dem in der Friedrich Wilhelmstr. 26 wohnenden Flügeladjutanten des Kaisers, Kapitän zur See v. Müller, verübt. Die Wohnung ist im zweiten Stockwerk belegen. Auf welche Weise die Diebe in das Haus gelangt sind, ist noch nicht aufgeklärt. Die Plünder wurde mittels Dietrich nach Herauslösen des von innen stehenden Schließels geöffnet. Den Einbrechern fiel das im Schzimmer befindliche Silberzeug in die Hände. Erst am andern Morgen, als der Wursche des Herrn v. Müller das Schzimmer betrat, um das Silberzeug zu putzen, wurde der Diebstahl entdeckt.

Wegen einer seltenen Explosion wurde die Feuerwehrt am Dienstagabend nach der 130. Gemeindeschule in der Niederkwallstraße 6/7 gerufen. Dort hatte sich eine Sprengstoffladung zwischen den Steinböfen entzündet und war zur Explosion gekommen. Ueberreste der abgehoffenen Ladung wurden noch vorgefunden und von der Feuerwehrt entfernt. Der Schuldner ist mit dem Schreden davongelommen.

Ein Straßennunfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr vor dem Hause Andreasstr. 70. Aus dem Lormog des genannten Hauses wurde ein Kohlenwagen herausgeschoben. Der Aufsitzer Wilhelm Schadewinkel ging an der rechten hinteren Ecke des Fuhrwerks, um bei dem Säuben desselben behilflich zu sein. Der Führer des Kohlenwagens hatte es verabsäumt, darauf zu achten, ob die Straße frei sei und so drängte das Kraftfuhrwerk gegen den langsam an die Haltestelle heranfahrenden Straßenbahnwagen Nummer 1226 der Linie 3. Der Aufsitzer Schadewinkel geriet zwischen beide Fuhrwerke und erlitt eine Querschlagung des Brustkastens. Er verstarb auf der Unfallstation am Grünen Weg, kurz nach seiner Einlieferung. — Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist gestern der Kaufmann Johann Egbert aus Wilhelmshagen schwer zu Schaden gekommen. Er benutzte einen Straßenbahnwagen der Linie 7 zur Fahrt nach Nizdorf und stand auf dem Vorderperon, den er am Kaiser Friedrichplatz, etwa 150 Meter vor der Haltestelle verlassen wollte. Er sprang ab und fiel so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde dem Krankenhaus Am Urban zugeführt.

Donnerstag, den 23. März, findet die Beisegung der Asche Otto Erich Hartlebens in der Urnenhalle zu Treptow statt. Des sehr beschränkten Raumes wegen kann der Eintritt nur gegen Einladungsarten stattfinden. Eine öffentliche Gedächtnisfeier wird Sonntag, den 26. März, um 12 Uhr im Beethovenaal stattfinden. Die Gedächtnisrede wird Herr Heinrich Hart halten, den gefanglichen Teil hat Herr Julius Dieban übernommen. Außerdem werden einige Hartleben'sche Gedichte zum Vortrag gelangen. Der Eintritt in den Beethovenaal ist frei. Eintrittskarten hierfür können bis zum Sonnabendabend beim Theaterverlag Ewald Bloch, Fridestr. 1, und in der Anmelungs- und Buchhandlung, sowohl Potsdamerstr. 126, als Kantstr. 164 in Empfang genommen werden.

Theater. Im National-Theater geht heute abend nach längerer Pause La Traviata mit den Damen Lichtenfels, Kado, Kemlich, den Herren Marzano, Lamberg, Rodmann, Schmidt und Zeitchel in Szene. — Apollo-Theater. Am Sonntag, den 26. März, geht nachmittags zu bedeutend ermäßigten Preisen die Ausstattungsbursche „Berliner Luft“ mit der so populären Musik von Paul Linde in Szene.

Der Beginn der diesjährigen Besteigung des Rathhaus-turmes, von dem man die schönste Rundsicht über Berlin hat, ist auf Montag, 3. April, festgesetzt, und zwar von 10 bis 8 Uhr. Karten zu 20 Pf. sind am Eingang zu dem Turm in der Königstraße zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Zur Stadtverordnetenwahl im 10. Bezirk der dritten Abteilung, die heute Donnerstag stattfindet, wird von bürgerlicher Seite versucht, unsere Parteigenossen zur Stimmabgabe für ihren Kandidaten, jetzigen Stadtverordneten Dr. Martwig, zu bewegen. Die Sache wird so dargestellt, als wenn dies ein Einverständnis mit unserer Parteileitung gesehe. Die Parteigenossen werden ersucht, sich in keiner Weise in den häuslichen Streit der beiden bürgerlichen Kandidaten einzumischen, sondern jede Wahlbeteiligung zugunsten der bürgerlichen Kandidaten abzulehnen.

Rigdorf.

Die Ausstellung von Trinkhallen auf den Straßen und Plätzen der Stadt beschloß der Magistrat in seiner letzten Sitzung. — Ferner wurde dem Beschlusse der Krankenhäuser-Deputation betreffend die Beschaffung eines Projekts für den Bau eines Krankenhauses in Rudow zugestimmt. — Die Gebäude der alten Gasanstalt sollen abgerissen werden, so weit dieselben nicht für Krankenzwecke Verwendung finden können. — Zu Armenärzten werden Dr. Gottschling und Dr. Hugo Schönfeldt gewählt.

Friedrichsfelde.

Mit der Etatberatung beschäftigt sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Der Gesamtetat ist mit 885 000 M. veranschlagt. Als Steuerzuschläge sollen diesmal erhoben werden: Grund- und Gebäudesteuer 200 Proz. (im Vorjahre 240 Proz.), Gemeinde-Einkommensteuer 180 Proz. (120 Proz.), Gewerbesteuer 195 Proz. (180 Proz.) — Die Artill seitens der Vertreter des Rarlshorster Ortsteils wandte sich besonders gegen die Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer von 120 Proz. auf 180 Proz.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 23. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die weiße Dame.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Neues königl. Opern-Theater. Geflohen.
Deutsches. Helden.
Berliner. Die Räuber.
Westen. Die Liebesleistung.
National. La Traviata.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Krieg im Frieden.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Die Herren Söhne.
Leistung. Elga.
Zentral. Die Kuchentat.
Kleines. Nachtasyl.
Reichshallen. Hotel Pompadour.
Schauspielhaus. Der Familientag.
Trianon. Das Abenteuer des Herrn Malezieng.
Deutsch-Amerikanisches. Uebern großen Teich.
Luisen. Das Leben ein Traum.
Belle Alliance. Der beste Tip.
Carl Weiß. Der schmale Weg.
Herauf! Frauenliebe und Leben.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Kasino. Heirat auf Probe.
Apollo. Das Weibchenmädchen.
Gerrnsfeld-Theater. Die Meyerhains.
Vasage-Theater. Die 5 Lorrison.
Hoffen Laffon. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wafak. Liebe kann alles.
Spezialitäten.
Wintergarten. Saphire.
Spezialitäten.

Urania, Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Ein Sommernachtstraum.
Montag: Der Graf von Charolais.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr:
Nachtasyl.
Freitag: Salome.
Sonnabend: Nachtasyl.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: (Ermäßigte Preise) Liebesträume. Familienidyll. Serenissimus.
Abends 8 Uhr: Sanna.
Montag: Die Neuvermählten. Abschiedssouper.

National-Theater
Weinbergstr. 19.
Donnerstag, den 23. März 1906:
La Traviata.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Das Glückchen des Eremiten.
Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr: Der größte Schläger der Sassen.
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Karl Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonntag nachm.: Der Bettelstudent.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Leben ein Traum.
Freitag 1. erste mal: Arch-World.
Sonnabend: Hofmanns Töchter.
Sonntag nachm.: Lorbeerbaum u. Bettelstab. Abends: Arch-World.
Montag: Lorbeerbaum u. Bettelstab.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpnickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
Heute
435.
UEBERN GROSSEN
TEICH.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise.
„Ueber'n großen Teich.“
Sanssouci.
Reitbuhler Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzen.
Sonnabend:
Extra-Theater-Abend.
Bajazzo und seine Familie.
Vollständ. in 5 Abteilungen.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzen.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonnt. 3. Wochentag 5 1/2 Uhr.
The five sisters Lorrison
die berühmten Frauen Schönheiten.
Bokken Lasson
die ergötliche Straßenfängerin.
Die Picchiani-Truppe.
Die reizenden Focattis.
14 glänzende Nummern.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonnabend nachmittags 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung: Dorwürschen.

Urania,
Wrangel-Str. 10-11.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Yorrd. Sänger.
Nach der Colree:
Tanzkränzen ohne Nachzahlung.
Anfang 8 Uhr. C. J. Walter.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Abenteuer d. Hrn. Malezieng Die Briefstache.
Ein peinlicher Zwischenfall.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die glückliche Gilberte.
Kasino-Theater
Lothringergasse 37 (Rosenfelder Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2-8 Konzert.
Nur bis Donnerstag: Heirat auf Probe.
Freitag Bremen-Abend.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abendlich: Der Familientag.
Sonntag mittags 12 Uhr zum ersten mal:
Eine Abrechnung.
Die Bäuerin. Der Außenleiter.

Apollo-Theater.
218. Friedrichstraße 218.
Täglich 8 Uhr:
Die März-Spezialitäten.
8 1/2 Uhr:
Das Weibchenmädchen.
Musik von Prof. Josef Hellmuthberger.
Sonntag, 26. März, nachmittags 3 Uhr, ermäßigte Preise: Berliner Lust und die März-Spezialitäten.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwanz in 3 Akten v. Anthony Barré u. Leon Karol. Deutsch v. R. Schömann.
Sonntag, den 26. März, nachmittags 3 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietra. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett).
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonnt. 3. Wochentag 5 1/2 Uhr.
The five sisters Lorrison
die berühmten Frauen Schönheiten.
Bokken Lasson
die ergötliche Straßenfängerin.
Die Picchiani-Truppe.
Die reizenden Focattis.
14 glänzende Nummern.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonnabend nachmittags 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung: Dorwürschen.

Urania,
Wrangel-Str. 10-11.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Yorrd. Sänger.
Nach der Colree:
Tanzkränzen ohne Nachzahlung.
Anfang 8 Uhr. C. J. Walter.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Schiller-Theater
Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und F. v. Schönthan.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Medea: Maria Pospischil.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kros & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lachterfolg! Der Kilometerfresser
Charleys Tante.
Belle Alliance-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der beste Tip.
Somitag nachm. 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Freie Volksbühne
6. Kunstabend: „Otto Erich Hartleben“,
im Rathaus: Montag, den 27. März, 8 1/2 Uhr.
Vortrag und Rezitation: Dr. Emil Geyer.
Gesangssoubrette: Frä. Horwitz.
Planist: Kapellmeister Schmalstieg.
Einlaßkarten nur bei sofortiger Bestellung in den bekannten neun Zahlstellen.

Generalversammlung
Nur Mitglieder haben Zutritt.
Tages-Ordnung: Vortrag: Schriftstellerin **Frau Ruben**, Hamburg, über:
Hermann Heyermanns
als Dichter und Dramatiker.
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, der Revisoren. Diskussion und Verschiedenes.

Schillerfeier
Sonntag, den 7. Mai, in der Brauerei „Friedrichshain“, (Näheres später.)
Opern- Extravorstellungen
im National-Theater vom 16. April bis 28. Mai.
Rigoletto. — Die weiße Dame. — Fledermaus.
Opernmarken sind bei sofortiger Bestellung à 1 Mark inkl. Garderobe und Programm in allen Zahlstellen vom 28. März ab zu haben.

Sonntag, den 26. März, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater. Berliner Theater.
3. Abteilung: 5. Abteilung:
Sappho. Ein Teufelskerl.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Gr. Kurt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des Salon-Humoristen **G. Bonné.** Anfang 8 1/2 Uhr.
Reine Säle in Berlin die Blumengarten empfehle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art.
Albert Hoerner.

Wintergarten.
Sonntag, den 26. März, mittags 12 Uhr:
Gala-Matinee
der Internationalen Artistenloge zum Besten der Witwen-, Waisen- u. Invaliden-Unterstützungskasse der J. A. L.
Außergewöhnliches Künstlerprogramm, ca. 20 erstklassige Spezialitäten.
Neu! Zum ersten Mal: Neu!
Die Dungkahn'sche Schlafzänzer-Schule,
mit der Magdalene u. A. w. g. (Saharet), der Contra-Schnarch-Schlafzänzerin: Magarina P. P. (Henry Bender) und den Eleven der Schule: Rob., Fritz u. Otto Steidl u. Ida Perry.
Näheres die großen Affichen.

Stadt-Theater Moabit
Ull-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard Rose-Theaters:
Die drei Grazien.
Große Posse mit Gesang und Tanz von R. Trepson. Musik v. Michaleis.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Bergungsarbeiten zu halben Preisen haben Gelingen.
Sonntag: **Der Widerspenstigen Zähmung.**

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzen.
Montag u. Freitag:
Yorrd. Sänger.

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 23. März, abends prägnante 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend! Gala-Programm.
Fräulein Dora Schumann mit ihrem sensationellen Reit-Akt.
L'éclair lumineux.
Frä. Goe. Goggin. Frä. Goe. Wille. Frä. Goe. Wille. Frä. Goe. Wille.
Socurs. Wiltgalo. — Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Freizeitsportarten. — Die neuen Spezialitäten und Berlins größte Sensation:
Dr. Ephraim
Thompsons großartig dressierte Elefanten, worunter Neu: Elefanten als Akrobaten, musikalische Clowns, Schillenschen-Virtuosen etc. sowie der einzig erziehende Zeltamortal-schlafende Elefant. Um 9 1/2 Uhr zum 91. Male: Einzig dastehender Erfolg!
Die größte Prachtanstellung-Pantomime der Gegenwart:
Eine Nordlandsreise.
Hirta 400 Rittreitende, 2 Musikkorps.

Gebrüder Herrniel-Theater.
Der größte Erfolg seit 14 Jahren ist unbestritten die Novität:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrniel mit **Anton Herrniel** als **Bischoff**, Herausgeber d. „Schein- und Donat Herrniel“ als **Kommerzienrat Meyerhain.**
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Donnerstag, den 23. März 1906:
Große Extra-Vorstellung und Frühling-Kränzen.
Quartettgesang, Rezitation, Couplets sowie eine Aufführung der Novität: **Um die Wahrheit.** Frühlingsspiel mit Gesang in 4 Akten, von Paul Gant. Eröffnung 6 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Skala-Theater.
Eisenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Stegreif-Philosoph sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Bis-a-bis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
Liebe kann alles.
Schwanz von A. Elg.
Witz, Theologe: Dir. R. Winkler.
Vor- und nachher: **Die hervorragenden März-Spezialitäten allerersten Ranges.**
Die Wunder-Elefanten.
Anfang 8 Uhr. Vorher: **Konzert.**
Entre 50 Pf.
Freitag: Große Elite-Vorstellung: **Die Räuber.** — Sonnabend: Wegen Privatlichkeit geschlossen.
Vorher dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Beneiz für Hans Adolff.
Gastspiel des Frä. Else Adolff.
Goldene Berge.
Anfang 8 Uhr. Entre 30 Pf. Ball.
Freitag auf vielseitigen Wunsch: **Lenore.**

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
SAHARET.
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. **Dianda**, Dressierte Afkon. **Dorothy Clark**, Engl. Sängerin. **Stelling u. Revell**, Kom. Reekturner. **Dr. Angelo**, Lebende Porzellanfiguren. **Pas de deux**, Orientalischer Tanz. **The Novellos**, Europa in Indien. **Diane de Fontenoy**, Lobende Bilder. **Mistinguette**, Pariser Sängerin. **Kaufmann-Truppe**, Kunststrafherrsinnen. **Doherty Sisters**, Amerikan. Sängersinnen und Tänzerinnen. **Biograph**, Serienbilder.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Nag u. der kluge Hans
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Saal: Tanz.

Otto Fritzkows Abnormitäten - Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellung
MIB Arabella,
die eingelegte Dame, welche auf dem ganzen Körper tätowiert ist.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Wieder neues Programm.
Neu! Mr. Arlys, afrikanischer Reckenkämpfer. Neu! Quartett Wollmer. Dänische Polka-Schüler u. Sönger. Gelehr. Christensen, Argentit-Quett. Neu! Hermann Grosch, der U-fomische, sowie die übrigen erstklassigen Kräfte.

Frackverleih
Aus einer Sitzung.
Freunde, die Zeiten sind recht schwer und der Verdienst geringe. Dabei ist es meiner Frau Begehr, daß ich neue Garderoben bringe.
Ich ging auf die Suche und fand auch aus Wo man gut und billig kann kaufen, „Unioversum“ so nennet sich das Haus, Dortbin rennet alles in Hausen.
Mein Antrag geht dahin kurz und scharf: Es bilde ein Verband sich, In denen unseren ganzen Bedarf Invalidenstraße 21.

Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß:
Herren-Sommer-Paletots, streng modern, 9, 12, 15, 18, 24, 30 R. prima.
Herren-Jackott-Anzüge, in modernem Streifen und farciert, 10, 15, 18, 21, 25, 30 R. prima.
Herren-Gehrock-Anzüge, H. in- u. ausländische Stoffe, 24, 28, 28, 30, 35 R. prima.
Herren-Joppen in Zedern- u. Kastanienstoffen etc. 2,50, 3, 4, 5, 6, 7 R. prima.
Herren-hosen in allen Dessins und Webarten 2,50, 3, 4, 5 bis 10 R. prima.
Knaben-Anzüge, moderne Reagen, haltbare Stoffe, 3, 4, 5, 6, 7, 8 R. prima.
Arbeits-hosen, Jacken sowie sämtliche Berufsbekleidung in größter Auswahl und zu billigsten Preisen.

„Universum.“
21. Invalidenstr. 21.
Am Stett. Bahnhof, neb. d. Postamt 4. Jeder Käufer erhält ein Geschenk!
Frackverleih

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt**
Gr. Frankfurterstr. 136.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**
Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder
0,75 Mk. (40 Minuten Baderzeit)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Orientalisches Ballhaus

Neue Königstr. 45 (Grand Hotel)
Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:
Réunion
Anfang 10^{1/2} Uhr.

CARL SCHREIER.

Größtes Spezial-Geschäft für
Küchen-Bedarfs-Artikel.
Hauptgeschäft: Berlin N., Dalldorferstr. 20.

Zweig-geschäfte:
N. Dalldorferstr. 21.
Ackerstr. 23.
Veteranenstr. 2.
Schönauser Allee 182.

Zweig-geschäfte:
50. Reichenbergerstr. 15.
Eisenbahnstr. 42.
Rixdorf: Bergstr. 145.

Garantie für jedes Stück.
Prima Adler-Emaille-Kochgeschirr.

Konkursmassen-Ausverkauf!

Die aus der Konkursmasse Robert Hermann & Co. vorhandenen Waren, bestehend aus:
Teppichen, Portieren, Gardinen, Diwan-, Tisch-, Bett- und Steppdecken, Möbelstoffen,
kommen zu sabelhaft billigen, fest taxierten Preisen zum Ausverkauf:
Spandauerstr. 65-67, 1. Etage.
Verkaufszeit 9-1, 3-8 Uhr.

auf Teilzahlung.
Möbel J. Kellermann,
SW. Puttkamerstr. 18, nahe Apollo-Theater. 2065

Ein Versuch - dauernde Kundschaft!

Von 1 R. wöchl. Teilzahlung an liefern elegante, fertige **Herren-Moden.**
Erfahr für Maharbeit. Anfertigung nach Maß. Feinste Verarbeitung.
Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung.**
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, Bahnhof Jannowitzbrücke.

Rabatt-Sparverein Süd-Ost

Laut Delegierten-Versammlung vom 15. März werden vom 1. April ab neue Marken ausgegeben.
Wir fordern die Mitglieder auf, die in ihrem Besitz befindlichen alten Marken im Bureau Kottbuser Ufer 44a eintragen zu lassen. Die Eintragung erfolgt nur an den ersten 5 Wochentagen von 10-4 Uhr. Kleine Marken sind vorher in Klebemarken einzutauschen. Auf Wunsch wird die Eintragung auch durch unser Verkaufspersonal besorgt.
In allen unseren Verkaufsstellen werden Mitglieder aufgenommen. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf.
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Linienstr. 215. Geöffnet: 8-1, 4-8 Uhr. Telefon: Amt III, 938.
Sonntag, den 26. März 1905, vormittags 9^{1/2} Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung:
1. Die Stellung unseres Verbandes zur Landarbeiterfrage. Referent: Kollege C. Bruns. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftstrog und Wahl der Delegierten. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Beschlüsse.
Buch legitimiert und wird die Teilnahme an der Versammlung im Mitgliedsbuch vermerkt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.
Sonntag, 26. März 1905, vorm. 9^{1/2} Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Erledigung der Tagesordnung vom 12. März. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig. (Vorhandsvorlage, Anträge.)
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!
Achtung! Rohrleger-Helfer! Achtung!
Unsere regelmäßige Versammlung kann wegen der obigen Generalversammlung nicht stattfinden, sondern am Mittwoch, den 5. April. Das übrige wird nach bekannt gemacht.
Die Ortsverwaltung.

Genoss. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 26. März 1905, mittags 12 Uhr:
Volks-Versammlung
im Palast-Theater, Burgstraße 22.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abg. Gen. v. Vollmar über: „Deutschland und Rußland“.
2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Freitag, den 24. März 1905, abends 8 Uhr,
finden
1877*
31 außerordentl. Mitgliederversammlungen
aller im
Zweigverein Berlin beschäftigten
im
Verband organisierten Maurer
statt.

Tages-Ordnung:
1. Diskussion und Abstimmung über den neu abzuschließenden Tarifvertrag. 2. Wahl der Verbandsleitung.
Für Westen: Dennewitzstr. 13 bei Zühke (großer Saal).
Schöneberg: Weiningerstr. 8 bei Ohst.
Süd-West: Bergmannstr. 5/7, Kahels Brauerei.
Süden: Schönleinstr. 6 bei Swald.
Süd-Ost: Raunynstr. 27 bei Graumann.
Osten I: Andreastr. 21, Andreas-Festsäle.
Osten II: Landsberger-Allee 40/41, Slysium.
Nord-Ost: Neue Königstr. 26, Königssäle.
Norden: Schwedterstr. 23/24 bei Wernau.
Oranienburger Vorstadt: Uckerstr. 6/7, Borussiaäle.
Wedding: Müllerstr. 7 bei Millbrod.
Moabit: Wickeffstr. 24 bei Peters.
Charlottenburg: Rosinenstr. 3, Volkshaus, großer Saal.
Rixdorf: Bergstr. 151/152 bei Thiel.
Wilmersdorf: Berlinerstr. 40 bei Salomon.
Steglitz: Uhornstr. 15, Verkehrslokal.
Friedenau: Kaiser-Allee bei Grube.
Groß-Lichterfelde: Chausseestr. 104 bei Reisen.
Zehlendorf: Im Verkehrslokal.
Mariendorf: Chausseestraße bei Reichardt.
Marienfelde: Berlinerstraße bei Dittmann.
Tempelhof: Im Verkehrslokal.
Schmargendorf: Im Verkehrslokal.
Johannisthal: Im Verkehrslokal.
Ober-Schöneeweide: Doilstraße, Ecke Siemensstraße b. Neumann.
Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 120 bei Arnold.
Friedrichsfelde: Wilhelmstr. 38 bei Haberland.
Weißensee: König-Chaussee 38 bei Schmutz.
Pankow: Bollandstr. 122 bei Klemen.
Reinickendorf: Residenzstr. 1/2, Schützenhaus.
Tegel: Schlieperstr. 64 bei Schmidt.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Verbandskollegen, in diesen Versammlungen zu erscheinen. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Verbandsleitung. J. A.: Emil Thöns.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 26. März, abends 7 Uhr, in Haberechts Festsälen, Gr. Frankfurterstr. 30:
Vortrag des Genossen Göhre über:
„Rassentheorie“.
Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. 4/16*
Nachdem gemütliches Beisammensein und Tanz.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von 1872*
A. Schulz
Reichenbergerstraße 5
empfiehlt Einrichtungen von 240 bis 5000 M.
von nur anerkannt gelegener Qualität zu äußerst billigen Preisen.
Streu und gewisse harte Bedienung.
Kulanteste Bedingungen.
Telephon: Amt IV 6877.

Konsum-Verein zu Charlottenburg.

E. G. m. B. H.
Donnerstag, den 30. März 1905, präzis 8^{1/2} Uhr abends, im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3:
Ordnung:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht: Zweck und Ziele der Großverkaufsgesellschaft. 2. Geschäftsbericht. 3. Gehaltsberichtigung des Geschäftsführers. 4. Beschlußfassung über eine Sparordnung zur Sparsache.
Nur Mitglieder, welche sich durch Mitgliedsbuch oder Karte legitimieren können, dürfen an der Abstimmung teilnehmen.
Der Ausschlußrat.
Hermann Jacob, Vorsitzender.

Gelegenheitskauf.

Wir empfehlen unseren Lesern folgende Werke zu bedeutend herabgesetzten Preisen:
Die Apostelgeschichte, eine Uebersetzung des Paulinismus und des Audentismus innerhalb der christlichen Kirche von Bruno Bauer, statt früher 2 R., jetzt 1 R.
Kritik der Paulinischen Briefe von Bruno Bauer, statt früher 4 R., jetzt 1 R.
Briefe von und an Georg Herwegh aus der 1848er Revolution, statt früher 5 R., jetzt 50 Pf.
Gudfeds Leben und Wirken von H. Quast, statt früher 3,60 R., jetzt 1 R.
Geschichte der Sklaverei und der Sklaverei von Ingram, statt früher 4 R., jetzt 1 R.
Glänzendes Glend von H. Krafft. Eine offene Kritik unseres Offizierskorps, statt früher 1,20 R., jetzt 60 Pf.
Kafernen-Glend von H. Krafft. Offene Kritik der Verhältnisse der Unteroffiziere und Soldaten, statt früher 1,20 R., jetzt 60 Pf.
Woloch des Militarismus von Redivivus. Ein Mahnwort an alle Welt, 233/8, statt früher 1 R., jetzt 50 Pf.
Das Leben Jesu von Ernst Renan, statt früher 1 R., jetzt 50 Pf.
Welt und Menschheit von H. Strecker. Eine Darlegung der materialistischen Weltanschauung, statt früher 3 R., jetzt 1,20 R.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Inventur-Ausnahmepreise!

Reichgesteckte
abgepaßte **Portièren**
1892L*
Die ganze Dekoration
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Quorb.)
in Plösch . . . 8⁸⁵ (Wert 16,00)
in Filztuch . . . 4⁸⁵ (Wert 7,50)
in Wollserge 5²⁵ (Wert 9,00)
schwer. in Viktoriatuch . 8²⁵ (Wert 13,50)
in hell seidenart. Empire 10²⁵ (Wert 18,00)
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste } gratis
u. Katalog mit ca. 600 } und
Illustrat. } franko.

Reste

Damentuche, schwarz u. farb.
Costumes-Stoffe, neueste
Kammgarne } Muster
Staubmäntel-Stoffe }
Corkscrew }
Sämmt, Plüsch }
Besatzartikel. 2265L* }
Confection
Jaquets, Dolmann
Staubmäntel, Costumes
Costum-Röcke, Blousen.
C. Pelz, Kottbuser
C. Pelz, Straße 4.

Ungültigkeitserklärung der Wahl des Stadtverordneten Raurats Dr. Herzberg.

Der Wahlausschuss zur Vorbereitung der Giltigkeit der Stadtverordnetenwahlen hat in seiner Sitzung am Dienstag mit fünf (Kreitling, Liebknecht, Marggraff, Modler, Stadthagen) gegen drei Stimmen (Cassell, Michelet und Rommsen) beschlossen, dem Plenum die Ungültigkeit der Herzberg'schen Wahl vorzuschlagen. Raurat Dr. Herzberg ist im Sommer 1904 von Berlin nach Wilmersdorf verzogen. Dort wohnt er mit seiner Ehefrau und zwei Kindern und dort versteuert er sein erhebliches Privatvermögen. In Berlin ist kein Geschäft verblieben, im Geschäftsbüro hat er zwei Treppen im Hinterhause eine kleine Stube mit einem Sofa, das auch als Schlafbett dienen kann, inne. Dr. Herzberg ist in der ersten Klasse als Stadtverordneter gewählt. Mit Rücksicht darauf, daß hiernach offenbar Dr. Herzberg's Wohnsitz von Berlin nach Wilmersdorf verlegt ist und trotz des Absteigequartiers von der Nichtaufhebung des Berliner Wohnsitzes des verheirateten Mannes keine Rede sein könne, wurde von den obengenannten Stadtverordneten die Ungültigkeit beantragt. Es wurde bargelegt, daß der Fall genau so liege wie der vom Oberverwaltungsgericht entschiedene Fall des Rechtsanwalts und Generalbevollmächtigten Dr. Stephan. Die wesentlichsten Darlegungen dieser grundsätzlich wichtigen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts lauten: Hier ist die bisherige Niederlassung, welche für den Dr. Stephan, seine Ehefrau, neun Kinder, drei Dienstmädchen und ein Kinderfräulein begründet und eingerichtet war, tatsächlich aufgehoben und von Deuthen nach dem nahegelegenen Schomberg verlegt worden. Daß auch der Wille, die Niederlassung aufzugeben, vorhanden war, folgt bei der Erklärung, den Nebenwohnort, und zwar nur für seine Person allein, beibehalten zu wollen, daraus, daß Dr. Stephan statt der bisherigen Familienwohnung für sich allein in Deuthen Bloß ein Arbeits-, Speise- und Schlafzimmer, letzteres nur mit einem Feldbett, innebehalten hat, während er im übrigen fortan in Schomberg mit der Familie zusammen wohnte und lebte. Nur bildet zwar der Besitz einer Wohnung nicht die unbedingte Voraussetzung für das Beibehalten eines Wohnsitzes, und der Wille, eine Niederlassung aufzugeben, folgt nicht unbedingt aus dem Aufgeben der Wohnung, Dr. Stephan hätte also auch, ohne Wohnräume in Deuthen zu behalten, den Willen hegen können, die Niederlassung nicht aufzugeben. Hier aber zeigen die für das künftige Wohnen getroffenen Einrichtungen in Verbindung mit der wegen seiner Angehörigen abgegebenen Erklärung, daß der Wille des Dr. Stephan, in Deuthen eine Niederlassung zu haben, in sein Gegenteil gewandelt war. Die Niederlassung blieb nach ihrem Umfang und Zweck auf den bloßen Geschäftsbetrieb und die öffentliche Tätigkeit des Dr. Stephan beschränkt. Und wenn er auch ferner weite andere Beziehungen in Deuthen unterhalten hat, so geschah das doch nur von dem neuen Heim Schomberg aus, wohin er den Mittelpunkt seiner gesamten Lebenshaltung verlegt hatte. Steht aber tatsächlich fest, daß die drei Räume auf den Betrieb bestimmter Geschäfte beschränkt waren — wie etwa bei einem Rechtsanwalt die bloße Zuneigung eines Bureaus oder bei einem Fabrikbesitzer das Arbeitszimmer neben der Privatwohnung in einem Vororte — so können diese Räume eine Niederlassung im Sinne des Gesetzes nicht darstellen und eine andere Niederlassung als diese Räume wollte Dr. Stephan in Deuthen offenbar nicht haben. Deshalb ist

die bloße Erklärung des Dr. Stephan vom 1. Juli 1902, außer dem neuen Wohnsitz Schomberg auch einen zweiten Wohnsitz — wie er sich ausdrückt Nebenwohnort — in Deuthen fernherin haben zu wollen, ohne rechtliche Wirkung, da sie den Tatsachen widerspricht, diese vielmehr den Willen, die bisherige Niederlassung aufzugeben, dartun (Blaud, Kommentar zum B. G. B. § 7). Trotzdem noch eine Reihe ähnlicher Auslassungen auch des Reichsgerichts beigebracht wurden, traten die Stadtverordneten Rommsen, Cassell und Michelet für Giltigkeit der Wahl des Dr. Herzberg ein. Zum Berichterstatter der Kommission wurde Liebknecht, zum Korreferenten für die Minderheit Rommsen bestimmt.

Aus Industrie und Handel.

Aufsichtsratsposten. Seit dem Bankrott vor einigen Jahren ist eine Masse von Schriften und Kreisen über die Reform des Aufsichtsratswesens geschrieben und in ermunternder Breite die für einen vernünftigen Menschen gar keines Beweises bedürftige Behauptung bewiesen worden, daß es einem vielbeschäftigten Bankdirektor oder Leiter eines großen Industrieunternehmens ganz unmöglich ist, neben der Tätigkeit in seinem eigenen Betrieb auch noch jene Pflichten zu erfüllen, welche ihm die Uebernahme mehrerer Aufsichtsratsposten auferlegt. Aber genügt nicht alle jene Beweise bisher nichts und werden auch weiter nichts nützen, denn das einzige Mittel, das wenn auch nicht ganz, so doch etwas der heutigen Aufsichtsrats-Einzelwirtschaft wehren könnte: die Erweiterung der Rechte des Aufsichtsrats gegenüber der Direktion bei gleichzeitiger beträchtlicher Verschärfung der Regresspflicht der Aufsichtsratsmitglieder, paßt dem Großkapitalismus, besonders der Hochfinanz nicht in ihren Plan. Die Herren von der Finanz wollen sich nicht nur die Möglichkeit offen halten, in das Getriebe solcher Aktiengesellschaften, denen sie einen größeren Kredit eingeräumt oder von deren Aktien sie eine ansehnliche Portion in ihren Geldschränken liegen haben, genauer hineinblicken zu können, ihnen gelten auch die Aufsichtsrats-Lantien als angenehmer Beitrag zu ihren hohen Einkünften, werden doch bei manchen Gesellschaften die Stimmchen, die alljährlich als Lantien den einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern zustieken, nicht nur mit drei, sondern mit vier Kassen geschrieben. So nimmt denn die eigenartige Einzelwirtschaft ruhig ihren Fortgang, ja entwickelt sich immermehr zu einer jenen aparten Schönheiten des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems, die auch dem Blödesten klar machen, wie wenig in dieser besten aller Welten Leistung und Bezahlung zu einander in einem angemessenen Verhältnis stehen. Nach der soeben erschienenen neuesten Auflage des „Adreßbuches der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften“ gibt es in Deutschland nicht weniger als 117 Personen, die in mindestens 10 Aufsichtsräten sitzen und zwar haben davon 88 Personen je 10 bis 15 Aufsichtsratsstellen, 15 Personen 16—20, 12 Personen 21 bis 30 und 2 Personen über 30 Aufsichtsratsstellen. An der Spitze steht Herr Kommerzienrat Hahn in Köln mit 35 Aufsichtsratsstellen.

Die Verhandlungen über die neue äußere japanische Anleihe in London sind, wie von dort gemeldet wird, noch nicht zu einem bestimmten Ergebnis gelangt, da über die Frage der Sicherstellung noch kein Einverständnis erzielt ist. Da die japanischen Hölleinnahmen bereits für die letzte Anleihe Japans im Auslande verpfändet sind, verlangen die Vertreter der deutschen, englischen und amerikanischen Banken, daß außer den Einnahmen aus den

japanischen Staatsbahnen auch die japanische Tabaksteuer zur Sicherstellung der neuen Anleihe herangezogen wird. Der als Unterhändler der japanischen Regierung in London anwesende Vizepräsident der Bank von Japan, Herr Takahashi, hat dem „Neuerischen Bureau“ mitgeteilt, daß das Geld, das seine Regierung aus der neuen Anleihe erhalten werde, nicht nach Japan gesandt werden solle, um zur Fortsetzung des Krieges Verwendung zu finden, sondern es würde in den Emissionsländern bleiben und benutzt werden je nach Erfordernis zur Aufrechterhaltung der Goldzahlungen und zur Begleichung der aus der Handelsbilanz sich ergebenden Verpflichtungen. Für die Zwecke des Geldzuges gewährt die innere Anleihe reichliche Mittel, auf diese werde so oft zurückgegriffen werden, wie es notwendig werden würde. Allen Anschein nach versteht sich Herr Takahashi aufs Renommieren.

Eine neue russische Anleihe auf dem französischen Geldmarkt. Das Bestreben des russischen Finanzministeriums, den Credit Lyonnais und das Comptoir d'Escompte zur Uebernahme einer neuen Anleihe zu bewegen, soll, wie dem „Berl. Tagebl.“ von seinem Pariser Korrespondenten telegraphiert wird, nun doch zum Ziele geführt haben. Die Banken übernehmen die Ausgabe einer neuen Anleihe, die aber nur 600 Millionen Frank beträgt. Wir haben schon im letzten „Wirtschaftl. Wochenbericht“ betont, daß die französische Finanz die Anleiheverhandlungen mit der russischen Regierung nur abgedrochen hat, um größere Vorteile für sich herauszupressen; dennoch erscheint es als nicht recht wahrscheinlich, daß sie schon jetzt, wo die fürchtbare Niederlage von Rufen noch frisch in der Erinnerung des Publikums lebt, dem Drängen Russlands nachgegeben haben soll. Es muß deshalb die Bestätigung der Nachricht abgewartet werden.

Der Einfluß des Bergarbeiter-Streiks auf die Kohlen- und Kollerzeugung läßt sich jetzt ziemlich genau feststellen. Nach der amtlichen Statistik wurden in den beiden letzten Monaten, Januar und Februar, im Deutschen Reich gewonnen 15 385 993 Tonnen Steinkohlen gegen 19 688 031 Tonnen in den gleichen Monaten des vorigen Jahres, 8 742 621 gegen 8 084 706 Tonnen Braunkohlen und 1 436 000 gegen 1 945 453 Tonnen Koks.

Der Eisenmarkt der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich seit Mitte vorigen Jahres immer günstiger gestaltet. Für den Monat Februar fehlt noch der statistische Nachweis; aber schon im Januar war die Tätigkeit der Hochofen stärker als je zuvor, und die Kollerzeugung erreichte die Höhe von rund 1 800 000 Tonnen. Hier von entfielen auf die Holzhochofen reichlich 20 000 Tonnen, auf die Koller- und Kollerhochofen 1 776 568 Tonnen. Die Steigerung der Kollerzeugung mit Koller oder Koller seit dem August 1904 nahm folgenden Verlauf:

Table with 2 columns: Month and Tonnen. Rows: August 1904 (1 172 745), September (1 357 842), Oktober (1 455 270), November 1904 (1 486 005), Dezember (1 618 007), Januar 1905 (1 776 568).

Im Februar hat die Erzeugung von Koller einen noch größeren Umfang angenommen, denn am 1. Februar waren von Koller und Koller verfeuerten Hochofen 257 mit einer Wochenleistung von 404 292 Tonnen im Betriebe gegenüber 213 mit 377 870 Tonnen am 1. Januar.

Grosse Fänge sind soeben in lebendfrischer Ware eingetroffen:

Cabliau ohne Kopf 20-22 Pf., im Anschnitt 25 Pf.

Schellfische in allen Größen Pf. 20-30 Pf.

Grosse Schellfische im Anschnitt Pf. 28-30 Pf.

Seelachs Pf. 20-23 Pf., im Anschnitt 30 Pf.

Table with 2 columns: Fish name and Price. Rows: Bratflunders (30-35 Pf.), Grosse Schollen (45-50 Pf.), Knurrhahn (25-30 Pf.), Ritzungen (55-60 Pf.), Austernfisch (35-40 Pf.), Heilbutt (75-80 Pf.), Steinbutt (150-160 Pf.), Seezunge (160-240 Pf.), Silberlachs (95-100 Pf.), Tafelzander (75-100 Pf.), Leb. Hummer (350 Pf.).

Fischcotelettes, bratfertig, Pf. 80 Pf. Lachs-Schellfisch (Haddock), Pf. 70 Pf.



Fisch-Cotelettes, gebraten und marinirt, in Blechdosen zu 17 Pf. à 3,20 M., 10 Pf. 2,00 M., 8 Pf. 1,75 M., 4 Pf. 1,20 M. und ca. 1/2 Pf. 45 Pf.

Bratschellfische, gebraten und marinirt, in Blechdosen zu 17 Pf. 3,25 M., 10 Pf. 2,00 M., 8 Pf. 1,80 M., 4 Pf. 1,25 M. und ca. 1/2 Pf. 45 Pf.

Fischsülze, Delicatesse, Pf. 60 Pf. Delicatesse-Seeal in Asp. Pf. 60.

Table with 2 columns: Fish name and Price. Rows: Geräuch. Seealachs (35-40 Pf.), Roche (40-45 Pf.), Schellfisch (35 Pf.), Geräuch. Seeal (60-70 Pf.), Flunder (50-60 Pf.), Knurrhahn (50 Pf.).

Feinster Rauchlachs im Aufschnitt und in Stücken Pf. 90-120 Pf.

Sardinen in Oel, Sardellen, Schwedische Gabelblissen, Matjosheringe, Helgoländer Kronen-Hummer, Bratheringe, Bismarckheringe, Rollmops, und Delikatessheringe in allen Packungen etc.

Tägl. frisch geräuch. Spickhaale, Kieler Bücklinge u. Sprotten billig!

Kochbuch erhält jeder Käufer gratis Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Verkaufsstellen Hauptfiliale: Bahnhof Börse, II. Prinzenstr. 30, am Moritzplatz. III. Madalstr. 22, im Schloss. IV. Landsbergerstr. 52/53. Kostproben auf Wunsch gratis

Peek & Cloppenburg

Berlin C., Gertraudenstraße 25, 26, 27, Roßstraße 1.

Fertige Sommer-Paletots

in tadelloser Ausführung und vorzüglichen Paßformen vom einfachen bis zum feinsten Genre. Wir verwenden nur dauerhafte Stoffe und gute Zutaten. Wir stellen unsere Konfektion so her, daß nicht nur Normalfiguren, sondern auch schlankgewachsene und sehr korpulente Herren bei uns gut sitzende Kleidung finden.

Im I. Stock: Fertige Kleidung für Knaben und Schüler. Richtige Façons! Billig! — Gut!

ZWEIG-GESCHÄFTE in Amsterdam, Rotterdam, Haag, Utrecht, Düsseldorf, Groningen, Haarlem, Arnhem, Nymwegen, Leiden, Breda.

331/30

Wegen Totalaufgabe unserer

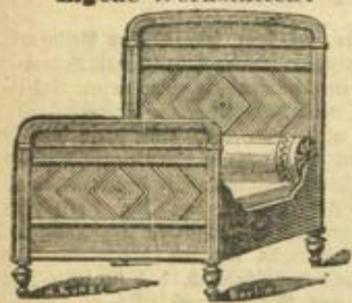
Knaben-Konfektions-Abteilung

werden sämtliche Anzüge für das Alter 2-10 Jahre von heute ab unter Preis verkauft.

E. Süßkind & Co.,

Rosenthalerstraße 9 (Ecke Auguststraße).

Eigene Werkstätten!



Möbelfabrik.

Die besten und billigsten

Wohnungs-Einrichtungen

kaufen Sie bei

Julius Apelt, Tischlermeister,

Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Gestügel

Hühner, große Auswahl! billiger wie jede Konkurrenz. Wilh. Junge, Admiralstr. 38.

Erstklassige Zigarrenfabrik

unterhält zu Fabrikpreisen 24852 Sngros-Lager Kopenhagenerstraße 71, born I.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog in. Empf. viel. Herzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gumminwarenfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131a.

Wald- und Landparzellen

am Vorortbahnhof, herrlich gelegen, umseit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung Aug. Puchert, Tabendorf bei Jossen. 19222*



Schwarzer Adler

Inh.: Gebr. Arnold

Friedrichsberg, Franzl. Chaussee 120.

Jeden Sonntag: Großer Ball.

Jeden Donnerstag: Soiree der Fuhrmann-Walde-Sänger. Bonus haben Galtigkeit. 22332*



Brennabor-Räder

und Jenensia-Räder auf

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!

Sozial-Räder R. 65,- mit Freilauf R. 100,-

Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Jedes 5 Pfennig.

Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Handelshaus Weidenweg neuziehen, spottbilliger Gardinenverkauf, Wäscheverkauf. +45*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tischdecken, Steppdecken, Handeltshaus Weidenweg neuziehen. +45*

Spottbilliger Ausverkauf verfallener Handtücher, Restverkauf, Weidenweg neuziehen. 45*

Bekanntmachung! Empfehlenswerte Einkaufsstelle für Handelshaus Weidenweg neuziehen. +45*

Spottbilliger Bettdeckenverkauf, Bettdecken, einstückig, zweifach, Handeltshaus Weidenweg neuziehen. +45*

Garderoben, Tischdecken, Regulatoren, Freischwinger, Schmalen, spottbillig Handelshaus Weidenweg neuziehen. Verkaufzeit genehmigter Ladenverkauf. +45*

Handeltshaus, Kälteerzeuger, verschiedene Einkaufsstelle für Betten, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, Bandtücher, Tischdecken, Regalen, Anzüge, Spinnmaschinen, Spiegel, Bilder spottbillig Verkaufshaus Weidenweg. 4042*

Ausverkauf! Teppiche, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Betten, Tischdecken, Stores, Remontoirdecken, Regulatoren, Uhrketten, Anzüge, Operngläser, Spiegel, Bilder spottbillig Verkaufshaus Weidenweg. 912*

Teppichverkauf! Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Regulatoren, Freischwinger, Remontoirdecken, Uhrketten, Operngläser, Spiegel, Bilder, Wäsche, Tischdecken, Spiegel, Bilder, Möbel Verkaufshaus Weidenweg 113. 913*

Spottbillig! Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Anzüge, Sommerpaletots, Remontoirdecken, Regulatoren, Uhrketten, Spiegel, Bilder, Möbel Verkaufshaus Weidenweg 113. 913*

Achtung! Handeltshaus. Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Stoff, zusammen 10,50, nur (Handeltshaus) Andreasstraße 38.

Notruf gestrichelt Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 18,00. Andreasstraße 38.

Sommerliches Kammerbett, Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 27,00, großes Laten, Stuhl 1,00. Handeltshaus, Andreasstraße 38. Elektrische nach überaus. 4178*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leihwagen, Uhren, Goldschmuck, Kessel, spottbillig. Lude, Dranienstraße 131.

Reifgläser, Operngläser, Neuzug, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Weigen, Bildern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dranienstraße 131. 2946*

Betten, Stand 11 Mark, zweifach, schlaflich 16 Mark, Gubenstraße 3, Handeltshaus. +53

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Hochbornsche Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen von 5-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pfälzen. 3652*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pfälzen. 3652*

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an. Neue Garderobe aus staunend billigen Materialien, sowie aus Handeltshaus verfallene Sachen. Rab. Wuladstraße 14.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadecher Markt 4, Bahnhofstraße. 142/12*

Gardinen-Ausverkauf wegen Hausabzug, Stores, Lüllbedecken, Vorhänge enorm billig! Gardinen-Verkaufshaus Krausenstraße 36, Dönhofsplatz. 3942*

Similiseidene Steppdecken 4,35 (Seidener), Wolllas-Steppdecken 4,25. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefebvre, Dranienstraße 158. 2968*

Geldsche Fries-Jenstermängel 2,15, Wert 4,00. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Emil Lefebvre, Dranienstraße 158.

Inventur-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraktive gratis und franco. Teppichhaus Emil Lefebvre, Dranienstraße 158. 2958*

Teppiche, Möbel. Ich habe wieder aus verschiedenen Fabriken große Partien neuer Möbel, Teppiche, Decken, Stores, Portieren, Uhren, Bilder, Kronen so spottbillig eingekauft, wie dieselben in den Fabriken nicht können hergestellt werden. Ich verkaufe deshalb jetzt zu extra billigen Preisen ganze Wohnungen-Einrichtungen, Salonzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kücheneinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Schreibtische, Büchereischränke, Salonschränke, Kleiderschränke, Vertikals, Säulentrümpfe, Kassetten, 30,00, Salonarmaturen, Tisch und Stühle, Gängeleier, Schlafsofas, Bettstellen, Tisch, Stühle, Kassetten, Kuchentische mit praktischer Dimanbede 22,50, Kücheneinrichtungen, Extragroße Salonschrank, Speisezimmer-Teppiche 18,00, Zimmerteppiche schon 8,00 an bis zu übergrößten Saalteppichen, Gardinen, Spindelstühle 5,00, Dimanbeden, reichgehaltene Lebergardinen, Steppdecken, Tischdecken 4,00, Bilder mit hochgelegtem Rahmen, Salonuhren, Speisezimmer, Salonkronen, viele Gelegenheitskäufe. Wiede, Auktionator, Wollersstraße 25, im großen Möbelgeschäft, an der Hochbahnstation, Wollersstraße. Zur Aktion und zum schnellen Verkauf übernehme ganze Wirtschaften, Warenlager, Konturmassen zu kulantem Bedingungen. Draufkau, Pensionate mache besonders aufmerksam.

Möbelfabrikerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterräume. Teilzahlung. Karnat, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 3002*

Möbelmagazin Meyer, Annalidenstraße 38, liefert Möbel, einzeln und ganze Einrichtungen. Billigste und beste Ausführung. Auf Wunsch Teilzahlung. 3978*

Wirtschaft verkauft Feuchthofstraße 8 Hof III rechts. 2746*

Möbel. Zwei fast ganz neue, kurze Zeit verließen gewesene Einrichtungen von je 2 Stuben und Küche sind preiswert zu verkaufen bei Julius Apelt, Skalitzerstraße 6. 3678*

Sofas, große Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik. Blumenstraße 35b. 3622*

Patentmatrassen Staubfrei (Müllers Patent) liefert jeder Tapezierer, jeder Möbelhändler. 3818*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2996*

Wirtschaftliche Einrichtungen, Tischdecken, Kissen, Maße, Wäsche, Biergeschalen, Battermaschinen usw. billigst Jordan, Wollersstraße 21.

Fahrräder, Teilzahlungen. Invaldenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Stahlstraße 40. 3572*

Ihre als Zugabe erhält Käufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstraße 43, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 59/60.

Teppiche mit farbigen Leinwand, niedrige Preise Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Neu eröffnet! Nähmaschinen, Mitbewerber, 4. Ecke Neue Bahnhofsstraße. Diese Woche hohe Vergütung sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1 Mark. Postkarte genügt.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, 10,00 Vergütung, Postkarte. Dreifach, Reichensbergerstraße 181. +76*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergütet noch bis 10,00, die Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nimmst. Woche 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Borchert, Hornbörcherstr. 50. +51*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Langschiff, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 2248*

Abschlepppumpen 8-100,00, Pumpen, Älter 2,50 an. Gebrauchte Schläuche billig. Werkzeuge leihweise. Abends bis 9, auch Sonntag. Wolf, Pumpenfabrik, Adersstraße 81.

Malskräftiger, blaublauer, für Pluarmen, Brustkränke, Schwämme, Gewichtsunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erklüßlich. Nicht falschen! Qualität entscheidet. Vortier-Kellerei Ringler, Vernauerstraße 119. 3719*

Steppdecken billigst Feibel Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37*

Restauration, gangbares Geschäft, zum Inventarpreis zu verkaufen. Dalldorferstraße 7, Tischler. 718*

Handwerker, Verlester! Das Grundstück ist auch zu anderen Geschäftszwecken verwendbar, weil in der Mitte der Stadt Schmidt a. D. gelegen, künstlich oder natürlich sofort zu übernehmen. Ober mein heiliger Kathol. A. Hing-Jägerstr. 4242*

Vermietungsfaktor sofort billig zu übernehmen. Lange, Körnerstraße 4. 2445*

Parzellen. Quadratreute neben Markt, verkauft Schulz, Rigdorf, Lenasstraße 12/13. 2978*

Herrenanzüge, Leberleder, wenig getragen Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurückgekauft, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Hartmann, Wollersstraße 15, III. Der Stoff hat fertige Anzüge, guten Stoff, billigen Fernsprecher III 2893. 8217*

Betten 17,00, Michel, Dresdenerstraße 38. 2965*

Destillation, 1500 Liter, große Stube angeschlossen, 2 1/2, Bayrisch (nur Beyer), 1/2, Weibler monatlich Ausschank, viel Spirituosen und Flüssigkeiten, weil Anhaber zu schwer, an zahlungsfähigen Käufer sofort. Nähere Auskunft Wollersstraße 22.

Restauration mit vollem Schank, 30 Jahre bestehend, in der Nähe des Gendarmenmarktes, zu verkaufen wegen Übernahme größeren Unternehmens. Zu erfragen Adalbertstraße 62. 3045

Schankgeschäft, alles, 15 Jahre letzter Hand, billig zu verkaufen. Bild, Simeonstrasse 23. 2945

Kein Laden! Silberpind, mahagoni, Tischensofa, Säulen-Verdoppelschrank, extra tief, Drahtenausschlag, postendes Spiegelverkleid, feines englisches Schlafzimmer, Bett, für Brautleute passende Gelegenheit, Verkauft lohndend. Tischler, Wollersstraße 30. 3015*

Frankfurterallee 10 am Ringbahnhof. Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Postkarte genügt. +14*

Es freut mich, daß Sie mit dem Anzug zufrieden waren, bei dem Paletot wird dies auch der Fall sein. Ich lerne für gute Ware, nehme mögliche Preise und obwohl ich nicht ablaße, kaufen Sie billiger als dort, wo Sie handeln, in jedem Falle aber reeller und zuverlässiger. Herrmann Schliepinger, Kurmitze 85. 3542

Kinderwagen, elegant, verkauft Kluge, Wollersstraße 109. +21

Bierverlag preiswert zu verkaufen Remelerstraße 60. +54

Ruhbaum-Bertha, gebraucht, verkauft Lind, Kastanien-Allee 20. +69

Zeitlich wiederkehrende Gelegenheit! Raumangelegte eleganteste Tischensofa 42,00, Polsterstühle 3,00, Salonarmatur 75,00, großer Trumeau 38,00, Salonisch 18,00, Kücheneinrichtung spottbillig, eichenturnierte Kuchenschrank 40,00, komplette nagelneue Kuchenschrank 34,00, Verlebergedes jedem Preise. Verleberstraße 14, Restaurant. 2085

Möbel-Gelegenheit, 8 Zimmer, Salonarmatur, Kleiderpind, Vertikals 20,00, Küchenschrank, Steppdecken, Teppiche 5,00, Gardinen, Stores, Köpferstraße 126 a, I. 2976

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Verschiedenes.

Buchführung, Stenographie Schreibmaschine, Sprachen, Salomon Karlstraße 26. 2152*

Patentanwalt Dammann, Rat in Patentfällen Dranienstraße 57, Reichplatz. 14995*

Dampfwäscherei von Karl Sellwig, Köpferstr. 36, liefert blendend weiße Wäsche. Großer Bezug 15, drei Handtücher 10 Pfennige, Laten 10 Pfennige. Abholung Sonnabends. 2806

Auspostierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch aus dem Hause. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 3632*

Imzüge jeder Art macht billig Rothringstraße 111, Lokal. 2406*

Handeltshaus Karlstraße 27. 2085

Marinaabfälle, alle Goldschmuck, Bruchgold, Silber, Gefälle, alte Uhren, Blattgold, Reingold, Schokoladenpapier, Handtücher, Brillanten, Goldschmelze, Woll, Wollensstraße 4, Fernsprecher IV, 6055. 9476*

Bereinsäle (Bühnen) zu Festlichkeiten und Versammlungen etc. Oster-Feiertage sowie Sonnabende und Sonntage noch frei! Kommandantenstraße 72 (Kudhaus). 4192*

Zaal für Sitzungen, Festlichkeiten Dienstags, Sonnabends an Vereine zu vergeben Annalidenstraße 146. *

Zaal und Vereinszimmer für Vereine und Gesellschaften. Auch Sonntags zu vergeben. Familien-Restaurant, Waldstraße 8, Karl Bildner. 4038*

Bereinszimmer 25, 40, Saal 150 Personen, Piano, zwei Regale, dergibt Ladewig, Alte Jakobstraße 83. 3642*

4 Kleiderfärber, Maß- u. Benzinwäscher gesucht. +133*

Pfandleibe, Prinzenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 3682*

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet, Laten, Leinwand 0,10, Abholung Sonnabends. Emil Vancaath, Köpferstr. 40. 2736

Grüßens, Nigarrenmaschinen, die ich geleitet, 50 Pfennig. Treidel, Rosenhallerstraße 55. 3056

Bereinszimmer zu vergeben. Franz Jagusch, Wollersstraße 34.

Möbelfahren, Umzüge billig. Müller, Wollersstraße 55a. +150

Küchen-Gelegenheit, 8 Zimmer, Salonarmatur, Kleiderpind, Vertikals 20,00, Küchenschrank, Steppdecken, Teppiche 5,00, Gardinen, Stores, Köpferstraße 126 a, I. 2976

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbel-Gelegenheit, 8 Zimmer, Salonarmatur, Kleiderpind, Vertikals 20,00, Küchenschrank, Steppdecken, Teppiche 5,00, Gardinen, Stores, Köpferstraße 126 a, I. 2976

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Möbelverkauf in meiner Möbelwerkstatt Ballstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgekauft und vertriehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderpind, Vertikals 27,00, Küchenschrank 16, Kuchenschrank mit Federmatratze und Kleiderschrank, Tischensofa 50, Kuchenschrank 70, Kuchenschrank 20, Kuchenschrank 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 945*

Schneider auf alle Sachen verlangt Baumbach, Langestraße 61. +143

Grabenfischer verlangen Wollersbach u. Co., Schönberg, Tempelhoferstraße 18a. 29995

Korbmacher, tüchtige Gelehrte, und Bambusarbeiten verlangt Fechner, Neue Bahnhofsstraße 5. 3035

Tüchtige Gelehrte bei hohem Lohn verlangt G. u. K. Redlich, Spangierstr. 75. 2920

Vader für Goldleisten verlangt Majchig, Köpferstraße 37. 4278

Tischler zum Putzieren von Leisten verlangt Rosenow, Schmidstraße 6. 4268

Vogelfängerin sowie einen Kaufmann suchen Friedewald u. Preis, Weidenstraße 4. 3066

Oberbenedictinerin im und an dem Hause, Lehmannsdorf, Wollersstraße 10 IV. 3085

Blusen, Zusammenheften verlangt au dem Hause Handl, Wollersstraße 32, II. +21